Rechtsprechung

Hacks/Wellner/Klein/Kohake

# Schmerzensgeld-Beträge 2027

## inkl. Online-Version mit juris-Rechtsprechung

45. Auflage



Schmerzensgeld Online

DeutscherAnwaltVerlag

**Hacks/Wellner/Klein/Kohake**

SchmerzensgeldBeträge 2027

Rechtsprechung

# Schmerzensgeld-Beträge 2027

45. Auflage 2027

- Über 3 000 Urteile, mit den neuesten Entscheidungen deutscher Gerichte
- Bemessungsgrundlagen
- Unfallmedizinisches Wörterbuch
- einschließlich Geldentschädigung, Hinterbliebenengeld und Schadensersatz nach DSGVO

RAin **Susanne Hacks** (†),
RiBGH a.D. RA **Wolfgang Wellner**,
RiBGH **Dr. Oliver Klein**,
RA, FA für Arbeits-, Verkehrs- und Versicherungsrecht
**Klaus Kohake**

In Zusammenarbeit mit der
Arbeitsgemeinschaft Verkehrsrecht
des Deutschen Anwaltvereins

DeutscherAnwaltVerlag

**Hinweis**
Die Ausführungen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt und nach bestem Wissen erstellt. Sie stellen jedoch lediglich Arbeitshilfen und Anregungen für die Lösung typischer Fallgestaltungen dar. Die Eigenverantwortung für die Formulierung von Verträgen, Verfügungen und Schriftsätzen trägt der Benutzer. Herausgeber, Autoren und Verlag übernehmen keinerlei Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Buch enthaltenen Ausführungen.

---

Anregungen und Kritik zu diesem Werk senden Sie bitte an
**kontakt@anwaltverlag.de**
Autoren und Verlag freuen sich auf Ihre Rückmeldung.

---

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.
Vervielfältigungen dieses Werks für Text- und Data-Mining bedürfen ebenfalls der Zustimmung. Die Verwendung des Werkes oder von Teilen des Werks zum Zwecke des KI-Modelltrainings ist untersagt.

Copyright 2027 by Deutscher Anwaltverlag, Bonn
Umschlaggestaltung: gentura, Holger Neumann, Bochum
Satz: doctronic GmbH & Co.KG, Bonn
Druck: Hans Soldan Druck GmbH, Essen
ISBN 978-3-8240-1798-0

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

# Mit dieser 45. Auflage

führen die Autoren das Standardwerk für die Bemessung von Schmerzensgeld, die „Hacks-Schmerzensgeld-Tabelle“, mit aktueller und praxisgerechter Gestaltung fort. Autoren sind Rechtsanwalt und Richter am BGH a.D. Wolfgang Wellner, Richter am BGH Dr. Oliver Klein und Rechtsanwalt Klaus Kohake.

Der Inhalt ist mit **zahlreichen neuen Entscheidungen aktualisiert** worden. Das Werk enthält **insgesamt über 3.200 Entscheidungen deutscher Gerichte zum Schmerzensgeld** und **viele hier erstmals veröffentlichte aktuelle Schmerzensgeld-Urteile**.

Die **alphabetische Sortierung nach Verletzungsarten** hat sich bewährt. Um häufige Verletzungsarten (wie beispielsweise am Arm) übersichtlich darstellen zu können, sind diese in die einzelnen Bereiche (Ober-, Unterarm, Ellenbogen) unterteilt. Lebensgefährliche Mehrfachverletzungen sind in einer eigenen Kategorie „Polytraumen“ gebündelt. Außerdem können die Urteile nach dem Kriterium „mit“ bzw. „ohne immat. Vorbehalt“ recherchiert werden. Der tabellarische Aufbau des Buches bietet Ihnen den Vorteil, durch „Querlesen“ schnell die passenden Vergleichsfälle zu finden.

Bewährt hat sich auch die am Ende des Buches befindliche **zusätzliche Übersicht, gestaffelt nach der Höhe des Schmerzensgeldes**, die mit den laufenden Nummern der Entscheidungen eine übergreifende Orientierung – insb. bei hohen Schmerzensgeldern – ermöglicht.

Um der fortschreitenden Ausdifferenzierung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts Rechnung zu tragen und zugleich einen besseren Zugriff auf passende Vergleichsentscheidungen zu ermöglichen, haben wir mit dieser Auflage die Kategorie der **Geldentschädigung bei Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts** weiter untergliedert und die hierzu ergangenen Entscheidungen den **neuen Unterkategorien Ehrverletzung, Mobbing, Diskriminierung, Bildaufnahmen, Presseberichterstattung sowie amtliche Informationen** zugeordnet. Ebenfalls gesondert nachgewiesen sind Entscheidungen zum **Hinterbliebenengeld** und zum immateriellen Schadensersatz wegen **Verstoßes gegen die DSGVO**.

Diese wie der Schmerzensgeldanspruch auf Ausgleich immaterieller Beeinträchtigungen gerichteten Ansprüche mit ihren Besonderheiten werden in einem dem Entscheidungsteil vorangestellten **Allgemeinen Teil** ebenso praxisgerecht erörtert und eingeordnet wie der Schmerzensgeldanspruch selbst in seinen Voraussetzungen, Besonderheiten, Bemessungsgrundsätzen und verfahrensrechtlichen Problemen.

Mit unserer **Online-Lösung** (*www.schmerzensgeld.online*) steht Ihnen das gesamte Spektrum an Recherchemöglichkeiten zur Verfügung – inklusive direkter Verlinkung zu den Urteilsvolltexten in der juris-Datenbank.

Dem Deutschen Anwaltverlag, namentlich Frau Andrea Lentz, danken wir für die wie immer verlässlich gute Betreuung und stets unkomplizierte Zusammenarbeit. Unser besonderer Dank gilt wieder all denen, die durch die Einsendung interessanter Urteile zu der Aktualität dieser 45. Auflage beigetragen haben.
Weil die Rechtsprechung der deutschen Gerichte in ständiger Entwicklung ist, wiederholen wir an dieser Stelle unsere Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen aus der Justiz, der Rechtsanwaltschaft und den sonstigen mit Schmerzensgeldern befassten Institutionen, den Autoren interessante neue – rechtskräftige – Urteile zu übersenden:

**Rechtsanwalt und Richter am BGH a.D. Wolfgang Wellner**
**c/o Bundesgerichtshof**
**Herrenstr. 45 a**
**76133 Karlsruhe**
**E-Mail: wolfgang.wellner@hotmail.de**

**Richter am BGH Dr. Oliver Klein**
**c/o Bundesgerichtshof**
**Herrenstr. 45 a**
**76133 Karlsruhe**

**Rechtsanwalt Klaus Kohake**
**Dr. Sandhaus und Kollegen GbR**
**Konrad-Adenauer-Ring 24**
**49074 Osnabrück**
**E-Mail: kohake@kohake-kollegen.de**

Gerne können Sie Urteile, Anregungen oder Kritikpunkte auch direkt an den Verlag unter **schmerzensgeld@anwaltverlag.de** richten.

Wir werden uns auch in Zukunft bemühen, das Werk weiter zu perfektionieren. Dabei sind wir nicht nur für Anregungen und Kritik, sondern auch für ein positives Feedback dankbar.

Bitte unterstützen Sie uns weiter in diesem Bemühen, Ihnen mit jeder „Hacks-Tabelle“ eine zuverlässige und aktuelle Arbeitshilfe zur Verfügung zu stellen. Vielen Dank!

Wolfgang Wellner
Dr. Oliver Klein
Klaus Kohake

Deutscher Anwaltverlag

# Die Autoren

**Susanne Hacks (†)**
Susanne Hacks, Volljuristin, ist die Begründerin der „SchmerzensgeldBeträge“. Sie war von 1958 bis 1974 in der Juristischen Zentrale des ADAC tätig und setzte sich engagiert für eine höhere Bemessung der Schmerzensgelder, insbesondere für schwere Verletzungen, durch deutsche Gerichte ein.

**Wolfgang Wellner**
Wolfgang Wellner ist Rechtsanwalt und Richter am BGH a.D. und war rund 20 Jahre Mitglied des für das Schadensersatzrecht (insb. betreffend Verkehrsunfälle, Arzthaftung und Persönlichkeitsrechtsverletzungen) zuständigen VI. Zivilsenats des BGH. Er ist erfahrener Dozent und Autor im Bereich des Schadensrechts, Mitherausgeber des „Freymann/Wellner, juris PraxisKommentars Straßenverkehrsrecht“, Mitherausgeber der Neuen Zeitschrift für Verkehrsrecht (NZV), Autor der im Deutschen Anwaltverlag erschienenen Titel „BGH-Rechtsprechung zum Kfz-Sachschaden“ und „BGH-Rechtsprechung zum Personenschaden“, Mitautor im „Geigel, Der Haftpflichtprozess“, Dozent der DeutschenAnwaltAkademie und er leitete verschiedene Arbeitskreise beim Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar.

**Dr. Oliver Klein**
Oliver Klein ist seit dem Jahr 2016 Richter am Bundesgerichtshof. Er ist dort Mitglied des für das Schadensersatzrecht (insb. betreffend Verkehrsunfälle, Arzthaftung und Persönlichkeitsrechtsverletzungen) zuständigen VI. Zivilsenats, zudem des Notarsenats. Dem Verkehrsrecht ist Dr. Klein auch als Mitherausgeber der Neuen Zeitschrift für Verkehrsrecht (NZV) und über Fachvorträge verbunden; beim Deutschen Verkehrsgerichtstag hat er wiederholt Arbeitskreise geleitet. Dr. Klein stammt aus der baden-württembergischen Justiz, neben Abordnungen an das Bundesverfassungsgericht und an das Bundeskanzleramt war er dort vor seiner Ernennung zum Richter am Bundesgerichtshof als Staatsanwalt und als Richter am Amts-, Land- und Oberlandesgericht tätig.

**Klaus Kohake**
Klaus Kohake ist als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeits-, Verkehrs- und Versicherungsrecht sowie als ADAC Anwalt tätig und hat seinen Schwerpunkt u.a. in der außergerichtlichen und gerichtlichen Regulierung von Ansprüchen Unfallgeschädigter im Sach- und im Personenbereich. Im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit vertritt er bei der Durchsetzung von Ansprüchen Unfallgeschädigter sowohl die Aktiv- als auch die Passivseite. Herr Kohake wurde vom Deutschen Anwaltsverein in den Beirat eines Reha-Managementunternehmens entsandt. So begleitet er nicht nur als Anwalt, sondern auch durch diese Beiratstätigkeit intensiv den Prozess der Abwicklung von Ansprüchen schwergeschädigter Unfallopfer. Im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen ist er zudem für unterschiedliche Bildungsträger als Dozent für Rechtsanwälte tätig.

# Benutzer-Hinweise

## A. Buch

Mit der 45. Auflage erhalten Sie über 3.200 Urteile deutscher Gerichte, die **nach Verletzungsarten in einer übersichtlichen Tabelle** aufgeschlüsselt nach Betrag, Verletzung, Behandlung, Verletzten, Dauerschaden, besonderen Umständen sowie Urteil mit Aktenzeichen aufbereitet wurden. In der Einführung, dem **Allgemeinen Teil**, werden die Grundsätze für die Bemessung von Schmerzensgeld, materiell-rechtliche Besonderheiten des Schmerzensgeldanspruchs und Verfahrensfragen erläutert. In einer separaten Übersicht finden Sie zum einen eine Zusammenstellung der Urteile, die eine **Schmerzensgeldrente** ausurteilen sowie eine Auflistung der Urteile, die einen **immateriellen Vorbehalt** (= Feststellung) zusprechen. Abschließend vermittelt Ihnen das unfallmedizinische Wörterbuch das notwendige Know-how, um die medizinischen Fachbegriffe in den richtigen Kontext einordnen zu können.

Technische Notwendigkeiten haben dazu geführt, dass wir ab der 41. Auflage alle Urteile mit einer Festnummerierung versehen. Dies bedeutet, dass sich die Urteilsnummerierung ab der 41. Auflage nicht mehr von Auflage zu Auflage ändern wird. Ein neues Verzeichnis unmittelbar vor dem Urteilsteil ermöglicht zudem, die jeweilige Seitenzahl zu den Urteilsnummern nachzuschlagen.

## B. www.schmerzensgeld.online

Nutzen Sie auch unsere ständig optimierte Online-Lösung (*www.schmerzensgeld.online*) der SchmerzensgeldBeträge! Mit dieser Weblösung verschaffen Sie sich von überall und jederzeit einen Zugriff auf die Schmerzensgeldtabelle!

In unserer Online-Lösung (*www.schmerzensgeld.online*) erhalten Sie noch mehr Urteile!

Urteile, die nicht mehr im Buch abgedruckt sind, finden Sie in unserer neuen Online-Lösung – hier haben wir **mehr als 5.000 Urteile für Sie aufbereitet**.

Nutzen Sie die Möglichkeit durch Verknüpfung unterschiedlicher Suchfunktionen die Suche Ihren spezifischen Bedürfnissen anzupassen. Mit der Suchfunktion haben Sie insbesondere auch hier die Möglichkeit, Schmerzensgeldbeträge nach multiplen Verletzungsarten aufzufinden und sich einen Überblick bzgl. der Bezifferung des Schmerzensgelds zu verschaffen. Oder lassen Sie sich alle Urteile eines bestimmten Spruchkörpers zu einer Verletzungsfolge anzeigen – das alles ist mit der intelligenten Suchfunktion möglich. Auch besteht die Möglichkeit, nach Urteilen mit bzw. ohne immateriellen Vorbehalt zu suchen. Durch die Verlinkung mit der juris-Rechtsprechungsdatenbank haben Sie überdies direkten Zugriff auf die dort vorhandenen Volltexte der Urteile.

Alles, was Sie hierfür tun müssen: Registrieren Sie sich mit Ihrer E-Mailadresse und einem selbst gewählten Passwort unter *www.schmerzensgeld.online/registrierung*. Nachdem Sie die Registrierung bestätigt haben, können Sie sich unter www.schmerzensgeld.online einloggen und mit dem im Buch enthaltenen Freischaltcode für Schmerzensgeld Online freischalten. Ab Freischaltung können Sie Schmerzensgeld Online 365 Tage nutzen.

Bearbeitungsstand dieser Auflage ist August 2026.

# Inhalt


Literaturverzeichnis ..... 9

Abkürzungsverzeichnis ..... 9

## A. Allgemeiner Teil ..... 11

**I. Schmerzensgeldanspruch** ..... 11

1. Begriff ..... 11
2. Funktion ..... 11
   a) Der Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955 – GSZ 1/55 ..... 11
   b) Der Beschluss der Vereinigten Großen Senate vom 16.9.2016 – VGS 1/16 ..... 11
3. Gesetzliche Regelungen ..... 11
4. Voraussetzungen ..... 12
   a) Geschützte Rechtsgüter ..... 12
      aa) Körper und Gesundheit ..... 12
      bb) Freiheit ..... 12
      cc) Sexuelle Selbstbestimmung ..... 13
   b) Schaden ..... 13
      aa) Allgemeines ..... 13
      bb) Schockschaden ..... 13
      cc) Primär- und Sekundärschaden ..... 13
      dd) Weiterleben als Schaden ..... 13
   c) Voraussetzungen der Haftungsnorm ..... 14
5. Materiell-rechtliche Besonderheiten des Schmerzensgeldanspruchs ..... 14
   a) Übertragbarkeit und Vererblichkeit ..... 14
   b) Ausschluss und Minderung des Anspruchs ..... 14
      aa) Mitverschulden ..... 14
      bb) Betriebsgefahr, Tiergefahr ..... 15
      cc) Schadensanlage und Zurechnungszusammenhang ..... 15
      dd) Arbeitsunfälle (§§ 104 ff. SGB VII) ..... 15
      ee) Schmerzensgeld gegenüber dem Ehepartner oder sonstigen Familienangehörigen ..... 16
   c) Verjährungsfragen ..... 16
   d) Verkehrsopferhilfe (§ 12 PflVG) ..... 16
6. Bemessung des Schmerzensgeldes ..... 17
   a) Grundsätzliches ..... 17
   b) Das „taggenaue Schmerzensgeld“ ..... 18
   c) Vergleichsentscheidungen und Zeitablauf ..... 18
      aa) Allgemeine Geldentwertung ..... 18
      bb) Sonstiges ..... 19
   d) Bemessungsfaktoren im Einzelnen ..... 19
      aa) Ausgleichsfunktion ..... 19
      bb) Genugtuungsfunktion ..... 22
   e) Ausschluss des Schmerzensgeldanspruchs bei geringfügigen Verletzungen ..... 23
   f) Kapitalabfindung oder Rente? ..... 23
7. Besteuerung des Schmerzensgeldes ..... 23
8. Anrechenbarkeit des Schmerzensgeldes ..... 23
   a) Sozialrecht ..... 23
   b) Bürgerliches Recht ..... 24
   c) Sonstiges ..... 24
9. Verfahrensfragen ..... 25
   a) Klageantrag ..... 25
      aa) Unbestimmter Leistungsantrag ..... 25
      bb) Schmerzensgeldrente ..... 25
      cc) Erfasste Verletzungsfolgen ..... 25
      dd) Teilklage ..... 25
      ee) Feststellungsantrag ..... 26
   b) Grundurteil; Rechtskraft bei Endurteil ..... 26
   c) Adhäsionsverfahren ..... 26
   d) Berufung und Revision ..... 26
   e) Streitwert ..... 27
   f) (Prozess- und Verzugs-)Zinsen ..... 27
   g) Abfindungsvergleich ..... 27

**II. Entschädigung für immaterielle Schäden außerhalb des Schmerzensgeldes** ..... 28

1. Überblick ..... 28
2. Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ..... 28
   a) Rechtsgrundlagen ..... 28
   b) Funktion ..... 29
   c) Voraussetzungen ..... 29
   d) Höhe ..... 29
   e) Sonstiges ..... 29
   f) Sonderfall: Geldentschädigung wegen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts? ..... 30
3. Hinterbliebenengeld ..... 30
   a) Grundsätzliches ..... 30
   b) Voraussetzungen ..... 30
   c) Höhe ..... 30
   d) Verhältnis zu anderen Vorschriften ..... 31
      aa) Verhältnis zum Schockschaden ..... 31
      bb) Haftungsbeschränkung im Unfallversicherungsrecht ..... 31
4. Schadensersatz wegen Verstoßes gegen die DSGVO ..... 31
   a) Grundsätzliches ..... 31
   b) Voraussetzungen ..... 32
      aa) Verstoß gegen die DSGVO ..... 32
      bb) Schaden ..... 32
      cc) Kausalzusammenhang ..... 33
   c) Höhe ..... 33

## B. Entscheidungen deutscher Gerichte ..... 35

**Verzeichnis der Urteile** ..... 37

**I. Zusammenstellung nach Art der Verletzungen** ..... 49

**II. Häufige Verletzungsarten** ..... 570

**III. Besondere Verletzungsarten, Verletzungsursachen und Verletzungsfolgen** ..... 588

**IV. Kapitalabfindung mit Schmerzensgeldrente** ..... 1015

**V. Kapitalabfindung mit immateriellem Vorbehalt** ..... 1019

**VI. Zusammenstellung nach der Höhe des Schmerzensgeldes** ..... 1029

## C. Unfallmedizinisches Wörterbuch ..... 1031

# Literaturverzeichnis


### Bücher

**Ahrens/Spickhoff**, Deliktsrecht, 2022, C.H. Beck Verlag

**Bieritz-Harder/Conradis/Thie**, Sozialgesetzbuch XII, 13. Auflage 2024, Nomos Verlag

**Cantzler**, Asylbewerberleistungsgesetz, 2019, Nomos Verlag

**Geigel**, Der Haftpflichtprozess, 29. Auflage 2024, C.H. Beck Verlag

**Grüneberg (vormals Palandt)**, Bürgerliches Gesetzbuch, 85. Auflage 2026, C.H. Beck Verlag

**Gsell/Krüger/Lorenz/Reymann**, beck-online-Großkommentar zum Zivilrecht (BeckOGK), 2026, C.H. Beck Verlag

**Rolfs/Giesen/Meßling/Udsching**, BeckOK Sozialrecht, 2026, C.H. Beck Verlag

**Säcker/Rixecker/Oetker/Limperg/Schubert**, Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 9./10. Auflage 2021 ff., C.H. Beck Verlag

**Schwintowski/C. Schah Sedi/M. Schah Sedi**, Handbuch Schmerzensgeld, 2. Auflage 2020, Reguvis Verlag

**Vorwerk/Wolf**, BeckOK-ZPO, 2026, C.H. Beck Verlag

### Zeitschriften

**Almeroth**, Abfindung von Personenschäden nach Verkehrsunfällen und anderen Schadensereignissen, NJW 2024, 1457

**Bähring/Burmann/Jahnke**, Der psychische Schaden im Schadensrecht, r+s 2025, 641

**Berger**, Tendenzen bei der Bemessung des Schmerzensgeldes, VersR 1977, 877

**von Gerlach**, Die prozessuale Behandlung von Schmerzensgeldansprüchen, VersR 2000, 525

**Gietl/Amberger**, Menschenrechtliche Herausforderungen für das deutsche Staatshaftungsrecht, NJW 2023, 3468

**Götting**, Die „Kohl-Protokolle“ – Eine Abrechnung, GRUR 2022, 369

**Gsell**, Anmerkung zu BGH, Teilurt. v. 29.11.2021 – VI ZR 258/18, NJW 2022, 871

**Hager**, Postmortales Persönlichkeitsrecht, JA 2022, 338

**Huber**, Das „neue“ Hinterbliebenengeld und sein Verhältnis zum Schockschaden, SVR 2025, 4

**Jaeger**, Einfluss der Niedrigzinsphase auf die Bemessung des Schmerzensgeldes, VersR 2019, 577

**Jansen**, Das Hinterbliebenengeld als kleines Schmerzensgeld?, JZ 2024, 64

**Lang/Bucka**, Das neue Hinterbliebenengeld – Erste Praxiserfahrungen und gerichtliche Entscheidungen, DAR 2020, 445

**Lang/Luckey**, Das Kind im Personenschaden – Haftung, Ansprüche, Abfindung, VersR 2025, 1417

**Lang/Nugel**, Sechs Jahre Hinterbliebenengeld – ein erstes Fazit aus der Praxis, VersR 2023, 1416

**Lenz**, Das Verhältnis des Hinterbliebenengeldes zum Schockschadensschmerzensgeld, r+s 2025, 1122

**Müller**, Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld, VersR 2017, 321

**Quaisser**, Hinterbliebenengeld und Schockschaden, NZV 2025, 8

**Staudinger**, Gedankensplitter zu § 844 Abs. 3 BGB, DAR 2019, 601

**Wellner**, Anmerkung zu OLG Brandenburg, Urt. v. 16.4.2019 – 3 U 8/18, DAR 2020, 26

**Wagner**, Hinterbliebenengeld – Eine Bilanz nach sieben Jahren, r+s 2025, 241


# Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| a.A. | anderer Ansicht |
| a.a.O. | am angegebenen Ort |
| ABM | Arbeitsbeschaffungsmaßnahme |
| Abs. | Absatz |
| a.E. | am Ende |
| a.F. | alte Fassung |
| AG | Amtsgericht |
| AGG | Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz |
| a.M. | anderer Meinung |
| AMG | Arzneimittelgesetz |
| Anm. | Anmerkung |
| AsylblG | Asylbewerberleistungsgesetz |
| AtomG | Atomgesetz |
| AU | Arbeitsunfähigkeit |
| Aufl. | Auflage |
| Az. | Aktenzeichen |
| BAföG | Bundesausbildungsförderungsgesetz |
| BAföGVwV | Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesausbildungsförderungsgesetz |
| BAG | Bundesarbeitsgericht |
| BAK | Blutalkoholkonzentration |
| BayVGH | Bayerischer Verwaltungsgerichtshof |
| BB | Betriebsberater |
| BeamtVG | Beamtenversorgungsgesetz |
| Beschl. | Beschluss |
| BFH | Bundesfinanzhof |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |
| BGBl | Bundesgesetzblatt |
| BGH | Bundesgerichtshof |
| BGHSt | Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen |
| BGHZ | Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen |
| BMF | Bundesministerium der Finanzen |
| BMJ | Bundesministerium der Justiz |
| BR-Drucks | Bundesratsdrucksache |
| BSHG | Bundessozialhilfegesetz |
| Bspr | Besprechung |
| BStBl | Bundessteuerblatt |
| BT-Drucks | Bundestagsdrucksache |
| BVerfG | Bundesverfassungsgericht |
| BVerfGE | Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts |
| BVerwG | Bundesverwaltungsgericht |

| | |
|---|---|
| BW | Brustwirbel |
| BWK | Brustwirbelkörper |
| BWS | Brustwirbelsäule |
| bzw. | beziehungsweise |
| cm | Zentimeter |
| DAR | Deutsches Autorecht |
| dB | Dezibel |
| DEVK | Deutsche Eisenbahnversicherungskasse |
| DM | Deutsche Mark |
| DSGVO | Datenschutz-Grundverordnung |
| Ed. | Edition |
| EEG | Elektroenzephalogramm |
| EGBGB | Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch |
| EGMR | Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte |
| EKG | Elektrokardiogramm |
| EMG | Elektromyographie |
| ErwG | Erwägungsgrund |
| EStG | Einkommensteuergesetz |
| etc. | et cetera |
| EuGH | Europäischer Gerichtshof |
| EuZW | Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| f., ff. | folgende, fortfolgende |
| FamRZ | Zeitschrift für das gesamte Familienrecht |
| FGO | Finanzgerichtsordnung |
| GdB | Grad der Behinderung |
| GenTG | Gentechnikgesetz |
| GG | Grundgesetz |
| ggf. | gegebenenfalls |
| GRUR | Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift) |
| GSZ | Großer Senat für Zivilsachen beim Bundesgerichtshof |
| GVG | Gerichtsverfassungsgesetz |
| HaftPflG | Haftpflichtgesetz |
| HDI | Haftpflichtverband der Deutschen Industrie |
| HW | Halswirbel |
| HWK | Halswirbelkörper |
| HWS | Halswirbelsäule |
| insb. | insbesondere |
| i.S. | im Sinne |
| i.V.m. | in Verbindung mit |
| JA | Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift) |
| JZ | Juristenzeitung |
| Kap. | Kapitel |
| KG | Kammergericht Berlin |
| Kl. | Kläger/Klägerin |
| KunstUrhG | Kunsturhebergesetz |
| KVR | Kraftverkehrsrecht von A–Z |
| LAG | Landesarbeitsgericht |
| lfd. | laufende |
| LG | Landgericht |
| LuftVG | Luftverkehrsgesetz |
| LW | Lendenwirbel |
| LWK | Lendenwirbelkörper |
| LWS | Lendenwirbelsäule |
| m.w.N. | mit weiteren Nachweisen |
| MdE | Minderung der Erwerbsfähigkeit |
| MDR | Monatsschrift für Deutsches Recht |
| n.F. | neue Fassung |
| NJW | Neue Juristische Wochenschrift |
| NJWE-VHR | Entscheidungsdienst Versicherungs-/Haftungsrecht |
| NJW-RR | Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport |
| Nr. | Nummer |
| NStZ | Neue Zeitschrift für Strafrecht |
| NVwZ | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht |
| NVwZ-RR | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport |
| NZV | Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht |
| OLG | Oberlandesgericht |
| OP | Operation |
| OSG | Oberes Sprunggelenk |
| PflichtversG | Pflichtversicherungsgesetz |
| PKH | Prozesskostenhilfe |
| ProdHaftG | Produkthaftungsgesetz |
| r+s | Recht und Schaden |
| RefE | Referentenentwurf |
| RG | Rahmengesetz Reichsgericht Reichsgesetz |
| RGZ | Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen |
| Rn | Randnummer |
| RVO | Reichsversicherungsordnung |
| S. | Satz |
| SGB | Sozialgesetzbuch |
| SGG | Sozialgerichtsgesetz |
| SHT | Sozialhilfeträger |
| sog. | sogenanntes |
| SP | Schaden-Praxis (Zeitschrift) |
| StGB | Strafgesetzbuch |
| StPO | Strafprozessordnung |
| StrEG | Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen |
| StVG | Straßenverkehrsgesetz |
| SVR | Straßenverkehrsrecht – Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen |
| SZ | Süddeutsche Zeitung |
| UmweltHG | Umwelthaftungsgesetz |
| UrhG | Urheberrechtsgesetz |
| Urt. | Urteil |
| v. | vom |
| VerkMitt | Verkehrsrechtliche Mitteilungen |
| VersR | Versicherungsrecht (Zeitschrift) |
| vgl. | vergleiche |
| VO | Verordnung |
| VRS | Verkehrsrechtsammlung |
| VVaG | Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit |
| VVG | Versicherungsvertragsgesetz |
| VwGO | Verwaltungsgerichtsordnung |
| WK | Wirbelkörper |
| WoGG | Wohngeldgesetz |
| WS | Wirbelsäule |
| zfs | Zeitschrift für Schadensrecht |
| ZfV | Zeitschrift für Versicherungswesen |
| ZPO | Zivilprozessordnung |
| z.V.b. | zur Veröffentlichung bestimmt |
| z.Z., zzt. | zurzeit |

# A. Allgemeiner Teil

## I. Schmerzensgeldanspruch

### 1. Begriff

Nicht nur umgangssprachlich wird häufig jede Art des materiellen Ausgleichs immaterieller Beeinträchtigungen als Schmerzensgeld bezeichnet. Besonders glücklich ist das nicht. Denn ein derartiges Verständnis des Begriffs des Schmerzensgeldes verdeckt, dass sich die einzelnen Ansprüche auf Ersatz immaterieller Beeinträchtigungen zum Teil nicht unerheblich voneinander unterscheiden. Der unscharfe Blick vermittelt mitunter den Eindruck von Gerechtigkeitsdefiziten, der sich bei genauerem Hinsehen oft nicht bestätigt. Erinnert sei an dieser Stelle an die immer wieder zu hörende Klage, in Deutschland sei das Schmerzensgeld für Körper- und Gesundheitsschäden im Vergleich zum „Schmerzensgeld" für Persönlichkeitsrechtsverletzungen unangemessen niedrig.

Im Folgenden soll der Begriff des Schmerzensgeldes deshalb nur für die **(Geld-)Leistung** verwendet werden, für die der Gesetzgeber den Begriff in der gesetzlichen Überschrift zu **§ 847 BGB a.F.**[1] einst selbst gebraucht hat, nämlich für den heute insb. in **§ 253 Abs. 2 BGB** und parallel hierzu in zahlreichen **Spezialgesetzen** (vgl. nachfolgend unter 3.) geregelten Ersatz von immateriellen Schäden in den Fällen der **Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung**. Andere Fälle des Ausgleichs immaterieller Beeinträchtigungen (hierzu nachfolgend unter II.), allen voran die **Entschädigung bei schweren Persönlichkeitsrechtsverletzungen,** das sog. **Hinterbliebenengeld** nach § 844 Abs. 3 BGB und der Ersatzanspruch nach Art. 82 DSGVO, haben ihre eigenen Voraussetzungen.

### 2. Funktion

Die Frage nach der Funktion des Schmerzensgeldes führt direkt zu den beiden großen **Leitentscheidungen** des BGH aus diesem Bereich: dem Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955[2] und dem Beschluss der Vereinigten Großen Senate des BGH vom 16.9.2016.[3]

#### a) Der Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955 – GSZ 1/55

Im Jahr 1955 hatte der VI. Zivilsenat des BGH dem Großen Senat für Zivilsachen die Frage vorgelegt, ob bei der **Bemessung der Höhe einer billigen Entschädigung in Geld** nach § 847 BGB a.F. „*alle Umstände, also auch die Vermögensverhältnisse und der Grad des Verschuldens des Verpflichteten*" zu berücksichtigen seien. Der Große Senat für Zivilsachen hat dies mit folgendem Tenor bejaht: *„Bei der Bemessung einer billigen Entschädigung in Geld nach § 847 BGB können alle Umstände des Falles berücksichtigt werden, darunter auch der Grad des Verschuldens des Verpflichteten und die wirtschaftlichen Verhältnisse beider Teile. Dabei ist auch zu berücksichtigen, inwieweit der Verpflichtete durch eine Haftpflichtversicherung oder einen Ausgleichsanspruch Ersatz seiner Leistung findet."*

Für die Funktion des Schmerzensgeldes interessanter als der Tenor ist allerdings der vom Großen Senat für Zivilsachen formulierte **erste Leitsatz** zu dieser Entscheidung. Er lautet: *„Der Anspruch auf Schmerzensgeld nach § 847 BGB ist kein gewöhnlicher Schadensersatzanspruch, sondern ein Anspruch eigener Art mit einer doppelten Funktion: Er soll dem Geschädigten einen angemessenen Ausgleich für diejenigen Schäden bieten, die nicht vermögensrechtlicher Art sind, und zugleich dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Geschädigten Genugtuung schuldet für das, was er ihm angetan hat."*

Das Schmerzensgeld hat demnach eine **Doppelfunktion**: Zum einen dient es – und zwar in erster Linie[4] – der Entschädigung des Verletzten, also dem **Ausgleich** der vom Verletzten erlittenen Beeinträchtigung. Weil der Schädiger dem Geschädigten das Leben schwer gemacht hat, soll er durch seine Leistung dazu beitragen, es ihm im Rahmen des Möglichen wieder leichter zu machen.[5] Zum anderen soll das Schmerzensgeld aber auch dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Geschädigten für das, was er ihm angetan hat, **Genugtuung** oder – auch diesen Begriff verwendete der Große Senat für Zivilsachen im Jahr 1955[6] – „Buße" schuldet. Begründet wird dies mit den **rechtsgeschichtlichen Wurzeln des Schmerzensgeldes** im Strafrecht, auch wenn den modernen schadensrechtlichen Ansprüchen aus unerlaubter Handlung ein unmittelbarer Strafcharakter natürlich nicht mehr zukommt. Die Doppelfunktion des Schmerzensgeldes ist – auch das wird im Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen deutlich[7] – nicht nur dogmatische Spielerei: Sie hat ganz konkrete Auswirkungen auf die bei der Schmerzensgeldbemessung im Einzelfall maßgeblichen Faktoren (siehe hierzu nachfolgend unter 6.).

#### b) Der Beschluss der Vereinigten Großen Senate vom 16.9.2016 – VGS 1/16

Mit ihrer Entscheidung vom 16.9.2016[8] haben die Vereinigten Großen Senate des BGH diese Grundsätze bestätigt. Angerufen worden waren sie vom 2. Strafsenat, der sich in zwei strafrechtlichen Revisionsverfahren mit Adhäsionsentscheidungen konfrontiert sah und der Auffassung war, es komme bei der Schmerzensgeldbemessung entgegen der bisherigen höchstrichterlichen Rechtsprechung weder auf die Vermögensverhältnisse des Geschädigten an, noch dürften die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers berücksichtigt werden. Die von ihm deshalb – u.a. – gestellte Vorlagefrage *„Dürfen bei der Bemessung der billigen Entschädigung in Geld (§ 253 Abs. 2 BGB) die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers und des Geschädigten berücksichtigt werden?"* haben die Vereinigten Großen Senate wie folgt beantwortet: *„Bei der Bemessung einer billigen Entschädigung in Geld nach § 253 Abs. 2 BGB (§ 847 BGB a.F.) können alle Umstände des Falles berücksichtigt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers und des Geschädigten können dabei nicht von vornherein ausgeschlossen werden."*

Zur Begründung haben sich die Vereinigten Großen Senate auch auf die oben dargestellte **Doppelfunktion** des Schmerzensgeldes gestützt.

### 3. Gesetzliche Regelungen

Mehr als 100 Jahre war das Schmerzensgeld in § 847 BGB a.F. geregelt. Mit dem Inkrafttreten des **2. Schadensrechtsän-**

---

[1] In der vom 1.1.2002 bis zum 31.7.2002 geltenden Fassung.

[2] GSZ 1/55, BGHZ 18, 149.

[3] VGS 1/16, BGHZ 212, 48.

[4] BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (154).

[5] So BGH, a.a.O.

[6] BGH, a.a.O. (155).

[7] BGH, a.a.O. (154 ff.).

[8] BGHZ 212, 48.

**derungsgesetzes**[9] zum 1.8.2002 hat sich das geändert. Nunmehr ist § 253 Abs. 2 BGB die zentrale Norm. Zudem finden sich in vielen **Spezialgesetzen** entsprechende Vorschriften, etwa in § 11 S. 2 StVG, § 6 S. 2 HaftPflG, § 36 S. 2 LuftVG, § 32 Abs. 5 S. 2 GenTG, § 8 S. 2 ProdHaftG, § 13 S. 2 UmweltHG oder § 29 Abs. 2 AtomG. Konkrete Folge dieser Gesetzesänderung ist eine nicht unerhebliche Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Schmerzensgeldes: Schmerzensgeld gibt es nicht mehr nur im Falle – regelmäßig **schuldhafter** – **unerlaubter Handlungen** i.S.d. §§ 823 ff. BGB, sondern auch im Falle von **Vertragsverletzungen** und im Rahmen der **Gefährdungshaftung**. Besondere praktische Auswirkungen hat dies natürlich für den Bereich des **Verkehrshaftpflichtrechts** (§ 11 S. 2 StVG). Aber etwa auch im **Arzthaftungsrecht** sind die Konsequenzen der Neuregelung spürbar: Für einen Schmerzensgeldanspruch des Patienten gegen den Krankenhausträger kommt es nun nicht mehr darauf an, dass der schuldhaft handelnde Arzt Organ bzw. Repräsentant des Krankenhausträgers i.S.d. § 31 BGB ist oder jedenfalls die Voraussetzungen des § 831 BGB gegeben sind; der Krankenhausträger haftet dem Patienten nun schon aus §§ 280, 630a ff. BGB auf Schmerzensgeld, wobei ihm das Verschulden des für ihn tätigen Arztes ohne Weiteres gem. § 278 BGB zuzurechnen ist. Im Jahr 2017 hat die Rechtsprechung den Schmerzensgeldanspruch im Rahmen der **Staatshaftung** ausgedehnt und darauf erkannt, dass der **allgemeine Aufopferungsanspruch** wegen eines hoheitlichen Eingriffs in die körperliche Unversehrtheit nicht auf den Ersatz materieller Schäden begrenzt ist, sondern auch nichtvermögensrechtliche Nachteile des Betroffenen umfasst.[10]

## 4. Voraussetzungen

### a) Geschützte Rechtsgüter

Nach § 253 Abs. 2 BGB kann Schmerzensgeld (nur) wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung gefordert werden.

*aa) Körper und Gesundheit*

In erster Linie wird die körperliche Unversehrtheit gegen jedwede unangemessene Einwirkung oder Behandlung geschützt, die zu einer nicht völlig unerheblichen Verletzung führt. Der Begriff der **Körperverletzung** ist dabei weit auszulegen. Er umfasst jeden unbefugten, nicht von einer Einwilligung des Rechtsträgers gedeckten Eingriff in die Integrität der körperlichen Befindlichkeit.[11]

Geschützt wird weiter vor **Gesundheitsbeschädigungen**. Darunter fällt jedes Hervorrufen oder Steigern eines von den normalen körperlichen Funktionen nachteilig abweichenden, wenn auch nur vorübergehenden Zustands.[12] Eine Gesundheitsbeschädigung in diesem Sinne kann auch ohne unmittelbare körperliche Misshandlung **mittelbar**, z.B. durch Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit, als Unfallschock in Form einer posttraumatischen Belastungsstörung oder einer anderen psychischen Störung von Krankheitswert[13] wie auch als (pathologische) psychische Beeinträchtigung wegen des Unfalltodes oder schwerster Verletzungen nächster Angehöriger (sog. **Schockschaden**)[14] eintreten. Die zum Schockschaden entwickelten Grundsätze sind dabei nach Auffassung des BGH auch in dem Fall anzuwenden, in dem das haftungsbegründende Ereignis kein Unfallereignis im eigentlichen Sinne, sondern eine fehlerhafte ärztliche Behandlung des Angehörigen[15] oder etwa die Kenntniserlangung vom sexuellen Missbrauch des eigenen Kindes durch einen Dritten[16] ist.[17]

Auch der Verlust einer zur Aufbewahrung übergebenen Zahnprothese kann mittelbar eine Gesundheitsbeschädigung bzw. Körperverletzung zur Folge haben und deshalb einen Schmerzensgeldanspruch begründen, wenn der Verlust zu gesundheitlichen Folgen wie etwa zu Einschränkungen und Schmerzen bei der Nahrungsaufnahme führt oder eine erneute zahnärztliche Behandlung notwendig macht.[18]

*bb) Freiheit*

Freiheit meint allein die **körperliche Bewegungsfreiheit**. Zu beachten ist, dass § 253 Abs. 2 BGB – anders als früher § 847 BGB a.F. – für den Schmerzensgeldanspruch keine Freiheitsentziehung mehr verlangt, sondern auch unterhalb dieser Schwelle liegende Beeinträchtigungen der körperlichen Bewegungsfreiheit ausreichen lässt.[19]

Eine im Rahmen des § 253 Abs. 2 BGB **relevante Freiheitsbeeinträchtigung** kann sich etwa aus einer rechtswidrigen Inhaftierung,[20] behördlichen[21] oder sonstigen Unterbringung[22] oder einer zu Unrecht erfolgenden – auch kurzfristigen – Ingewahrsamnahme[23] ergeben. Dabei kann es ausreichen, dass sich die Inhaftierung/Unterbringung/Ingewahrsamnahme nur formell als rechtswidrig darstellt.[24] Auch Fixierungen – etwa eines Patienten am Krankenbett – stellen Beeinträchtigungen der Freiheit i.S.d. § 253 Abs. 2 BGB dar; auch sie können deshalb zu Schmerzensgeldansprüchen führen.[25] Wer vom Kaufhausdetektiv zu Unrecht des Diebstahls verdächtigt und deshalb – wenn auch nur kurz[26] – am Weggehen gehindert wird, wird in seiner Freiheit i.S.d. § 253 Abs. 2 BGB ebenfalls beeinträchtigt.[27] Auch Verkehrsblockaden wurden im Einzelfall schon als schmerzensgeldbegründende Freiheitsbeschränkungen gewertet.[28]

Häufig wird die Freiheitsbeeinträchtigung von der Verletzung anderer von § 253 BGB erfasster Rechtsgüter begleitet, etwa im Falle von Sexualdelikten.

---

[9] BGBl I 2002, 2674.

[10] BGH, Urt. v. 7.9.2017 – III ZR 71/17, BGHZ 215, 335.

[11] BGH, Urt. v. 17.9.2013 – VI ZR 95/13, VersR 2013, 1406 Rn 12, m.w.N.

[12] Vgl. nur BGH, Urt. v. 14.6.2005 – VI ZR 179/04, VersR 2005, 1238, juris Rn 9; v. 21.6.1960 – 1 StR 186/60, NJW 1960, 2253.

[13] Vgl. nur BGH, Urt. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 8, m.w.N.

[14] Vgl. etwa BGH, Urt. v. 27.1.2015 – VI ZR 548/12, DAR 2015, 200; v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590.

[15] BGH, Urt. v. 21.5.2019 – VI ZR 299/17, BGHZ 222, 125.

[16] BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983.

[17] S. weiter zum Schockschaden sogleich unter I.4.b.bb, I.5.b.aa und I.6.d.aa.(3).

[18] AG Nürnberg, Urt. v. 23.6.2021 – 19 C 867/21, juris Rn 33.

[19] BeckOGK BGB/Brand, 1.3.2024, § 253 Rn 38.

[20] Vgl. OLG Hamm, Beschl. v. 16.12.2020 – 11 W 67/20, NJW-RR 2021, 535.

[21] Vgl. OLG Karlsruhe, Urt. v. 12.11.2015 – 9 U 78/11, VersR 2016, 254 (255 ff.).

[22] Vgl. OLG Hamm, Urt. v. 9.1.2001 – 29 U 56/00, FamRZ 2001, 861 (863).

[23] Vgl. OLG Koblenz, Beschl. v. 7.3.2018 – 1 U 1025/17, juris.

[24] BGH, Beschl. v. 1.8.2007 – III ZR 284/06, juris Rn 4 f.; OLG Bremen, Urt. v. 18.8.2006 – 1 U 34/06, juris Rn 13 ff.

[25] Vgl. OLG Frankfurt, Urt. v. 16.7.2018 – 8 U 59/18, juris, insb. Rn 85 ff.

[26] Sehr weitgehend AG Regensburg, Urt. v. 5.2.1999 – 9 C 2783/98, NJW-RR 1999, 1402.

[27] AG Regensburg, Urt. v. 5.2.1999 – 9 C 2783/98, NJW-RR 1999, 1402; AG Osnabrück, Urt. v. 21.11.1988 – 40 C 269/88, NJW-RR 1989, 476.

[28] LG Frankfurt/M., Urt. v. 17.9.1984 – 2/24 S 362/82, NJW 1985, 201.

*cc) Sexuelle Selbstbestimmung*

Schließlich kommt nach § 253 Abs. 2 BGB auch bei der Verletzung der **sexuellen Selbstbestimmung** ein Schmerzensgeldanspruch in Betracht. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gewährleistet das Recht jedes Einzelnen, frei über seine Sexualität zu bestimmen.[29] Dementsprechend kann ein Schmerzensgeldanspruch insb. in den Fällen der §§ 174 ff. StGB (einschließlich des sog. „Stealthing")[30] oder des § 825 BGB gegeben sein. In jüngerer Zeit sind in diesem Zusammenhang insbesondere auch Fälle des sexuellen Missbrauchs durch Priester der katholischen Kirche in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, wobei neben Ansprüchen gegen die Täter selbst auch Ansprüche gegen die Kirche bzw. das zuständige Bistum – etwa unter dem Gesichtspunkt des Organisationsverschuldens und des Unterlassens – in Betracht kommen.[31]
Keine Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung liegt vor, wenn allein die tatsächliche Möglichkeit, die eigene Sexualität auszuleben, beschränkt wird; so hat etwa eine Frau im Falle einer zur Impotenz führenden Verletzung ihres Ehemannes unter dem Gesichtspunkt der Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung keinen eigenen Schmerzensgeldanspruch gegen den Schädiger ihres Ehemannes.[32]

**b) Schaden**

*aa) Allgemeines*

Auch das Schmerzensgeld dient dem Ersatz eines – wenn auch immateriellen – Schadens. Voraussetzung ist deshalb auch hier das Vorliegen eines solchen Schadens. In aller Regel ist das völlig unproblematisch: Geht es dem Verletzten infolge des Verhaltens des Schädigers etwa aufgrund von **Schmerzen oder psychischen Beeinträchtigungen** – wenn auch nur vorübergehend – schlechter, als es ihm ohne dieses Verhalten gegangen wäre, liegt ein solcher (immaterieller) Schaden ohne Weiteres vor.

*bb) Schockschaden*

Physische und psychische Schäden sind schadensrechtlich grds. **gleichwertig**.[33] Besonderheiten galten früher beim sog. **Schockschaden**. Nach der langjährigen Rechtsprechung des BGH sollte die seelische Erschütterung durch das Miterleben oder die Nachricht vom tödlichen oder mit schweren Verletzungen verbundenen Unfall eines Angehörigen einen Schadensersatzanspruch gegen den Unfallverursacher nicht begründen, wenn sie zwar medizinisch fassbare Auswirkungen hatte, diese aber nicht über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen hinausgingen, denen nahe Angehörige bei entsprechenden Nachrichten erfahrungsgemäß ausgesetzt sind.[34] Diese Rechtsprechung hat der VI. Zivilsenat des BGH im Sinne einer konsequenten Gleichstellung von physischen und psychischen Beeinträchtigungen im Jahr 2022 aufgegeben. Ist die psychische Beeinträchtigung **pathologisch fassbar**, hat sie also Krankheitswert, ist für die Bejahung einer Gesundheitsverletzung daher nicht mehr erforderlich, dass die Störung über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen hinausgeht, denen Betroffene bei der Verletzung eines Rechtsgutes eines nahen Angehörigen in der Regel ausgesetzt sind.[35] Damit hat der BGH zugleich die mittelbare Beeinträchtigung des Schockschadens der unmittelbaren Beeinträchtigung[36] gleichgestellt. Dem berechtigten Anliegen der bisherigen Rechtsprechung, die Haftung für lediglich mittelbar verursachte psychische Beeinträchtigungen nicht ins Uferlose auszuweiten, ist nunmehr durch eine sorgfältige Prüfung der sonstigen haftungsbegründenden Merkmale Rechnung zu tragen, insbesondere der Merkmale der Gesundheitsverletzung (beim Schockschaden in der Regel Primärschaden, § 286 ZPO) sowie des Zurechnungszusammenhangs (s. dazu unten I.5.b.cc).[37]

*cc) Primär- und Sekundärschaden*

Wie bei physischen Schäden ist auch bei psychischen Schäden sorgfältig zwischen **Primär- und Sekundärschäden** zu unterscheiden. Wird die psychische Beeinträchtigung als Folge einer physischen (oder einer anderen psychischen) Verletzung geltend gemacht, steht ein Sekundärschaden im Raum, bei dem das **Beweismaß** des § 287 ZPO gilt. Beim Primärschaden geht es hingegen um die Rechtsgutsverletzung, die zum haftungsbegründenden Tatbestand gehört. Handelt es sich bei den psychischen Beeinträchtigungen somit nicht um Folgen einer anderen Verletzung, sondern treten sie – wie bei den sog. Schockschäden regelmäßig und bei Unfallneurosen häufig – unabhängig von einer anderen, insb. physischen Verletzung auf, so kommt eine Haftung für den psychischen (Primär-)Schaden nur in Betracht, wenn sämtliche Voraussetzungen der Haftungsnorm, insb. des § 823 Abs. 1 BGB oder der §§ 7, 18 StVG, erfüllt sind.[38] Damit müssen die psychischen Beeinträchtigungen selbst Krankheitswert besitzen, also eine Gesundheitsbeschädigung darstellen, und ursächlich auf das schädigende Ereignis zurückzuführen sein. Der (angeblich) geschädigte Anspruchssteller trägt hier die volle Darlegungs- und Beweislast; es gilt das Beweismaß des § 286 ZPO.

*dd) Weiterleben als Schaden*

Eine im Wortsinn existentielle Schadensproblematik kann sich am Ende des (leidensbehafteten) Lebens im Spannungsfeld von (behauptetem) Sterbewunsch und lebenserhaltenden medizinischen Zwangsmaßnahmen stellen. Nach der Rechtsprechung des BGH[39] kommt ein Schmerzensgeld i.S.d. § 253 Abs. 2 BGB mangels Schadens nicht in Betracht, wenn die angebliche Schädigungshandlung die Fortführung lebenserhaltender Maßnahmen darstellen und der (immaterielle) Schaden darin liegen soll, dass der Verletzte, anstatt sofort sterben zu dürfen, (auch mit Schmerzen) **weiterleben** muss. Allerdings hat der BGH in der genannten Entscheidung – was häufig übersehen wird – einen Geldentschädigungsanspruch des Patienten wegen **Verletzung seines Selbstbestimmungsrechts** nicht ausgeschlossen; ein solcher Anspruch setzt freilich die

[29] Vgl. OLG Köln, Urt. v. 22.12.2015 – 5 U 135/15, VersR 2016, 796 (797).

[30] Vgl. BGH, Beschl. v. 13.12.2022 – 3 StR 372/22, NJW 2023, 701: Gegen den erkennbaren Willen des Sexualpartners heimlich ohne Kondom ausgeführter Geschlechtsverkehr.

[31] LG Köln, Urt. v. 13.6.2023 – 5 O 197/22, NJW 2023, 2496: Schmerzensgeld von 300.000 € für jahrelangen schweren Missbrauch eines Messdieners.

[32] Vgl. OLG Köln, Urt. v. 22.12.2015 – 5 U 135/15, VersR 2016, 796 (797).

[33] Vgl. nur BGH, Urt. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 8 ff., insb. Rn 17.

[34] BGH, Urt. v. 21.5.2019 – VI ZR 299/17, BGHZ 222, 125 Rn 7; v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 9; v. 27.1.2015 – VI ZR 548/12, VersR 2015, 501 Rn 7.

[35] BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983.

[36] Vgl. hierzu BGH, Urt. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 8.

[37] BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983 Rn 17, 24 ff. Insg. restriktiv Bähring/Burmann/Jahnke, r+s 2025, 641.

[38] Vgl. auch hierzu und zu den sich daraus ergebenden Haftungshürden bei psychischen Beeinträchtigungen BGH, Urt. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 20 ff.

[39] BGH, Urt. v. 2.4.2019 – VI ZR 13/18, BGHZ 221, 352; Verfassungsbeschwerde des unterlegenen Klägers nicht zur Entscheidung angenommen durch BVerfG, Beschl. v. 7.4.2022 – 1 BvR 1187/19, NJW 2023, 356.

positive Feststellung eines gegen die lebensverlängernden Maßnahmen gerichteten Willens des Patienten voraus.[40]

### c) Voraussetzungen der Haftungsnorm

Schon aus dem Wortlaut der Vorschrift („*Ist wegen […] Schadensersatz zu leisten, kann auch […]*“) ergibt sich, dass § 253 Abs. 2 BGB **keine eigenständige Anspruchsgrundlage** darstellt. Vielmehr bestimmt sie – ebenso wie ihre „kleinen Schwestern“ in den Spezialgesetzen – allein den Umfang des bei gegebener Schadensersatzpflicht zu ersetzenden Schadens. Vor die Prüfung der Voraussetzungen des § 253 Abs. 2 BGB hat der Gesetzgeber somit die Prüfung und Bejahung der Voraussetzungen einer Anspruchsgrundlage gesetzt. Folglich schlagen Beschränkungen und Besonderheiten der jeweiligen Anspruchsgrundlage voll auf den Schmerzensgeldanspruch durch. Im für das Schmerzensgeld besonders relevanten Bereich des Straßenverkehrsrechts bedeutet dies etwa:

- Gegenüber verletzten Personen, die nicht nach dem Straßenverkehrsrecht haften (etwa Fußgänger und Radfahrer), kommt ein – auch den Schmerzensgeldanspruch erfassender – **Haftungsausschluss** für Halter und Haftpflichtversicherer eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers nur dann in Betracht, wenn der Unfall durch „höhere Gewalt“ verursacht worden ist (§ 7 Abs. 2 StVG).
- Haften sowohl Schädiger und Geschädigter für die **Betriebsgefahr** der beteiligten Kraftfahrzeuge (oder Anhänger), scheiden Schmerzensgeldansprüche grds. gegenüber demjenigen aus, für den sich der Unfall als unabwendbares Ereignis darstellt (§§ 17 Abs. 3, 19 Abs. 3 StVG).
- Nach § 828 Abs. 2 S. 1 BGB sind **Kinder** bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr bei einem Unfall mit einem Kraftfahrzeug **haftungsprivilegiert**. Werden sie bei einem solchen Unfall verletzt, haben sie sich auch bei der Schmerzensgeldbemessung kein Mitverschulden anrechnen zu lassen. Der sich aus § 828 Abs. 2 S. 1 BGB ergebende Schutz des verunfallten Kindes entfällt allerdings nach höchstrichterlicher Rechtsprechung, wenn der andere Unfallbeteiligte darlegt und gegebenenfalls beweist, dass sich im Unfall keine typische Überforderungssituation des Kindes durch die spezifischen Gefahren des motorisierten Verkehrs realisiert hat.[41] Auf der anderen (Passiv-)Seite können nach den näheren Voraussetzungen des § 828 BGB **auch strafunmündige Kinder zivilrechtlich verantwortlich** sein und auf Schmerzensgeld in Anspruch genommen werden.[42]

## 5. Materiell-rechtliche Besonderheiten des Schmerzensgeldanspruchs

### a) Übertragbarkeit und Vererblichkeit

Der Schmerzensgeldanspruch kann **frei übertragen** (und damit gepfändet, § 851 Abs. 1 ZPO) werden und ist **uneingeschränkt vererblich**. Es ist nicht erforderlich, dass der Erblasser noch zu seinen Lebzeiten seinen Willen bekundet hat, Schmerzensgeld zu fordern. § 847 Abs. 1 S. 2 BGB a.F., der Übertragbarkeit und Vererblichkeit ausschloss, ist bereits mit Wirkung zum 1.7.1990 und damit lange vor Erlass des 2. Schadensrechtsänderungsgesetzes im Jahr 2002[43] aufgehoben worden.[44]

### b) Ausschluss und Minderung des Anspruchs

*aa) Mitverschulden*

Der Verletzte muss sich auch auf seinen Schmerzensgeldanspruch ein etwaiges **Mitverschulden** i.S.v. § 254 BGB **anrechnen** lassen. Wie der Anspruch auf den Ersatz materieller Schäden wurde hierfür zunächst auch der Schmerzensgeldanspruch um die Quote des Mitverschuldens des Verletzten gekürzt. Gegen diese Verfahrensweise wurde eingewandt, sie passe nicht zur im Rahmen der Schmerzensgeldbemessung grds. angezeigten **Gesamtbetrachtung**. Der BGH teilt diese Einschätzung.[45]

Jedenfalls im **theoretischen Ansatz** wird deshalb heutzutage im Falle mitwirkenden Verschuldens des Verletzten nicht etwa ein angemessenes Schmerzensgeld ohne Mitverschulden, das dann um die Mitverschuldensquote gekürzt wird, bestimmt. Vielmehr ist von vornherein ein Schmerzensgeld zuzubilligen, das unter Berücksichtigung des Mithaftungsanteils angemessen ist. Das Verschulden ist also nur ein Bemessungsfaktor von vielen, der – und das ist der entscheidende Unterschied – von Fall zu Fall **im Verhältnis zu den anderen Bemessungskriterien unterschiedliches Gewicht** besitzen kann.[46] Die tatrichterliche **Praxis** sieht im Ergebnis allerdings anders aus. Hier schlägt die Mithaftungsquote in aller Regel voll auf den Schmerzensgeldanspruch durch.

Als Folge der im dogmatischen Ansatz unterschiedlichen Behandlung des Mitverschuldens beim materiellen Schadensersatz einerseits und beim Schmerzensgeld andererseits stellt sich die Frage, ob die **Haftungsquote** auch beim Schmerzensgeld schon Bestandteil eines Feststellungsausspruchs und eines Grundurteils i.S.v. § 304 Abs. 1 ZPO sein kann oder ob sie erst im Rahmen der **Leistungsklage bzw. im Betragsverfahren** eine Rolle spielt.

Ersteres ist der Fall: **Feststellungsausspruch** und **Grundurteil** können – müssen aber nicht in jedem Fall[47] – auch bezüglich des Schmerzensgeldanspruchs eine Haftungsquote bestimmen, die dann einem künftigen Streit entzogen ist.[48] Im Rahmen der Leistungsklage bzw. des Betragsverfahrens ist die festgelegte Quote dann als ein Bemessungsfaktor neben anderen zu berücksichtigen.

Da der Schmerzensgeldanspruch ein echter Schadensersatzanspruch ist, trifft den Geschädigten dem Schädiger gegenüber gem. § 254 Abs. 2 S. 1 BGB die Obliegenheit, den Schaden **mit zumutbaren Maßnahmen** zu mindern.[49] Insbesondere wird vom Verletzten verlangt, dass er, soweit er dazu imstande ist, zur Heilung oder Besserung seiner Krankheit oder Schädigung die nach dem Stand der ärztlichen Wissenschaft sich darbietenden Mittel anwendet; er darf in der Regel nicht anders handeln, als ein verständiger Mensch, der die Nachteile ersatzlos hinzunehmen hat, es bei gleicher Gesundheitsstörung tun würde.[50] Voraussetzung für die Annahme eines Mitverschuldens in Form

---

[40] BGH, Urt. v. 2.4.2019 – VI ZR 13/18, BGHZ 221, 352 Rn 23; vgl. hierzu nachfolgend unter II. 2 f).

[41] BGH, Urt. v. 30.6.2009 – VI ZR 310/08, BGHZ 181, 368 Rn 7 ff.

[42] LG Koblenz, Urt. v. 28.5.2026 – 1 O 410/23, juris.

[43] BGBl I 2002, 2674.

[44] BGBl I 1990, 428.

[45] BGH, Beschl. v. 21.8.2002 – 5 StR 291/02, BGHSt 47, 378 (381); Urt. v. 21.4.1970 – VI ZR 13/69, VersR 1970, 624 (625).

[46] BGH, Beschl. v. 16.1.2024 – VI ZB 45/23, NJW-RR 2024, 474 Rn 13 f.; Urt. v. 21.4.1970 – VI ZR 13/69, VersR 1970, 624 (625).

[47] Vgl. dazu BGH, Urt. v. 19.6.2001 – VI ZR 286/00, NJW 2001, 2794, juris Rn 6; v. 15.5.1979 – VI ZR 70/77, NJW 1979, 1933 (1935).

[48] BGH, Beschl. v. 16.1.2024 – VI ZB 45/23, NJW-RR 2024, 474; Urt. v. 28.3.2006 – VI ZR 50/05, VersR 2006, 944 Rn 10 f.; OLG Köln, Urt. v. 26.10.1988 – 13 U 123/88, VersR 1989, 206 (207); v. 7.8.1974 – 6 U 137/73, VersR 1975, 543 (544); OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.2.1969 – 12 U 229/67, VersR 1969, 643 (644); OLG Celle, Urt. v. 20.5.1968 – 5 U 187/67, NJW 1968, 1785 f.

[49] BGH, Urt. v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 12; v. 10.3.1970 – VI ZR 145/68, VersR 1970, 443 (444).

[50] BGH, Urt. v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 15.

eines Verstoßes gegen diese **Schadensminderungsobliegenheit** ist allerdings stets, dass dem Geschädigten die Behandlung zumutbar ist.[51] Einer ärztlichen Behandlung braucht sich der Geschädigte nur dann zu unterziehen, wenn sie einfach und gefahrlos ist, wenn sie nicht mit besonderen Schmerzen verbunden ist und wenn sie die sichere Aussicht auf Heilung oder wesentliche Besserung bietet.[52]

*bb) Betriebsgefahr, Tiergefahr*

Auch die eigene, mitursächliche **Betriebsgefahr** muss sich der verletzte Kraftfahrer auf seinen Schmerzensgeldanspruch anrechnen lassen.[53] Ist der verletzte Kraftfahrer nicht der Halter, ist dies nur dann der Fall, wenn er seinerseits für Verschulden (§ 823 BGB) oder vermutetes Verschulden (§ 18 StVG) haftet.[54] Entsprechendes gilt, wenn sich bei der Schadensentstehung eine dem Verletzten zurechenbare **Tiergefahr** verwirklicht hat;[55] trifft den Verletzten allerdings nur die Tiergefahr und den Schädiger (auch) ein Verschulden, so fällt die Tiergefahr entsprechend dem Rechtsgedanken des § 840 Abs. 3 BGB auch beim Schmerzensgeld nicht ins Gewicht.[56]

*cc) Schadensanlage und Zurechnungszusammenhang*

Der Schädiger hat keinen Anspruch darauf, einen Gesunden zu treffen; allein eine spezielle **Schadensanlage** (Schadensgeneigtheit/Prädisposition) des Geschädigten steht der Haftung des Schädigers dem Grunde nach folglich nicht entgegen.[57] Wegen der Gleichstellung von physischen und psychischen Schäden hat der Schädiger somit auch für eine **psychische Fehlverarbeitung** des Unfallgeschehens einzustehen, wenn hinreichende Gewissheit besteht, dass die konkrete Folge ohne den Unfall nicht eingetreten wäre.[58]

Eine Berücksichtigung solcher psychischen Folgen scheidet nur **ausnahmsweise** unter dem Gesichtspunkt des (fehlenden/unterbrochenen) **Zurechnungszusammenhangs** aus. Dies kann etwa dann der Fall sein, wenn das schädigende Ereignis ganz geringfügig ist, nicht gerade auf eine spezielle Schadensanlage des Geschädigten trifft und deshalb dessen psychische Reaktion in einem groben Missverhältnis zu dem Anlass steht und schlechterdings nicht mehr verständlich ist (**Bagatelle**).[59] Dies kann ferner der Fall sein, wenn der Geschädigte den Unfall in neurotischem Streben nach Versorgung und Sicherheit lediglich zum Anlass nimmt, den Schwierigkeiten und Belastungen des Erwerbslebens auszuweichen (sog. **Begehrensneurose**).[60] Und dies kann schließlich dann der Fall sein, wenn das Vorhandensein der Schadensanlage auch ohne schädigendes Ereignis zum gleichen Schaden geführt hätte, wenn auch zu einem späteren Zeitpunkt (**Reserveursache**/überholende Kausalität). In diesem Fall ist die Schadensersatzpflicht auf die Nachteile beschränkt, die durch den früheren Schadenseintritt bedingt sind.[61]

Am notwendigen inneren Zusammenhang zwischen dem Schutzzweck der verletzten Norm und dem eingetretenen psychischen Schaden soll es nach der Rechtsprechung des BGH ferner fehlen, wenn ein bloß äußerer, gewissermaßen zufälliger Zusammenhang besteht, wie dies etwa dann der Fall sei, wenn der psychische Schaden auf eine Situation zurückgehe, die der Geschädigte in seinem Leben auch sonst üblicher Weise zu gewärtigen habe (**allgemeines Lebensrisiko**).[62] Dies mag für den bloßen Erhalt schlechter Nachrichten aus der Nachbarschaft oder dem Bekanntenkreis ohne Weiteres zutreffen. Ob aber auch die Haftung für eine psychische Gesundheitsbeeinträchtigung nach dem Miterleben eines schweren Unfalls (etwa Flammentod von Pkw-Insassen), ohne dass der Geschädigte an dem Unfall selbst beteiligt war, als Realisierung eines allgemeinen Lebens- oder Berufsrisikos regelmäßig am fehlenden Zurechnungszusammenhang scheitert,[63] dürfte im Hinblick auf die beabsichtigte Gleichstellung von psychischen und physischen Schäden fraglich geworden sein.[64] Denn wäre der zufällige Passant von einem umherfliegenden Glassplitter verletzt worden, stünde eine Haftung des Unfallverursachers wohl außer Frage. Letztlich wird dies aber von einer wertenden Betrachtung des Einzelfalls abhängen.[65]

*dd) Arbeitsunfälle (§§ 104 ff. SGB VII)*

Ist die Haftung des Schädigers bei Arbeitsunfällen gem. §§ 104 ff. SGB VII ausgeschlossen, so kommt auch ein Anspruch auf Schmerzensgeld nicht in Betracht. Da das Recht der gesetzlichen Unfallversicherung einen Anspruch auf Ersatz immaterieller Schäden nicht kennt, bleiben die immateriellen Einbußen des Verletzten in einem solchen Fall unausgeglichen. Der Ausschluss (auch) von Schmerzensgeldansprüchen ist dennoch verfassungsgemäß.[66] Wegen der Verschiedenheit der beiden Ordnungssysteme ist es nicht erforderlich, dass der Geschädigte im konkreten Einzelfall tatsächlich Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung erhält.[67]

Das gilt grds. auch für Verkehrsunfälle, die sich als Arbeitsunfälle darstellen. Die in § 636 RVO a.F. vorgesehene Ausnahme von der Haftungsbeschränkung für Arbeitsunfälle bei der „**Teilnahme am allgemeinen Verkehr**“ wurde so nicht in das SGB VII übernommen. Ausgenommen von der Haftungsbeschränkung sind gem. §§ 104 Abs. 1 S. 1, 105 Abs. 1 S. 1 SGB VII allerdings Wegeunfälle i.S.d. § 8 Abs. 2 Nr. 1–4 SGB VII, die keine Arbeitsunfälle i.S.v. § 8 Abs. 1 SGB VII, also keine sog. Betriebswegeunfälle, sind. Die Abgrenzung von **Wegeunfällen**, bei denen Schadensersatz- und damit auch Schmerzensgeldansprüche bestehen (können), und **Betriebswegeunfällen**, bei denen solche Ansprüche ausgeschlossen sind, ist schwierig. Zurückgegriffen werden kann allerdings auf die Kriterien, die die Rechtsprechung zur „Teilnahme am allge-

---

[51] Vgl. BGH, Urt. v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 15, m.w.N.

[52] BGH, Urt. v. 15.3.1994 – VI ZR 44/93, NJW 1994, 1592 (1593); für psychiatrische Behandlungen vgl. auch BGH, Urt. v. 21.9.2021 – VI ZR 91/19, VersR 2021, 1583 Rn 12.

[53] BGH, Urt. v. 13.4.1956 – VI ZR 347/54, BGHZ 20, 259 (260 ff.).

[54] BGH, Urt. v. 17.11.2009 – VI ZR 64/08, VersR 2010, 268 Rn 13, m.w.N.

[55] Vgl. BGH, Urt. v. 31.5.2016 – VI ZR 465/15, NJW 2016, 2737 Rn 9; v. 27.10.2015 – VI ZR 23/15, VersR 2016, 60 Rn 26.

[56] BGH, Urt. v. 31.5.2016 – VI ZR 465/15, NJW 2016, 2737 Rn 13; v. 27.10.2015 – VI ZR 23/15, VersR 2016, 60 Rn 26.

[57] Zur Berücksichtigungsfähigkeit bei der Bemessung der Höhe s.u. I.6.d.aa.(3).

[58] BGH, Urt. v. 10.7.2012 – VI ZR 127/11, NJW 2012, 2964 Rn 8; v. 11.11.1997 – VI ZR 376/96, BGHZ 137, 142, juris Rn 15.

[59] BGH, Urt. v. 26.7.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 25; v. 10.7.2012 – VI ZR 127/11, NJW 2012, 2964 Rn 9.

[60] BGH, Urt. v. 26.7.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 24; v. 10.7.2012 – VI ZR 127/11, NJW 2012, 2964 Rn 10.

[61] BGH, Beschl. v.31.5.2016 – VI ZR 305/15, NJW 2016, 3785 Rn 9.

[62] BGH, Urt. v. 26.7.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 22.

[63] So BGH, Urt. v. 22.5.2007 – VI ZR 17/06, BGHZ 172, 263 Rn 14.

[64] Vgl. in diese Richtung zum Berufsrisiko im Ergebnis großzügiger BGH, Urt. v. 17.4.2018 – VI ZR 237/17, BGHZ 218, 220 Rn 12 ff.

[65] BGH, Urt. v. 26.7.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 22.

[66] Vgl. zu den Vorgängervorschriften der §§ 636, 637 RVO: BVerfG, Beschl. v. 7.11.2011 – 1 BvL 4 u. 17/71, 1 BvR 355/71, NJW 1973, 502; ferner (zu § 46 Abs. 2 BeamtVG) BVerfG, Beschl. v. 8.1.1992 – 2 BvL 9/88, BVerfGE 85, 176.

[67] BGH, Urt. v. 8.2.2022 – VI ZR 3/21, NJW 2022, 1526 Rn 31.

meinen Verkehr“ i.S.d. § 636 RVO a.F. entwickelt hat.[68] Danach ist von einem Betriebswegeunfall nur dann auszugehen, wenn die gemeinsame Fahrt der Arbeitskollegen selbst als Teil des innerbetrieblichen Organisations- und Funktionsbereichs erscheint, somit durch die Organisation (Werkverkehr, Einsatz eines betriebseigenen Fahrzeugs, Fahrt auf dem Werksgelände) als innerbetrieblicher oder innerdienstlicher Vorgang gekennzeichnet oder durch Anordnung des Dienstherrn zur innerbetrieblichen bzw. innerdienstlichen Aufgabe erklärt worden ist.[69]

Besteht zwischen mehreren Schädigern ein **(fiktives) Gesamtschuldverhältnis**, so können Ansprüche des Geschädigten gegen einen selbst nicht sozialversicherungsrechtlich haftungsprivilegierten Gesamtschuldner (Zweitschädiger) auf den Betrag beschränkt sein, der auf diesen im Innenverhältnis zu dem anderen Gesamtschuldner (Erstschädiger) endgültig entfiele, wenn die Schadensverteilung nach § 426 BGB nicht durch eine sozialversicherungsrechtliche Haftungsprivilegierung des Erstschädigers gestört wäre **(sog. gestörte Gesamtschuld)**.[70] Das gilt auch hinsichtlich des Schmerzensgeldes.

*ee) Schmerzensgeld gegenüber dem Ehepartner oder sonstigen Familienangehörigen*

Natürlich können auch zwischen Familienangehörigen Schmerzensgeldansprüche bestehen. Zu beachten ist dabei, dass der **Haftungsmaßstab** abgemildert sein kann, insb. gem. § 1359 BGB oder § 1664 BGB. Die genannten Vorschriften werden allerdings, insb. bei Unfällen im (Straßen-)Verkehr, teleologisch reduziert.[71]

Die familienrechtlichen Beziehungen sind bei der **Bemessung** des Schmerzensgeldes zu berücksichtigen. So wäre etwa ein Schmerzensgeld, das mit der Minderung des angemessenen Familienunterhalts erkauft wäre und aus diesem Grund vom Verletzten möglicherweise der Familie wieder zur Verfügung gestellt werden müsste, nicht angemessen und könnte seinen Zweck nicht erfüllen.

Beim Übergang von Ansprüchen zwischen Familienangehörigen und Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft auf einen Versicherer ist an **§ 86 Abs. 3 VVG** zu denken. Eine entsprechende Regelung für den Anspruchsübergang insb. auf Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit findet sich in der – zum 1.1.2021 neu gefassten – Regelung des § 116 Abs. 6 SGB X; für den Schmerzensgeldanspruch spielt sie aber grds. keine Rolle, weil ein Übergang des Schmerzensgeldanspruchs auf Sozialversicherungsträger etc. gem. § 116 Abs. 1 SGB X mangels kongruenter Sozialversicherungsleistung regelmäßig ausscheidet.

### c) Verjährungsfragen

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26.11.2001[72] wurde die nach § 852 BGB a.F. für deliktische Ansprüche geltende Sonderregelung zum 1.1.2002 aufgehoben und die Verjährung deliktischer Ansprüche den – allerdings auch geänderten und der bisherigen deliktsrechtlichen Regelung angenäherten – **allgemeinen Regeln** unterworfen. Danach gilt nun:

- Gemäß § 195 BGB gilt für den Anspruch auf Schmerzensgeld die **regelmäßige Verjährungsfrist von drei Jahren**. Sie beginnt nach § 199 Abs. 1 BGB mit dem Schluss des Jahres zu laufen, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.
- Soweit Ansprüche auf der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen, verjähren sie nach § 199 Abs. 2 BGB ohne Rücksicht auf ihre Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis **spätestens in 30 Jahren** von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen, den Schaden auslösenden Ereignis an.
- Nach § 208 BGB ist die Verjährung von Ansprüchen wegen **Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres** des Gläubigers **gehemmt**; lebt der Gläubiger mit dem Schuldner in häuslicher Gemeinschaft, sogar darüber hinaus bis zur Beendigung der häuslichen Gemeinschaft.
- Schweben zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger **Verhandlungen** über den Anspruch oder die den Anspruch begründenden Umstände, so ist die Verjährung nach § 203 S. 1 BGB gehemmt, bis der eine oder der andere Teil die Fortsetzung der Verhandlungen verweigert. Eine Verweigerung der Fortsetzung in diesem Sinne setzt voraus, dass ein Abbruch der Verhandlungen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht wird.[73] Nach § 203 S. 2 BGB tritt die Verjährung frühestens drei Monate nach dem Ende der Hemmung ein.
- Ebenso gehemmt ist gem. § 207 BGB die Verjährung von (hier: Schmerzensgeld-)Ansprüchen **zwischen Ehegatten**, so lange die Ehe besteht, **zwischen Lebenspartnern**, solange die Lebenspartnerschaft besteht, **zwischen Kind und Eltern** oder dem Ehegatten eines Elternteils bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres des Kindes, **zwischen Vormund und Mündel** während der Dauer der Vormundschaft, **zwischen Betreutem und Betreuer** während der Dauer des Betreuungsverhältnisses und **zwischen Pflegling und Pfleger** während der Dauer der Pflegschaft.
- Macht der Anspruchsteller den **Direktanspruch** gegen den Haftpflichtversicherer des Ersatzpflichtigen aus § 115 Abs. 1 VVG geltend, so ist die Verjährung gem. § 115 Abs. 2 S. 3 VVG bis zum Zugang der Entscheidung des Versicherers in Textform gehemmt. Die Verjährung gegenüber dem Versicherer beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem die Verjährung des Schadensersatzanspruchs gegen den ersatzpflichtigen Versicherungsnehmer beginnt; sie endet jedoch spätestens in zehn Jahren von dem Eintritt des Schadens an (§ 115 Abs. 2 S. 2 VVG).

Bei Altfällen ist die Übergangsvorschrift in Art. 229 § 6 EGBGB zu beachten. Zur Problematik der Verjährung nur vorbehaltener Ansprüche in Abfindungsvergleichen (vgl. unten 9.g).

### d) Verkehrsopferhilfe (§ 12 PflVG)

Der durch den Gebrauch eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers Geschädigte kann nach § 12 PflVG unter gewissen Voraussetzungen seine – gegen den Unfallverursacher und dessen Haftpflichtversicherer bestehenden[74] – Ansprüche wegen dieses Schadens gegen den „**Entschädigungsfonds** für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen“ geltend machen. Die praktisch wichtigsten Anwendungsfälle sind die Fälle des fehlenden

---

[68] Vgl. etwa BGH, Urt. v. 15.7.2008 – VI ZR 212/07, VersR 2008, 1407 Rn 16; v. 12.10.2000 – III ZR 39/00, VersR 2001, 335 (336); Geigel/Wellner, Haftpflichtprozess, Kap. 31 Rn 89.

[69] Geigel/Wellner, Haftpflichtprozess, Kap. 31 Rn 89.

[70] BGH, Urt. v. 18.11.2014 – VI ZR 47/13, VersR 2015, 189; Geigel/Wellner, Haftpflichtprozess, Kap. 31 Rn 92 ff.

[71] Vgl. zu § 1359 BGB etwa BGH, Urt. v. 24.3.2009 – VI ZR 79/08, VersR 2009, 840 (gemeinsames Wasserskifahren); v. 12.12.1991 – III ZR 10/91, VersR 1992, 823 (824); v. 10.7.1974 – IV ZR 212/72, NJW 1974, 2124 (2126); v. 18.6.1973 – III ZR 207/71, VersR 1973, 941 (942) (jeweils Personen- oder Eigentumsschäden im Straßenverkehr).

[72] BGBl I 2001, 3138.

[73] BGH, Urt. v. 30.6.1998 – VI ZR 260/97, VersR 1998, 1295.

[74] Vgl. BGH, Urt. v. 13.12.2016 – VI ZR 32/16, NJW 2017, 1177 Rn 7.

Haftpflichtversicherungsschutzes (§ 12 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 PflVG) und der Verkehrsunfallflucht (§ 12 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 PflVG) des Schädigers. Der Anspruch umfasst grds. auch das Schmerzensgeld.

In Fällen der **Verkehrsunfallflucht** sieht § 12 Abs. 2 S. 1 PflVG hinsichtlich des Schmerzensgeldes allerdings eine Beschränkung vor: Schmerzensgeld kann hier gegen den Entschädigungsfonds nur geltend gemacht werden, wenn und soweit die Leistung einer Entschädigung wegen der besonderen Schwere der Verletzung zur Vermeidung einer groben Unbilligkeit erforderlich ist. Die – nur spärlich vorhandene – (Instanz-)Rechtsprechung nimmt dies an, wenn die gesundheitlichen Folgen des Unfalls deutlich und drastisch über das hinausgehen, was bei täglichen Unfällen im Straßenverkehr auftritt.[75] Erforderlich ist danach ein Verletzungsbild, das in seiner Schwere einer Querschnittslähmung, dem Verlust von Gliedmaßen oder Sinnesorganen oder entstellenden Gesichtsnarben gleichkommt, insb. also eine der in § 226 StGB genannten schweren Folgen.[76]

Dass mit dem Schmerzensgeld des Entschädigungsfonds in Fällen der Verkehrsunfallflucht nur unbillige Härten kompensiert werden sollen, zeigt sich in der Praxis auch daran, dass das Schmerzensgeld in diesen Fällen in der Höhe deutlich beschränkt wird. So wird davon ausgegangen, dass vom Entschädigungsfonds nur ungefähr ein Drittel des sonst üblichen Schmerzensgeldes zu zahlen ist.[77] Andere sind – nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ zutreffend – der Meinung, es komme auch insoweit auf die Umstände des Einzelfalles an.[78]

Träger des Entschädigungsfonds ist gem. § 1 der Verordnung über den Entschädigungsfonds für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen vom 14.12.1965[79] der Verein „**Verkehrsopferhilfe**“. Er ist erreichbar unter der Postanschrift

Verkehrsopferhilfe,
Wilhelmstraße 43/43 G,
10117 Berlin

und der E-Mail-Adresse

voh@verkehrsopferhilfe.de

Die Internetpräsenz findet sich unter *www.verkehrsopferhilfe.de*.

## 6. Bemessung des Schmerzensgeldes

### a) Grundsätzliches

§ 253 Abs. 2 BGB und die entsprechenden spezialgesetzlichen Vorschriften sprechen von einer „**billigen Entschädigung in Geld**“. Maßgebliche Billigkeits-/Gerechtigkeitskriterien sind nach der Rechtsprechung des BGH im Wesentlichen die Schwere der Verletzungen, das durch diese bedingte Leiden, dessen Dauer, das Ausmaß der Wahrnehmung der Beeinträchtigung durch den Verletzten und der Grad des Verschuldens des Schädigers. Dabei geht es dem BGH nicht um eine isolierte Schau auf einzelne Umstände des Falles, sondern um eine **Gesamtbetrachtung aller Umstände** des Einzelfalls. Diese hat der Tatrichter zunächst sämtlich in den Blick zu nehmen, dann die fallprägenden Umstände zu bestimmen und diese im Verhältnis zueinander zu gewichten. Dabei ist in erster Linie die **Höhe und das Maß der entstandenen Lebensbeeinträchtigung** zu berücksichtigen. Auf der Grundlage dieser Gesamtbetrachtung ist eine einheitliche Entschädigung für das sich insgesamt darbietende Schadensbild festzusetzen[80] (Grundsatz der **Einheitlichkeit des Schmerzensgeldes**[81]).

Die Bestimmung eines Geldbetrags, der nach den für die Schmerzensgeldbemessung geltenden Grundsätzen dem als ausgleichungsbedürftig festgestellten immateriellen Schaden entspricht, ist letztlich Sache des **tatrichterlichen Schätzungsermessens (§ 287 ZPO)**. Diesem Ermessen sind freilich Grenzen gesetzt. Der Tatrichter darf das Schmerzensgeld nicht willkürlich festsetzen, sondern muss zu erkennen geben, dass er sich um eine dem Schadensfall gerecht werdende Entschädigung bemüht hat. Er muss alle genannten Umstände des Einzelfalles vollständig berücksichtigen und darf bei seiner Abwägung nicht gegen Rechtssätze, Denkgesetze und Erfahrungssätze verstoßen.

Um dabei auch dem Gleichbehandlungsgrundsatz gerecht zu werden, hat sich der Tatrichter grds. an zu vergleichbaren Fällen ergangenen gerichtlichen Entscheidungen zu orientieren. Genau dies macht **Schmerzensgeldtabellen** wie die nachfolgende zu einem **unverzichtbaren Hilfsmittel im Personenschadensrecht**. Eine schematische Bindung an **Vorentscheidungen** bedeutet dies freilich nicht. Der Tatrichter ist nicht daran gehindert, die von der Rechtsprechung in vergleichbaren Fällen bisher gewährten Beträge in einem vertretbaren Rahmen (**keine „Aufblähung“ des allgemeinen Schmerzensgeldgefüges** zu Lasten der Versicherten-Gemeinschaft)[82] zu unterschreiten oder über sie hinauszugehen, wenn ihm dies nach Lage des Falles – vor allem in Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung oder veränderter allgemeiner Wertvorstellungen – geboten erscheint; doch muss er dies dann begründen.[83]

In der Rechtsprechung ist eine **Tendenz zu höheren Schmerzensgeldern**, die angesichts der revisionsrechtlich nur eingeschränkten Überprüfbarkeit der tatrichterlichen Schmerzensgeldbemessung (vgl. nachfolgend unter 9. d) von den Tatgerichten ausgehen muss und nicht vom BGH erwartet werden kann, erkennbar. Im Falle schwerster und dauerhafter Schädigungen, die der Geschädigte in jungen Jahren bewusst erlebt und von denen anzunehmen ist, dass sie ihn lebenslang in der Lebensführung beeinträchtigen werden, kann ein Schmerzensgeld von € 800 000 angemessen sein.[84] Das Landgericht Göttingen hat mit Urteil vom 14.8.2025[85] zuletzt ein Schmerzensgeld von € 1 000 000 ausgesprochen: Mehrere grobe geburtsärztliche Behandlungsfehler hatten bei dem Neugeborenen zu einem hypoxischen Hirnschaden mit schwersten Folgen geführt.

---

[75] LG Gießen, Urt. v. 4.9.2013 – 5 O 206/13, VersR 2014, 1319 (1320); LG Hamburg, Urt. v. 24.1.1977 – 77 O 63/76, VersR 1977, 674; v. 4.8.1976 – 77 O 64/76, VersR 1977, 581.

[76] LG Gießen, Urt. v. 4.9.2013 – 5 O 206/13, VersR 2014, 1319 (1320); LG Verden, Urt. v. 10.4.2001 – 4 O 530/00, VersR 2001, 1152 (1153).

[77] LG Lüneburg, Urt. v. 10.11.2000 – 3 S 38/00, VersR 1152.

[78] LG Itzehoe, Urt. v. 28.6.1979 – 6 O 273/78, nicht veröffentlicht.

[79] BGBl I 1965, 2093, zuletzt geändert durch VO v. 31.8.2015, BGBl I 2015, 1474.

[80] BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 13.

[81] BGH, Beschl. v. 27.3.2024 – VI ZB 50/22, NJW-RR 2024, 799 Rn 12; Urt. v. 14.3.2017 – VI ZR 605/15, VersR 2017, 822 Rn 20.

[82] BGH, Urt. v. 8.6.1976 – VI ZR 216/74, juris Rn 13.

[83] BGH, Urt. v. 8.6.1976 – VI ZR 216/74, MDR 1976, 1012, juris Rn 13.

[84] OLG Oldenburg, Urt. v. 18.3.2020 – 5 U 196/18, VersR 2020, 1468.

[85] 12 O 85/21, VersR 2026, 40 (nicht rechtskräftig).

Stellt sich in der praktischen Arbeit am Einzelfall die Frage nach dem angemessenen Schmerzensgeld, so empfiehlt sich die Nutzung einer Checkliste, die wie folgt aussehen kann:

**Checkliste**

1. Verletzung:
2. Behandlung
   a) Dauer der Behandlung
   b) Umfang der Behandlung
   c) Arbeitsunfähigkeit
3. Person des Verletzten
4. Dauerschaden
5. Besondere Umstände des Einzelfalls
   a) (Medizinische) Schmerzsymptomatik
   b) Auswirkungen auf die berufliche, soziale und häusliche Situation
   c) Auswirkungen auf Freizeit, Sport und Hobby
   d) Psychische Folgen
   e) Evtl. physische und psychische Prädispositionen (Vorschäden)
   f) Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beim Schädiger
   g) Mitverschulden des Geschädigten
   h) (Vorwerfbare) Verzögerung der Schadensregulierung
   i) Besondere wirtschaftliche Verhältnisse der Beteiligten, ggf. Vorhandensein eines einstandspflichtigen Haftpflichtversicherers

### b) Das „taggenaue Schmerzensgeld“

Der 22. Zivilsenat des OLG Frankfurt hat im Jahr 2018 einer in der Literatur[86] erdachten Idee folgend den Versuch unternommen, das Schmerzensgeld – zunächst lediglich im Rahmen einer sog. Plausibilitätskontrolle, später auch tragend – „taggenau“ zu berechnen,[87] also nach bestimmten Tagessätzen. So sollte auf einer ersten Berechnungsstufe ein Betrag von € 150/Tag für den Aufenthalt auf der Intensivstation, € 100/Tag auf der Normalstation, € 60/Tag in der Rehabilitationsklinik und € 40/Tag bei einem GdB von 100 % in Ansatz gebracht und der errechnete Gesamtbetrag sodann auf einer zweiten Stufe – je nach den konkreten Umständen des Streitfalles – um individuelle Zu- und Abschläge korrigiert werden.[88] Diese Methode ist in der obergerichtlichen Rechtsprechung[89] auf breite Ablehnung gestoßen, sogar beim OLG Frankfurt selbst.[90] Auch nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ lässt sich dieser **schematisierende Ansatz** mit dem stark **einzelfallbezogenen Ansatz** der Bemessung des Schmerzensgeldes durch den BGH **nicht vereinbaren**.[91] Wenig überraschend hat der BGH die Methode des „taggenau berechneten Schmerzensgeldes“ deshalb auch verworfen.[92]

### c) Vergleichsentscheidungen und Zeitablauf

Bei der gebotenen Heranziehung von gerichtlich entschiedenen Vergleichsfällen als Orientierungshilfe ist – unter mehreren Gesichtspunkten – der seit der jeweiligen Entscheidung eingetretene Zeitablauf zu berücksichtigen.

*aa) Allgemeine Geldentwertung*

(Umgerechnet) € 10 000 im Jahr 1991 sind deutlich mehr wert als € 10 000 im Jahr 2027. Da der Geschädigte durch die Zubilligung von Schmerzensgeld in die Lage versetzt werden soll, sich Erleichterungen und andere Annehmlichkeiten zu verschaffen, die Beschwernisse, die er durch die immaterielle Beeinträchtigung erleidet, lindern,[93] ist dieser Kaufkraftverlust auszugleichen. Der in der Vergleichsentscheidung ausgeworfene Schmerzensgeldbetrag ist deshalb auf das aktuelle Preisniveau hochzurechnen. Die „SchmerzensgeldBeträge“ nehmen diese Hochrechnung mithilfe des Verbraucherpreisindexes[94] vor. Dabei gilt folgende **Formel**:

(Geldbetrag alt x neuer Indexstand)/alter Indexstand = Gesamtbetrag neu

**Verbraucherpreisindex für Deutschland bei Bezugsgröße 2020 = 100**

| Urteile aus den Jahren | Berechnungsfaktor |
|---|---|
| **1991** | 61,9 |
| **1992** | 65,0 |
| **1993** | 67,9 |
| **1994** | 69,7 |
| **1995** | 71,0 |
| **1996** | 72,0 |
| **1997** | 73,4 |
| **1998** | 74,0 |
| **1999** | 74,5 |
| **2000** | 75,5 |
| **2001** | 77,0 |
| **2002** | 78,1 |
| **2003** | 78,9 |
| **2004** | 80,2 |
| **2005** | 81,5 |
| **2006** | 82,8 |
| **2007** | 84,7 |
| **2008** | 86,9 |
| **2009** | 87,2 |
| **2010** | 88,1 |
| **2011** | 90,0 |
| **2012** | 91,7 |

[86] Schwintowski/C. Schah Sedi/M. Schah Sedi, Handbuch Schmerzensgeld, 1. Aufl. 2013, 2. Aufl. 2020.

[87] OLG Frankfurt, Urt. v. 18.10.2018 – 5 U 196/18, VersR 2019, 435 (439 ff.); ebenso in den Urteilen v. 4.6.2020 – 22 U 244/19, VersR 2021, 127 (128 ff.); – 22 U 34/19, zfs 2020, 617 Rn 42 ff.

[88] OLG Frankfurt, Urt. v. 4.6.2020 – 244/19, VersR 2021, 127 (130); – 22 U 34/19, zfs 2020, 617 Rn 60.

[89] OLG Oldenburg, Urt. v. 18.3.2020 – 5 U 196/18, VersR 2020, 1468 (1469); OLG München, Urt. v. 25.10.2019 – 10 U 3171/18, zfs 2020, 200 Rn 75 ff.; KG Berlin, Urt. v. 22.5.2019 – 25 U 118/18, Nichtzulassungsbeschwerde zurückgewiesen durch BGH, Beschl. v. 14.7.2020 – VI ZR 249/19, nicht veröffentlicht.

[90] OLG Frankfurt, Beschl. v. 14.4.2020 – 15 W 18/20, juris Rn 17 f.

[91] Vgl. auch Wellner, DAR 2020, 26.

[92] BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 12 ff.; v. 22.3.2022 – VI ZR 16/21, NJW 2022, 1957 Rn 11.

[93] Vgl. BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, NJW 2007, 450, juris Rn 8.

[94] Aktuelle und historische Indexzahlen lassen sich auf der Website des Statistischen Bundesamtes (*https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online*) finden. Bis einschließlich 2018 sind sie auch im bis 2019 herausgegebenen statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (*www.destatis.de/jahrbuch*) abgedruckt.

| Urteile aus den Jahren | Berechnungsfaktor |
|---|---|
| **2013** | 93,1 |
| **2014** | 94,0 |
| **2015** | 94,5 |
| **2016** | 95,0 |
| **2017** | 96,4 |
| **2018** | 98,1 |
| **2019** | 99,5 |
| **2020** | 100,0 |
| **2021** | 103,1 |
| **2022** | 110,2 |
| **2023** | 116,7 |
| **2024** | 119,3 |
| **2025** | 121,9 |
| **2026 (vorläufig, Stand Mai 2026)** | 125,0 |

**Berechnungsbeispiel:**
Ein durch Urteil aus dem Jahr 2002 ausgeworfener Schmerzensgeldbetrag von € 15 000 entspricht im Jahr 2025 einem Betrag von € 23.412,29.
Formel:
(Geldbetrag alt x neuer Indexstand)/alter Indexstand = Geldbetrag neu
Berechnung:

$$\frac{(€\ 15\,000 \times 119{,}3)}{78{,}1} = €\ 23.412{,}29$$

Kaum erörtert und nicht abschließend geklärt ist, welches Zieldatum für die Hochrechnung maßgeblich ist. Ist (nur) auf den Zeitpunkt der Anspruchsentstehung oder aber auf den Schluss der mündlichen Verhandlung in der letzten Tatsacheninstanz hochzurechnen? Beide Zeitpunkte können mitunter weit auseinanderliegen. Die allgemeinen Grundsätze des Schadensersatzrechts sprechen auf den ersten Blick für Letzteres. Denn danach ist für die Schadensbemessung materiell-rechtlich der **Zeitpunkt des vollen Schadensausgleichs** oder – sollte ein solcher nicht erfolgt sein – prozessual der **Schluss der mündlichen Verhandlung** in der letzten Tatsacheninstanz maßgeblich.[95] Auch die zur Indexierung bislang veröffentlichten Urteile legen ein solches Vorgehen nahe.[96] Überzeugender erscheint den Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ aber eine Indexierung nur bis zur Entstehung des Anspruchs, somit bis zum Eintritt des Primärschadens. Denn die Geldentwertung nach Anspruchsentstehung kann über Zinsansprüche (Verzugs-, Prozesszinsen) aufgefangen werden, die allerdings besondere Voraussetzungen haben (s. unten unter I.9.f). Eine Hochrechnung über den Zeitpunkt der Anspruchsentstehung hinaus hieße, die Geldentwertung beim Schmerzensgeld doppelt zu berücksichtigen.

*bb) Sonstiges*

Der **Zeitablauf** kann bei der Bewertung der Bedeutung älterer Entscheidungen unter vielerlei Gesichtspunkten eine Rolle spielen. So ist zugunsten der Geschädigten etwa die in der Rechtsprechung zu beobachtende Tendenz zu berücksichtigen, bei gravierenden Verletzungen großzügiger als früher zu verfahren. Auch können sich **veränderte medizinische Behandlungsmöglichkeiten** auf die Höhe des Schmerzensgeldes auswirken. So kommt es heute gegenüber früheren Behandlungsmethoden seltener zu stationären Aufenthalten; von operativen Eingriffen wird heute häufiger abgesehen. In älteren Entscheidungen herangezogene Krankenhausaufenthalte können deshalb heute anders zu gewichten sein.[97]
Entsprechend können sich **veränderte wirtschaftliche Umstände** auf die Orientierung an Vergleichsentscheidungen auswirken. Der allgemeinen Inflation wird insoweit durch die hier vorgeschlagene Indizierung anhand der Verbraucherpreisindexes Rechnung getragen. Soweit darüber hinaus nach Auffassung mancher zusätzlich ein verändertes allgemeines Zinsniveau bei der Heranziehung älterer Entscheidungen schmerzensgelderhöhend zu berücksichtigen sein soll,[98] darf das Gesamtbild einschließlich des Zinsausgleichs über Verzugs- und Prozesszinsen nicht aus dem Blick verloren werden.

**d) Bemessungsfaktoren im Einzelnen**

*aa) Ausgleichsfunktion*

(1) Dauerschaden

Vorliegen und Umfang eines Dauerschadens gehören zu den wichtigsten Faktoren bei der Bemessung des Schmerzensgeldes. Im Gegensatz zu der abstrakt berechneten Erwerbsminderung in der Unfallversicherung kommt es hier auf die **persönlichen Verhältnisse** des konkreten Verletzten an.[99] So sind etwa auch Beruf und persönliche Neigungen des Verletzten sowie die Auswirkungen des Dauerschadens hierauf zu berücksichtigen.

(2) Spätfolgen

Da es sich beim Anspruch auf Schmerzensgeld materiell-rechtlich um einen das gesamte Schadensbild erfassenden einheitlichen Anspruch, der aufgrund einer Gesamtbetrachtung aller Umstände des Einzelfalles zu bemessen ist, handelt (**Einheitlichkeit des Schmerzensgeldes**), sind auch alle **vorhersehbaren künftigen Folgen der Rechtsgutsverletzung** in die Bemessung einzubeziehen. Ausgeschlossen sind nur solche Umstände, mit denen nicht oder nicht ernstlich zu rechnen ist.[100] Besondere Bedeutung hat dies für die in erster Linie prozessrechtliche Frage, ob und unter welchen Bedingungen nach einem rechtskräftig zuerkannten Schmerzensgeld noch ein „Nachschlag“ verlangt werden kann (vgl. hierzu nachfolgend unter 9. b).

(3) Schadensanlage

Wie ausgeführt (oben I.5.b.cc) schützt die bloße Schadensanfälligkeit des Geschädigten den Schädiger grundsätzlich nicht vor einer Haftung dem Grunde nach. Sie kann jedoch bei der

[95] BGH, Urt. v. 18.2.2020 – VI 115/19, VersR 2020, 776 Rn 11, m.w.N.

[96] OLG Brandenburg, Urt. v. 11.3.2015 – 4 U 93/14, juris Rn 53; KG Berlin, Urt. v. 15.3.2004 – 12 U 333/02, VersR 2004, 1569 (1570).

[97] Vgl. zum Ganzen: OLG Frankfurt, Urt. v. 19.8.2009 – 7 U 23/08, NJW-RR 2009, 1684 (1685).

[98] Vgl. etwa Jaeger, VersR 2019, 577 ff.; hinsichtlich bei Anlage des Geldes in banküblicher Form zu zahlender Negativzinsen auch OLG Schleswig, Urt. v. 28.9.2021 – 7 U 29/16, r+s 2021, 656 Rn 70, juris Rn 79.

[99] Vgl. BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 20.

[100] Vgl. nur BGH, Urt. v. 20.1.2015 – VI ZR 27/14, VersR 2015, 772 Rn 8.

Bemessung der **Höhe** eines der Billigkeit entsprechenden Schmerzensgeldes Berücksichtigung finden.[101]

(4) Soziale Belastungen

Bei der Bemessung des Schmerzensgeldes können auch die aus der Rechtsgutsverletzung resultierenden sozialen Belastungen, wie z.B. Störungen in der Ausbildung oder in der beruflichen Tätigkeit, verminderte Heiratsaussichten, Beeinträchtigungen im gesellschaftlichen Leben oder die Aufgabe eines Sports zu berücksichtigen sein.[102]

(5) Alter des Verletzten

Das Alter des Verletzten kann im Rahmen der Ausgleichsfunktion des Schmerzensgeldes ebenfalls zu berücksichtigen sein. Die Rechtsprechung ist sich darin einig, dass ein **junger Mensch**, der einen schweren Dauerschaden erlitten hat, mehr Schmerzensgeld bekommen muss, weil er noch lange an den Verletzungsfolgen zu tragen hat.[103]

Die Berücksichtigung des Lebensalters bei **älteren Menschen** variiert. Einige Gerichte vertreten die Auffassung, dass sich ein schwerer Dauerschaden bei einem höheren Lebensalter wegen der geringeren Lebenserwartung weniger auf die Höhe des Schmerzensgeldes auswirkt,[104] und können sich dabei auf ein Urteil des BGH aus dem Jahr 1991 stützen.[105] *Berger*[106] hat die Erwägung, dass der alte Mensch Dauerschäden nicht mehr lange zu ertragen braucht, in einem häufig zitierten Beitrag schon im Jahr 1977 als „makabre Erwägung und Begründung" bezeichnet. Vielleicht auch vor dem Hintergrund des darin zum Ausdruck kommenden Störgefühls gehen andere Gerichte davon aus, dass sich gerade im höheren Lebensalter die Verletzung und ihre Folgen besonders schwerwiegend auswirken, weil das fortgeschrittene Lebensalter den Heilungsverlauf erschwert und sich ein jüngerer Mensch eher an neue Gegebenheiten anpasst als ein älterer.[107] Letztlich dürften beide Aspekte, die sich im Übrigen gar nicht gegenseitig ausschließen, nicht von vornherein von der Hand zu weisen sein. Welchen Einfluss sie auf die Bemessung des konkreten Schmerzensgeldes im Einzelfall haben, wird sich nur anhand der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalls beurteilen lassen.[108]

(6) Verlust der subjektiven Empfindungsmöglichkeit

Gerade bei sehr schweren Verletzungen kann sich der Geschädigte in einem Zustand befinden, in dem alle Wahrnehmungsfunktionen so weit erloschen sind, dass er die Vorteile eines Schmerzensgeldes nicht mehr genießen kann. Seit seiner Grundsatzentscheidung vom 13.10.1992[109] geht der BGH davon aus, dass auch in solchen Fällen der gebotene **Ausgleich** für diese immateriellen Einbußen verbietet, den weitgehenden Wegfall der Empfindungsfähigkeit des Verletzten schmerzensgeldmindernd zu berücksichtigen. Vielmehr ist im Rahmen der vorzunehmenden Gesamtwürdigung in einem solchen Fall in den Blick zu nehmen, dass die **Zerstörung von Persönlichkeit und Empfindungsfähigkeit** des Verletzten im Mittelpunkt des Schadensbildes steht, das es – je nach Ausmaß der Beeinträchtigung – auszugleichen gilt.[110] Für eine lediglich symbolhafte Wiedergutmachung, wie sie der BGH vor 1992 in solchen Fällen für richtig hielt,[111] ist mithin kein Platz. Keine Rolle spielt in solchen Fällen freilich die **Genugtuungsfunktion**, fehlt dem Verletzten doch gerade die Fähigkeit, ein Empfinden der Genugtuung durch eine Schmerzensgeldzahlung zu empfinden.[112] Umgekehrt sieht die Rspr. bei verbliebener Einsichtsfähigkeit in die eigene, beeinträchtigte Lebenssituation auch keine regelhafte Erhöhung des Schmerzensgeldes vor.[113]

(7) Schmerzensgeld in Todesfällen

Weder der Tod noch die Verkürzung der Lebenserwartung an sich rechtfertigen nach der Wertung des Gesetzgebers ein Schmerzensgeld. Maßgeblich ist die tatsächliche Lebensdauer des Verletzten, nicht die normalerweise zu erwartende. Die Bemessung des Schmerzensgeldes für eine Körperverletzung, an deren Folgen der Verletzte alsbald verstirbt, erfordert nach der Rechtsprechung des BGH[114] eine **Gesamtbetrachtung der immateriellen Beeinträchtigung unter besonderer Berücksichtigung von Art und Schwere der Verletzungen**, des hierdurch bewirkten Leidens und dessen Wahrnehmung durch den Verletzten, **wie auch des Zeitraums zwischen Verletzung und Eintritt des Todes**. Ein Anspruch auf Schmerzensgeld kann danach zu verneinen sein, wenn die Körperverletzung nach den Umständen des Falles gegenüber dem alsbald eintretenden Tod keine abgrenzbare immaterielle Beeinträchtigung darstellt, sondern vielmehr ein notwendiges Durchgangsstadium ist, das aus Billigkeitsgründen einen Ausgleich in Geld nicht erforderlich macht. Nach in der obergerichtlichen Rechtsprechung vertretener Auffassung[115] kann im Rahmen der auch insoweit erforderlichen Betrachtung der besonderen Umstände des Einzelfalls insb. bei vorsätzlichen Taten mit Todesfolge aber die Genugtuungsfunktion besondere Bedeutung gewinnen und ein Schmerzensgeld rechtfertigen.

---

[101] BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, BGHZ 235, 239 Rn 33; v. 11.11.1997 – VI ZR 376/96, BGHZ 137, 142, juris Rn 26.

[102] Vgl. nur BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 20; OLG Celle, Urt. v. 28.5.2014 – 14 U 165/13, juris Rn 24; LG Kiel, Urt. v. 29.10.2019 – 8 O 254/16, juris Rn 41; LG Offenburg, Urt. v. 30.7.2019 – 3 O 311/15, juris Rn 40.

[103] OLG Oldenburg, Urt. v. 18.3.2020 – 5 U 196/18, VersR 2020, 1468 (1470); OLG Düsseldorf, Urt. v. 25.10.2016 – 1 U 20/16, juris Rn 33; OLG Celle, Urt. v. 28.5.2014 – 14 U 165/13, juris Rn 24; LG Kiel, Urt. v. 29.10.2019 – 8 O 254/16, juris Rn 41; LG Offenburg, Urt. v. 30.7.2019 – 3 O 311/15, juris Rn 40.

[104] OLG Düsseldorf, Urt. v. 6.4.2021 – 1 U 62/20, juris Rn 57; OLG Naumburg, Urt. v. 10.7.2014 – 2 U 101/13, VersR 2015, 505 (507).

[105] BGH, Urt. v. 15.1.1991 – VI ZR 163/90, VersR 1991, 350 (351).

[106] Berger, VersR 1977, 877 (880).

[107] Vgl. etwa OLG Köln, Urt. v. 29.9.2006 – 19 U 193/05, VersR 2007, 259 (260); AG Hanau, Urt. v. 30.9.2005 – 37 C 584/05, SP 2006, 7.

[108] Vgl. etwa auch OLG Koblenz, Urt. v. 17.3.2021 – 5 U 1651/19, juris Rn 86, das die einem Geschädigten mit geringer restlicher Lebenserwartung durch einen ärztlichen Fehler genommene Möglichkeit, seine Angelegenheiten vor seinem Tod im Angesicht der Grunderkrankung selbstbestimmt zu regeln, als „schmerzensgeldbestimmend" würdigt.

[109] BGH, Urt. v. 13.10.1992 – VI ZR 201/91, BGHZ 120, 1 (4 ff.).

[110] BGH, Urt. v. 16.2.1993 – VI ZR 29/92, NJW 1993, 1531, juris Rn 12.

[111] Vgl. nur BGH, Urt. v. 22.6.1982 – VI ZR 247/80, VersR 1982, 880 f.

[112] BGH, Urt. v. 13.10.1992 – VI ZR 201/91, VersR 1993, 327 (330), insoweit nicht abgedr. in BGHZ 120, 1.

[113] BGH, Urt. v. 22.3.2022 – VI ZR 16/21 NJW 2022, 1957 Rn 15.

[114] BGH, Urt. v. 12.5.1998 – VI ZR 182/97, BGHZ 138, 388 (391 ff.); v. 8.2.2022 – VI ZR 409/19, NJW 2022, 1443 Rn 21; ferner OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris Rn 65 ff.

[115] OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris Rn 68 ff.; OLG Bremen, Beschl. v. 16.3.2012 – 3 U 6/12, VersR 2012, 1046.

Das Schmerzensgeld ist nicht deshalb geringer zu bemessen, weil es nicht dem Verletzten, sondern nach dessen Tod seinen Erben zukommt.[116]

Folgende Beispiele sollen die – durchaus uneinheitliche – Handhabung von Schmerzensgeldern bei zum Tode führenden Verletzungen illustrieren:

- **€ 200 000** (Jahr der Entscheidung: 2005) für schwerste Verletzungen, insb. Hirnverletzungen mit der Folge eines apallischen Syndroms, **Tod nach 2 ¾ Jahren**.[117]
- **€ 150 000** (2012) für apallisches Syndrom nach Verkehrsunfall mit Hirnblutung, **Tod nach ca. einem Jahr**.[118]
- **€ 100 000** (2007) für groben ärztlichen Behandlungsfehler, wodurch ein bösartiges Karzinom in der Brust einer Frau nicht erkannt wurde, **Tod nach vier Jahren**.[119]
- **€ 100 000** (2008) für Herzinfarkt mit nachfolgendem hypoxischen Hirnschaden, **Tod nach 3 ½ Jahren**.[120]
- **€ 75 000** (2019) für Koma nach Hirnschädigung bei Verkehrsunfall, Mitverschulden 1/3, **Tod nach 22 Monaten**.[121]
- **€ 75 000** (DM 150 000, 1997) für multiple Frakturen, Lungenkontusion, Gehirnverletzungen mit weitgehender Einbuße der Persönlichkeit; es bestand eine gewisse Erlebnis- und Empfindungsfähigkeit bis zum **Tod nach 21 Monaten**.[122]
- **€ 67 500** (DM 135 000, 1997) für komatösen Zustand nach Verabreichung einer Injektion, **Tod nach fünf Wochen**.[123]
- **€ 50 000** (2012) für vorsätzlich begangene Körperverletzung, **Tod nach ca. 30 Minuten**.[124]
- **€ 40 000** (2013) für Locked-in-Syndrom nach ärztlichem Behandlungsfehler (Befunderhebungsfehler), **Tod nach ca. neun Monaten**.[125]
- **€ 40 000** (2002) für Tod aufgrund Leberzirrhose nach grob fehlerhaft ärztlicher Behandlung.[126]
- **€ 25 000** (DM 50 000, 1996) für schwere Gehirnschäden i.S.e. apallischen Syndroms mit Bewegungsunfähigkeit, **Tod nach 5 ½ Monaten**.[127]
- **€ 25 000** (DM 50 000, 1995) für Koma mit Schmerzempfindung, **Tod nach fast zehn Monaten**.[128]
- **€ 20 000** (2005) für brutale Misshandlungen, **Tod nach 36 Stunden**.[129]
- **€ 17 500** (DM 35 000, 1995) für dauerndes Koma, **Tod nach 3 ½ Monaten**.[130]
- **€ 15 000** (2011) für erhebliche Beschwerden nach einer fehlerhaften Operation, **Tod nach drei Wochen**.[131]
- **€ 15 000** (DM 30 000, 2011) für apallisches Syndrom eines 5 ½-jährigen Jungen, **Tod nach 1 ¼ Jahren**.[132]
- **€ 15 000** (DM 30 000, 2000) für Schädel-Hirn-Trauma und schwere innere Verletzungen eines 16-jährigen Jungen, wobei der Junge zwischenzeitlich zum Teil bei Bewusstsein und ansprechbar war und Reaktionen und Schmerzreize zeigte, **Tod nach acht Tagen**.[133]
- **€ 14 000** (DM 28 000, 1997) für schwerste Verletzungen, aufgrund derer der Verletzte eine halbe Stunde nach dem Unfall in ein bis zum Tod andauerndes künstliches Koma versetzt wurde, **Tod nach zehn Tagen**.[134]
- **€ 10 000** (2018) für Todesangst (und Schmerzen) im Rahmen eines mehraktigen Tötungsgeschehens, **Tod (wohl) innerhalb von Minuten**.[135]
- **€ 10 000** (2006) für die psychische Gesundheitsschädigung aufgrund Todesangst während der Absturzphase eines Privatflugzeugs, **Tod nach zehn Sekunden**.[136]
- **€ 10 000** (2006) für schwerste Verletzungen beim Sturz von einem Berg, Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach 25 Tagen**.[137]
- **€ 7 500** (2019) für 16-jähriges Kind, das kurzzeitig bei Bewusstsein unter einem Lkw eingeklemmt, dann bis zum **Tod nach zwei Stunden** bewusstlos war.[138]
- **€ 6 000** (DM 12 000, 2000) für schwerste Verletzungen, die unmittelbar nach dem Unfall zum Verlust des Bewusstseins führten, **Tod nach acht Tagen**.[139]
- **€ 6 000** (2009) für schwerste Verletzungen mit starken Schmerzen, „nicht gleich bewusstlos“, **Tod nach zwei Stunden**.[140]
- **€ 5 000** (DM 10 000, 2002) für schweren Volumenmangelschock bei Säugling, **Tod drei Tage nach Geburt**.[141]
- **€ 5 000** (DM 10 000, 1998) für **Tod** durch Ertrinken **nach 35 Stunden** ohne Erlangung des Bewusstseins.[142]
- **€ 5 000** (2014) für schwerste Hirnschädigung nach Hypoxie mit Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach neun Stunden**.[143]
- **€ 5 000** (2007) für bewusstes Erleben des Todeskampfes nach Herzinfarkt, **Tod nach 15–30 Sekunden**.[144]
- **€ 5 000** (2009) für schweres Schädel-Hirn-Trauma mit Erleben von erheblichen Schmerzen, **Tod nach zwei Stunden**.[145]

---

116 OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris Rn 70; OLG Saarbrücken, Urt. v. 30.7.1993 – 3 U 43/93–9, nicht veröffentlicht; KG, Urt. v. 26.2.1973 – 12 U 1193/72, VersR 1974, 249 (250).

117 LG Trier, Urt. v. 20.7.2005 – 5 O 61/04, nicht veröffentlicht.

118 OLG München, Beschl. v. 3.8.2012 und 25.9.2012 – 10 U 2195/11, nicht veröffentlicht.

119 OLG Jena, Urt. v. 23.5.2007 – 4 U 437/04, VersR 2008, 401.

120 OLG Hamm, Urt. v. 1.9.2008 – 3 U 245/07, juris.

121 OLG München, Urt. v. 6.12.2019 – 10 U 2848/19, NJW 2020, 1685.

122 OLG Karlsruhe, Urt. v. 11.7.1997 – 10 U 15/97, VersR 1998, 1256.

123 OLG Düsseldorf, Urt. v. 24.4.1997 – 8 U 173/96, MDR 1998, 470.

124 OLG Bremen, Beschl. v. 16.3.2012 – 3 U 6/12, VersR 2012, 1046.

125 OLG Hamm, Urt. v. 12.8.2013 – 3 U 122/12, GesR 2013, 728.

126 OLG Hamm, Urt. v. 6.11.2002 – 3 U 50/02, VersR 2004, 1321.

127 OLG München, Urt. v. 3.5.1996 – 10 U 6205/95, VersR 1998, 644.

128 OLG Celle, Beschl. v. 19.6.1995 – 9 U 11/95, OLGR Celle 1995, 211.

129 OLG Naumburg, Beschl. v. 7.3.2005 – 12 W 118/04, NJW-RR 2005, 900.

130 OLG Oldenburg, Urt. v. 27.6.1995 – 5 U 30/95, VersR 1996, 726.

131 LG Mönchengladbach, Urt. v. 14.9.2011 – 6 O 171/09, nicht veröffentlicht.

132 OLG Köln, Urt. v. 2.6.1993 – 13 U 18/93, VersR 1994, 1082.

133 OLG Hamm, Urt. v. 9.8.2000 – 13 U 58/00, DAR 2000, 570.

134 OLG Hamm, Urt. v. 21.1.1997 – 9 U 161/96, NZV 1997, 233.

135 OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris.

136 OLG Düsseldorf, Urt. v. 12.10.2011 – 18 U 216/10, juris.

137 OLG Stuttgart, Urt. v. 26.7.2006 – 3 U 65/06, NJW 2007, 1367.

138 LG Leipzig, Urt. v. 8.11.2019 – 5 O 758/19, DAR 2021, 95.

139 OLG Koblenz, Urt. v. 18.11.2002 – 12 U 566/01, zfs 2003, 73.

140 OLG Frankfurt, Urt. v. 14.9.2009 – 1 U 309/08, BeckRS 2009, 25516.

141 OLG Bremen, Urt. v. 26.3.2002 – 3 U 84/01, VersR 2003, 779.

142 KG Berlin, Urt. v. 20.11.1998 – 25 U 8244/97, VersR 2000, 734.

143 OLG Karlsruhe, Urt. v. 26.2.2014 – 7 U 30/11, juris.

144 LG Siegen, Urt. v. 10.7.2007 – 2 O 307/05, nicht veröffentlicht.

145 LG Karlsruhe, Urt. v. 23.1.2009 – 3 O 172/08, VersR 2009, 1397.

- **€ 4 000** (2007) für schwerste Verletzungen mit starken Schmerzen bei vollem Bewusstsein, **Tod nach drei Stunden**.[146]
- **€ 2 500** (DM 5 000, 2001) für Schädelverletzungen, HWS-Fraktur und Oberschenkelfraktur mit Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach 30 Minuten** bei Mithaftung von 1/3.[147]
- **€ 2 500** (DM 5 000, 1997) für lebensgefährliche Verletzungen mit Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach einer Stunde**.[148]

*bb) Genugtuungsfunktion*

(1) Verschulden des Schädigers

Mit Blick auf die **Genugtuungsfunktion** des Schmerzensgeldes sind auch die Art und der Grad des Verschuldens des Schädigers bei der Bemessung des Schmerzensgeldes zu berücksichtigen. Das Tatgericht hat vor diesem Hintergrund die Möglichkeit, das Schmerzensgeld im Falle vorsätzlicher Verletzungen, insb. im Falle vorsätzlicher Straftaten, aber auch im Falle grob fahrlässigen Verhaltens des Schädigers höher zu bemessen als im Falle einfach fahrlässigen oder – falls für eine Haftung des Grunde nach überhaupt ausreichend – schuldlosen Verhaltens.[149] Dies gilt auch für Arzthaftungssachen, wobei zu beachten ist, dass der dort vor allem für die Frage der Beweislast in Bezug auf die haftungsbegründende Kausalität relevante Begriff des (objektiv) groben Behandlungsfehlers nicht mit der für die Genugtuungsfunktion relevanten groben Fahrlässigkeit gleichgesetzt werden darf.[150] Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang schließlich ein Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt vom 29.8.2005,[151] dem sich entnehmen lässt, dass der dortige Senat das bei alleinigem Abstellen auf die Ausgleichsfunktion angemessene Schmerzensgeld (nahezu) verdoppelt hat, weil der Unfall von einem erheblich alkoholisierten Geisterfahrer grob fahrlässig herbeigeführt worden war. Im Falle einfachen Verschuldens oder bloßer Gefährdungshaftung tritt der Genugtuungsgedanke in den Hintergrund.

Da auch einer **strafrechtlichen Verurteilung** eine Genugtuungsfunktion zukommt, stellt sich die Frage, ob eine solche Verurteilung des Schädigers schmerzensgeldmindernd zu berücksichtigen ist. Der BGH hat dies verneint.[152]

(2) Anlass des Unfalls oder der Verletzungshandlung

Auch auf den Anlass des Unfalls oder der Verletzung kann es unter Umständen ankommen. So können Handlungen nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung[153] auch bei gleichem Verschuldensgrad ein ganz unterschiedliches Gepräge haben, je nachdem, ob sie etwa bei der Befriedigung eines **Vergnügens** oder im Zusammenhang mit Berufsausübung, Nothilfeleistung oder einer sonstigen **notwendigen Betätigung** erfolgen. Dies gilt ganz besonders, wenn es zur unerlaubten Handlung im Rahmen einer Tätigkeit kommt, die der Schädiger aus Entgegenkommen gegenüber dem Verletzten ausübt, etwa bei einer **Gefälligkeitsfahrt**.[154]

(3) Wirtschaftliche Verhältnisse des Geschädigten und des Schädigers und Bestehen einer Versicherung

Dass bei der Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles im Rahmen des § 253 Abs. 2 BGB auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligten und das Bestehen einer Haftpflichtversicherung eine Rolle spielen können, ist für die Rechtsprechung mit den Beschlüssen des Großen Senats für Zivilsachen des BGH vom 6.7.1955[155] und der Vereinigten Großen Senate des BGH vom 16.9.2016[156] geklärt. In der **Regel** steht allerdings die infolge der Schädigung erlittene Lebenshemmung im Vordergrund. **Feststellungen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen** von Schädiger und Geschädigtem sowie Ausführungen zu deren Einfluss auf die Bemessung der billigen Entschädigung sind daher – auch im Strafurteil, wenn es um einen Adhäsionsantrag geht – nur dann geboten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dem Einzelfall ein besonderes Gepräge geben und deshalb bei der Entscheidung ausnahmsweise von Bedeutung sind.[157]

(4) Zögerliches Regulierungsverhalten

In der Rechtsprechung ist anerkannt, dass sich ein zögerliches Regulierungsverhalten des Schädigers bzw. seines Haftpflichtversicherers schmerzensgelderhöhend auswirken kann.[158] Der „**Verzögerungszuschlag**“ setzt allerdings voraus, dass sich der leistungsfähige Schuldner einem **erkennbar begründeten Anspruch** ohne schutzwürdiges Interesse widersetzt. Die Erhöhung des Schmerzensgeldes dient dabei – mag die instanzgerichtliche Praxis mitunter auch einen anderen Eindruck vermitteln – keinem Sanktionszweck. Sie ist nur dann gerechtfertigt, wenn die verzögerte Zahlung das von § 253 BGB geschützte Interesse des Gläubigers beeinträchtigt. Davon ist etwa dann auszugehen, wenn der Geschädigte unter der langen Dauer der Schadensregulierung leidet oder er den Schadensersatz dazu verwenden könnte, die Auswirkungen seiner gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu lindern.[159] Erforderlich ist ein entsprechender Prozessvortrag des Anspruchstellers, der – falls wirksam bestritten – von ihm zu beweisen ist.

---

146 LG Limburg, Urt. v. 16.5.2007 – 2 O 368/06, SP 2007, 389.

147 OLG Hamm, Urt. v. 22.2.2001 – 6 U 29/00, NZV 2002, 234.

148 OLG Hamm, Urt. v. 21.1.1997 – 9 U 161/96, NZV 1997, 233.

149 Vgl. BGH, Beschl. d. Vereinigten Großen Senate v. 16.9.2016 – VGS 1/16, BGHZ 212, 48 Rn 55; BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (155); OLG Saarbrücken, Urt. v. 26.2.2015 – 4 U 26/14, NJW-RR 2015, 1119 Rn 44 ff.

150 BGH, Urt. v. 8.2.2022 – VI ZR 409/19, NJW 2022, 1443 Rn 13 ff.

151 OLG Frankfurt, Urt. v. 29.8.2005 – 12 U 190/04, zfs 2005, 597.

152 BGH, Urt. v. 16.1.1996 – VI ZR 109/95, VersR 1996, 382 f.

153 BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (158 f.).

154 Vgl. auch OLG Koblenz, Urt. v. 10.3.1997 – 12 U 576/96, lfd. Nummer 1260 der Schmerzensgeldtabelle; a.M. OLG Hamm, Urt. v. 3.3.1998 – 27 U 185/97, NJW-RR 1998, 1179 (1180 f.) mit wenig überzeugender Begründung; für den konkreten Fall (keine Bedeutung der Gefälligkeitsfahrt bei alkoholbedingter Fahruntüchtigkeit des Schädigers) überzeugender: OLG Saarbrücken, Urt. v. 9.3.1973 – 3 U 2/72, VersR 1975, 430 (431).

155 GSZ 1/55, BGHZ 18, 149.

156 VGS 1/16, BGHZ 212, 48.

157 BGH, Beschl. d. Vereinigten Großen Senate v. 16.9.2016 – VGS 1/16, BGHZ 212, 48 Rn 72.

158 BGH, Urt. v. 2.12.1966 – VI ZR 88/66, VersR 1967, 256, juris Rn 21; OLG Zweibrücken, Urt. v. 23.6.2021 – 1 U 20/20, juris Rn 36; OLG München, Urt. v. 2.6.2021 – 10 U 7288/20, juris Rn 38 ff.; OLG Hamm, Urt. v. 5.3.2021, juris Rn 23; OLG Karlsruhe, Urt. v. 16.7.2019 – 14 U 60/16, juris Rn 57; OLG Hamm, Urt. v. 15.2.2019 – 11 U 136/16, juris Rn 71 ff. Soweit der BGH die Frage in einer späteren Entscheidung (Urt. v. 12.7.2005 – VI ZR 83/04, VersR 2005, 1559, juris Rn 41, nicht abgedr. in BGHZ 163, 351) offengelassen hat, bezog sich dies auf einen schon dem Grunde nach und im Tatsächlichen streitigen Anspruch.

159 OLG Saarbrücken, Urt. v. 27.7.2010 – 4 U 585/09, NJW 2011, 933 (936); LG Hamburg, Urt. v. 7.9.2018 – 302 O 206/16, juris Rn 19.

Ausdrücklich benannt wurden **Erhöhungsbeträge** für die Verzögerung der Schadensregulierung etwa in Entscheidungen des OLG Hamm,[160] des OLG Frankfurt,[161] des OLG Naumburg,[162] des OLG München[163] und des LG Frankfurt/Oder.[164] Auch wenn dies methodisch angesichts der stets vorzunehmenden Gesamtwürdigung nicht in jeder Hinsicht zu überzeugen vermag, sollen die Ergebnisse nicht vorenthalten werden: Die Schmerzensgelder wurden wegen des zögerlichen Regulierungsverhaltens des jeweils beklagten Versicherers **um € 30 000** (von € 400 000 auf € 430 000, OLG Hamm vom 15.2.2019), **um DM 30 000** (von DM 370 000 auf DM 400 000, OLG Frankfurt), **um DM 25 000** (von DM 225 000 auf DM 250 000, OLG Hamm vom 13.2.1997), **um € 10 000** (von € 250 000 auf € 260 000, LG Frankfurt/Oder) und **um € 2000** (von € 80 000 auf € 82 000, OLG Naumburg, bzw. von € 110 000 auf € 112 000, OLG München) erhöht.

#### e) Ausschluss des Schmerzensgeldanspruchs bei geringfügigen Verletzungen

Der Regierungsentwurf zu § 253 Abs. 2 BGB n.F.[165] sah ein Schmerzensgeld nur vor, wenn die Verletzung der von der Vorschrift geschützten Rechtsgüter entweder vorsätzlich herbeigeführt wird oder der Schaden unter Berücksichtigung seiner Art und Dauer nicht unerheblich ist. Diese Beschränkung wurde auf die entsprechende Empfehlung des Rechtsausschusses des Bundestages[166] gestrichen. Begründet wurde dies mit der Erwägung, die Festschreibung einer Bagatellschwelle sei nicht erforderlich, weil die Rechtsprechung bisher auch ohne eine solche Regelung zu angemessenen Ergebnissen gelange. Der Rechtsprechung solle die Möglichkeit eingeräumt werden, die – von ihr bereits geschaffene – **Bagatellgrenze** selbst fortzuentwickeln. Der Gesetzgeber geht somit von einer auch ohne ausdrückliche Regelung bestehenden Bagatellgrenze aus. Dementsprechend hält sich das Tatgericht im Rahmen seines ihm eingeräumten Ermessens, wenn es bei geringfügigen Verletzungen ohne wesentliche Beeinträchtigungen der Lebensführung und ohne Dauerfolgen prüft, ob es sich – wie etwa Kopfschmerzen und Schleimhautreizungen – nur um vorübergehende, im Alltagsleben typische und häufig auch aus anderen Gründen als einem besonderen Schadensfall entstehende Beeinträchtigungen des körperlichen und seelischen Wohlbefindens handelt, die im Einzelfall weder unter dem Gesichtspunkt der Ausgleichs- noch der Genugtuungsfunktion ein Schmerzensgeld als billig erscheinen lassen.[167]

#### f) Kapitalabfindung oder Rente?

Regelmäßig wird das Schmerzensgeld in Form einer Kapitalabfindung gewährt. In besonderen Fällen[168] kommt aber jedenfalls auf ein entsprechendes Begehren des Klägers[169] – neben dem Kapitalbetrag oder statt seiner – auch die Zubilligung einer Schmerzensgeldrente in Betracht. Grundsätzlich erforderlich ist hierfür ein **schwerer Dauerschaden**.[170] Nach der Entscheidung des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955 kann bei einer Entscheidung für eine Rente aber auch der Gedanke eine Rolle spielen, dass bei ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Schädigers auf diese Weise am besten gesichert werden kann, dass der Geschädigte ein dem Ausgleichszweck gerecht werdendes Schmerzensgeld erhält.[171]

Dass bei einer **Gesamtentschädigung** aus Schmerzensgeldkapital und Schmerzensgeldrente der Gesamtbetrag, also Kapital und kapitalisierte Rente, der Billigkeit entsprechen muss, liegt auf der Hand.[172]

Bei einer wesentlichen Veränderung der Verhältnisse kann eine Schmerzensgeldrente gem. **§ 323 ZPO** angepasst werden.[173] Dies gilt auch bei einer wesentlichen Steigerung des Lebenshaltungskostenindex, wenn eine Abwägung aller Umstände des Einzelfalls ergibt, dass die bisher gezahlte Rente ihre Funktion eines billigen Schadensausgleichs nicht mehr erfüllt; eine unterhalb von 25 % liegende Steigerung des Lebenshaltungskostenindex reicht hierfür in der Regel nicht.[174]

## 7. Besteuerung des Schmerzensgeldes

Schmerzensgeld ist nicht zu versteuern – so einfach ist das. Insbesondere unterfällt es nicht der Einkommenssteuer. Denn es wird von keiner der Einkommensarten des § 2 Abs. 1 S. 1 EStG erfasst. Das gilt nicht nur für die Kapitalabfindung, sondern – jedenfalls nach neuerer Auffassung – auch für die Schmerzensgeldrente.[175]

Aus der Anlage des Schmerzensgeldbetrags erzielte Kapitalerträge sind aber natürlich Einkünfte aus Kapitalvermögen i.S.v. §§ 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 5, 20 EStG und als solche zu versteuern. Die fehlende Steuerbarkeit der Hauptleistung erstreckt sich nicht auf etwaige Zinserträge.[176]

## 8. Anrechenbarkeit des Schmerzensgeldes

Die Frage nach der Anrechenbarkeit von Schmerzensgeld kann sich in verschiedener Hinsicht stellen.

#### a) Sozialrecht

Setzt ein sozialrechtlicher Anspruch die Bedürftigkeit des Berechtigten voraus, so bleiben bei der diesbezüglichen Beurteilung Schmerzensgelder grds. außer Betracht. Dies gilt unabhängig davon, ob sie als Einmalbetrag oder Schmerzensgeldrente gezahlt wurden bzw. werden. Anderes gilt allerdings für

---

160 OLG Hamm, Urt. v. 15.2.2019 – 11 U 136/16, juris; v. 13.2.1997 – 27 U 133/96, lfd. Nr. 2960 der Schmerzensgeldtabelle.

161 OLG Frankfurt, Urt. v. 22.9.1993 – 9 U 75/92, DAR 1994, 21.

162 OLG Naumburg, Urt. v. 21.8.2017 – 1 U 58/17, DAR 2018, 631 (634).

163 OLG München, Urt. v. 24.7.2015 – 10 3313/13, SP 2016, 9.

164 LG Frankfurt/O., Urt. v. 19.10.2004 – 12 O 404/02, SP 2005, 376.

165 BT-Drucks 14/7752, 6.

166 BT-Drucks 14/8780.

167 BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983 Rn 18; v. 26.6.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 27; v. 14.1.1992 – VI ZR 120/91, VersR 1992, 504 (505); OLG Stuttgart, Urt. v. 14.10.2008 – 1 U 82/07, juris Rn 29.

168 Vgl. BGH, Urt. v. 8.6.1976 – VI ZR 216/75, juris Rn 15: Allgemeine, vom Fall unabhängige Erwägungen genügen grds. nicht.

169 Vgl. BGH, Urt. v. 21.7.1998 – VI ZR 276/97, VersR 1998, 1565 (1566); vgl. auch nachfolgend unter 9. a) bb).

170 BGH, Urt. v. 15.3.1994 – VI ZR 44/93, NJW 1994, 1592 (1594); v. 8.6.1976 – VI ZR 216/74, juris Rn 15.

171 BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (167).

172 Vgl. auch BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, VersR 2007, 961 Rn 15.

173 BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, VersR 2007, 961 Rn 6.

174 BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, VersR 2007, 961 Rn 7 ff.

175 BMF-Schreiben v. 15.7.2009 – IV C 3 – S 2255/08/10012, BStBl I 2009, 836; BVerwG, Urt. v. 9.2.2012 – 5 C 10/11, NJW 2012, 1305 Rn 16; für Mehrbedarfsrenten vgl. BFH, Urt. v. 25.10.1994 – VIII R 79/91, NJW 1995, 1238; ferner BFH, Urt. v. 8.7.2020 – X R 6/19, juris Rn 19.

176 BVerwG, Urt. v. 9.2.2012 – 5 C 10/11, NJW 2012, 1305 Rn 16 ff.

aus angelegtem Schmerzensgeld erzielte Kapitalerträge. Im Einzelnen:

- Im Rahmen der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (Bürgergeld, früher Arbeitslosengeld II bzw. Hartz IV) stellt Schmerzensgeld unabhängig davon, ob es als einmaliger Kapitalbetrag oder als Schmerzensgeldrente gezahlt wird, gem. § 11a Abs. 2 SGB II **kein anrechenbares Einkommen** dar. Darüberhinausgehend ist es mit Blick auf seine (doppelte) Funktion unter dem Gesichtspunkt des Härtefalls (§ 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 SGB II) auch **kein zu berücksichtigendes Vermögen** i.S.v. § 12 SGB II.[177] Nicht privilegiert sind allerdings Zinseinnahmen aus angelegtem Schmerzensgeld.[178]
- Entsprechendes gilt für die **Sozialhilfe**. Nach § 83 Abs. 2 SGB XII ist das Schmerzensgeld auch hier nicht als Einkommen des Bedürftigen zu berücksichtigen. Nach der allgemeinen Härteklausel des § 90 Abs. 3 S. 1 SGB XII stellt es auch kein zu berücksichtigendes Vermögen dar.[179] Dies gilt aber natürlich auch hier nicht für Kapitalerträge, die aus dem (angelegten) Schmerzensgeld erzielt werden.
- Auch in Bezug auf **Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** ist Schmerzensgeld weder als Einkommen noch als Vermögen zu berücksichtigen. Hinsichtlich des Einkommens folgt dies unmittelbar aus § 7 Abs. 2 Nr. 4 AsylbLG, hinsichtlich des Vermögens wohl daraus, dass eine unterschiedliche Behandlung des Schmerzensgeldes bei der Sozialhilfe einerseits und bei Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz andererseits dem Gleichheitsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG nicht standhält.[180] Dass das Asylbewerberleistungsgesetz anders als das Sozialhilferecht keine Härtefallklausel in Bezug auf das Vermögen kennt, ist dabei unerheblich. Zu berücksichtigen sind allerdings auch insoweit Kapitalerträge für angelegtes Schmerzensgeld.
- Auch auf das **Wohngeld** haben Schmerzensgelder – mit Ausnahme aus der Anlage des Schmerzensgeldes erzielter Kapitalerträge – keinen Einfluss.[181]
- Für **BAföG-Ansprüche** folgt dasselbe aus § 21 Abs. 4 Nr. 4 BAföG (mit Ausnahme der Kapitalerträge[182] aus angelegtem Schmerzensgeld kein Einkommen) bzw. § 29 Abs. 3 BAföG (kein anrechenbares Vermögen).[183]

Hat eine Person, deren Haftung nach den §§ 104–107 SGB VII beschränkt ist, den Versicherungsfall vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt, so haftet sie im Rückgriff den Sozialversicherungsträgern nach **§ 110 SGB VII** für die infolge des Versicherungsfalls entstandenen Aufwendungen bis zur Höhe des (fiktiven) zivilrechtlichen Schadensersatzanspruchs. Zu diesem fiktiven Schadensersatzanspruch zählt nach höchstrichterlicher Rechtsprechung[184] auch ein **fiktiver Schmerzensgeldanspruch**.

**b) Bürgerliches Recht**

Im Bürgerlichen Recht ist die Rechtslage differenzierter:

- Bei der Berechnung des nachehelichen **Zugewinnausgleichs** ist das einem Ehegatten zustehende Schmerzensgeld nach – allerdings nicht unbestrittener[185] – Auffassung der Rechtsprechung zu berücksichtigen; eine analoge Anwendung der Vorschrift des § 1374 Abs. 2 BGB, die bestimmten Vermögenserwerb (z.B. Erbschaften und Schenkungen) technisch dem Anfangsvermögen zuordnet und damit in der Sache von der Ausgleichspflicht ausnimmt, kommt danach nicht in Betracht.[186] Ob dies der Funktion des Schmerzensgeldes gerecht wird, erscheint durchaus zweifelhaft. Mit der Behandlung des Schmerzensgeldes in anderen Bereichen, insb. im Sozial-, Prozesskostenhilfe- und Unterhaltsrecht, lässt sich dies nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ nur schwer vereinbaren.
- Die Frage, ob – ggf. auch in Rentenform – erhaltenes Schmerzensgeld bei der Prüfung und Berechnung von **Unterhaltsansprüchen** zu berücksichtigen ist, stellt sich in mehrfacher Hinsicht, beim Unterhaltsgläubiger insb. hinsichtlich seiner Bedürftigkeit (§§ 1577, 1602 BGB), beim Unterhaltsschuldner insb. hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit (§§ 1581, 1603 BGB): Das an den Unterhaltsberechtigten gezahlte Schmerzensgeld dient nicht der Entlastung des Unterhaltsverpflichteten. Folglich hat es auf die **Bedürftigkeit** des Unterhaltsberechtigten grds. keinen Einfluss.[187] In sog. Mangelfällen mag im Einzelfall gem. § 242 BGB anderes gelten und das Schmerzensgeld bedarfsmindernd wirken. Grundsätzlich berücksichtigungsfähig sind allerdings Kapitalerträge, die aus der Anlage des Schmerzensgeldes erzielt werden; sie verringern die Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten.[188] Für die **Leistungsfähigkeit** des Unterhaltsverpflichteten ist die Rechtslage weniger eindeutig. Hier soll es auf eine „Gesamtabwägung nach Treu und Glauben unter Berücksichtigung des Zweckes des Schmerzensgeldes“[189] ankommen. Folge dürfte eine Berücksichtigungsfähigkeit des Schmerzensgeldes insb. in Fällen des Unterhalts der Eltern gegenüber einem minderjährigen unverheirateten Kind sein (§ 1603 Abs. 2 BGB).[190]

**c) Sonstiges**

- Schmerzensgeld – auch in Form der Schmerzensgeldrente – gehört regelmäßig weder zum im Rahmen der **Prozesskostenhilfe** einzusetzenden Einkommen i.S.d. § 115 Abs. 1 ZPO[191] noch zum insoweit einzusetzenden Vermögen i.S.d. § 115 Abs. 3 ZPO.[192]

---

177 Vgl. BSG, Urt. v. 22.8.2012 – B 14 AS 103/11 R, juris Rn 20.

178 BSG, Urt. v. 22.8.2012 – B 14 AS 103/11 R, juris Rn 21 ff.

179 Bieritz-Harder/Conradis/Thie, SGB XII/Geiger, SGB XII § 90 Rn 95; vgl. auch BVerfG, Beschl. v. 11.7.2006 – 1 BvR 293/05, BVerfGE 116, 229 (233).

180 BVerfG, Beschl. v. 11.7.2006 – 1 BvR 293/05, BVerfGE 116, 229 (237 ff.); Cantzler, AsylbLG, § 7 Rn 93.

181 BVerwG, Urt. v. 9.2.2012 – 5 C 10.11, NJW 2012, 1305 Rn 9 ff.; BeckOK SozR/Winkler, 1.3.2026, WoGG § 14 Rn 59.

182 BayVGH, Beschl. v. 5.2.2015 – 12 B 12.2333, juris Rn 31.

183 BayVGH, Beschl. v. 5.2.2015 – 12 B 12.2333, juris Rn 24 ff.; s. auch Nr. 29.3.2 f BAföGVwV.

184 BGH, Urt. v. 27.6.2006 – VI ZR 143/05, VersR 2006, 1429 Rn 6 ff.

185 Vgl. MüKoBGB/Koch, BGB § 1374 Rn 22, m.w.N.

186 BGH, Urt. v. 27.5.1981 – IVb ZR 577/80, NJW 1981, 1836 (1837); hinsichtlich § 1381 BGB differenzierend AG Hersbruck, Urt. v. 23.1.2002 – 2 F 1081/01, juris Rn 16 ff.

187 BGH, Urt. v. 13.7.1988 – IVb ZR 39/87, NJW-RR 1988, 1093 (1095); BeckOGK BGB/Schlünder, 1.5.2026, § 1577 Rn 82; BeckOGK BGB/Selg, 15.2.2026, § 1602 Rn 100.

188 BGH, Urt. v. 13.7.1988 – IVb ZR 39/87, NJW-RR 1988, 1093 (1095); BeckOGK BGB/Selg, 15.2.2026, BGB § 1602 Rn 100.

189 So BeckOGK BGB/Haidl, 1.2.2025, § 1603 Rn 40 m.w.N.

190 Vgl. BGH, Urt. v. 2.11.1988 – IVb ZR 7/88, NJW 1989, 524 (526).

191 BeckOK ZPO/Reichling, 1.3.2026, § 115 Rn 8, 83.5 unter Verweis auf § 83 Abs. 2 SGB XII.

192 BVerwG, Beschl. v. 26.5.2011 – 5 B 26/11, zfs 2011, 584 Rn 5 ff.

- Eine im **Strafverfahren** dem Täter gem. § 153a StPO auferlegte und von diesem gezahlte **Geldauflage** ist nur dann auf das Schmerzensgeld anzurechnen, wenn der Täter diese an den Verletzen als Schadenswiedergutmachung (§ 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StPO) entrichtet hat.[193]

## 9. Verfahrensfragen

### a) Klageantrag

*aa) Unbestimmter Leistungsantrag*

Werden Ansprüche auf Zahlung von Schmerzensgeld gerichtlich geltend gemacht, kann der Zahlungsantrag unbeziffert gestellt werden. Dadurch wird die Bemessung der begehrten Leistung in das Ermessen des Gerichts gestellt. Die Stellung eines unbezifferten Leistungsantrags vermeidet die mit dem tatgerichtlichen Spielraum bei der Bemessung des Schmerzensgeldes verbundenen **Unsicherheiten** für den Kläger: Sie reduziert auf der einen Seite sein für den Fall einer Zuvielforderung gegebenes Kostenrisiko und auf der anderen Seite sein Risiko, bei einer Zuwenigforderung einen Teil des ihm zustehenden Schmerzensgeldes nicht zu realisieren. Sie sorgt zudem dafür, dass der Anspruch auf das gesamte vom Tatgericht letztlich für angemessen erachtete Schmerzensgeld rechtshängig wird – mit allen daraus abzuleitenden Folgerungen, etwa mit Blick auf die Hemmung der Verjährung und (Prozess-)Verzinsung des letztlich zugesprochenen Betrags. Als Klageantrag wird empfohlen:

**Formulierungsbeispiel:**
„Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin ein angemessenes Schmerzensgeld zu zahlen."

Fraglich ist, ob bei Stellung eines solchen Klageantrags in der Klagebegründung die **Größenordnung** des geltend gemachten Betrags angegeben werden muss, um dem Bestimmtheitsgebot des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO zu genügen. Die Strafsenate des BGH bejahen ein entsprechendes Erfordernis für das Adhäsionsverfahren unter Berufung auf § 404 Abs. 1 S. 2 StPO, § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO nach wie vor; danach kann über einen unbestimmten Schmerzensgeldantrag im Adhäsionsverfahren nur entschieden werden, wenn der Kläger die Größenordnung des von ihm verlangten Schmerzensgeldes – und sei es auch nur durch die Hinnahme einer gerichtlichen Streitwertangabe – angegeben hat.[194] Die Rechtsprechung der Zivilsenate ist insoweit weniger klar. Ursprünglich wurde auch hier unter dem Gesichtspunkt des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO für die Zulässigkeit der Klage jedenfalls die Angabe einer gewissen Größenordnung verlangt.[195] In seiner Entscheidung vom 30.4.1996[196] hat der VI. Zivilsenat diese Auffassung zwar nicht ausdrücklich aufgegeben, bringt in ihr aber zum Ausdruck, dass die Angabe einer Mindestsumme oder Größenordnung beim unbezifferten Zahlungsantrag das Gericht im Rahmen von § 308 Abs. 1 ZPO nach oben nicht bindet, die Angabe vielmehr nur Bedeutung für die Rechtsmittelbeschwer und den Streitwert hat. *Von Gerlach*, seinerzeit Mitglied des VI. Zivilsenats, hat aus dieser Entscheidung geschlossen, die bisherige Auffassung, die Zulässigkeit eines unbezifferten Antrags erfordere die Angabe der Größenordnung, könne nicht mehr aufrechterhalten werden.[197] Ungeachtet dessen erscheint es freilich schon aufgrund der Bedeutung einer solchen **Angabe für die (Rechtsmittel-) Beschwer**[198] auch aus Sicht des Klägers sinnvoll, die Größenordnung des erstrebten Schmerzensgeldes, idealerweise durch Angabe eines Mindestbetrags, in der Klagebegründung zu konkretisieren.[199]

*bb) Schmerzensgeldrente*

Ist aus dem Klageantrag oder der Klagebegründung ersichtlich, dass der Kläger (ausschließlich) die Zahlung eines Kapitalbetrags begehrt, so ist das Gericht nach Auffassung des BGH[200] durch § 308 Abs. 1 ZPO daran gehindert, ihm (auch) eine Schmerzensgeldrente zuzusprechen. Ob, wie der BGH in der genannten Entscheidung ebenfalls andeutet,[201] die Zuerkennung einer Rente stets eines dahingehenden **Antrags** des Klägers bedarf oder das Tatgericht bei einem unbezifferten Leistungsantrag ohne nähere Spezifizierung im Rahmen des ihm durch § 287 ZPO eröffneten Ermessens selbständig (auch) eine Schmerzensgeldrente zusprechen darf, ist höchstrichterlich noch nicht abschließend geklärt. Aus Sicht der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge" muss Letzteres gelten.

*cc) Erfasste Verletzungsfolgen*

Verlangt der Verletzte mit seinem Antrag uneingeschränkt ein Schmerzensgeld, so werden dem Grundsatz der **Einheitlichkeit des Schmerzensgeldes** folgend durch den Klageantrag **alle Schadensfolgen** erfasst, die entweder bereits eingetreten und objektiv erkennbar sind oder deren Eintritt jedenfalls vorhergesehen und bei der Entscheidung berücksichtigt werden kann.[202] Lediglich die zum Urteilszeitpunkt noch nicht vorhersehbaren Verletzungsfolgen werden vom Klageantrag nicht umfasst.[203] Alle anderen Verletzungsfolgen muss das Tatgericht – soweit vorgetragen und ggf. nach dem Beweismaß des § 287 ZPO bewiesen – in die Bemessung des Schmerzensgeldes einstellen. Dem Gericht ist es verwehrt, von sich aus, also ohne entsprechende Antragsbeschränkung durch den Kläger, den Leistungsausspruch auf die bereits eingetretenen Folgen zu beschränken und die künftigen Folgen dem Feststellungsausspruch zuzuordnen; ein solches Vorgehen wäre mit der Pflicht des Gerichts, den Klageantrag erschöpfend zu behandeln, nicht vereinbar.[204]

*dd) Teilklage*

Dem Kläger ist es demgegenüber auch beim Schmerzensgeld nicht verwehrt, eine offene Teilklage auf einen quantitativ abgrenzbaren und eindeutig individualisierbaren Teil zu erheben. Wegen der Einheitlichkeit des Schmerzensgeldes ist eine **Teil-**

---

193 OLG Frankfurt/M., Urt. v. 27.9.2024 – 3 U 179/23, VersR 2025, 964 Rn 36.

194 Vgl. nur BGH, Beschl. v. 9.3.2022 – 1 StR 409/21, juris Rn 3; v. 12.3.2019 – 2 StR 595/18, NStZ 2020, 310 Rn 6 ff.; v. 6.12.2018 – 4 StR 484/18, juris Rn 15 f.; v. 20.9.2018 – 3 StR 618/17, juris Rn 11 f.

195 BGH, Urt. v. 24.9.1991 – VI ZR 60/91, VersR 1992, 374, m.w.N.

196 BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (350 ff.).

197 Von Gerlach, VersR 2000, 525 (527).

198 BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (351 f.); Urt. v. 2.2.1999 – VI ZR 25/98, BGHZ 140, 335 (341 f.); vgl. ferner etwa BGH, Beschl. v. 24.3.2016 – III ZR 52/15, MDR 2016, 788 Rn 4 ff.

199 BGH, Urt. v. 2.2.1999 – VI ZR 25/98, BGHZ 140, 335 (341 f.).

200 BGH, Urt. v. 21.7.1998 – VI ZR 276/97, VersR 1998, 1565 (1566).

201 BGH, Urt. v. 21.7.1998 – VI ZR 276/97, VersR 1998, 1565 (1566); darauf Bezug nehmend jetzt auch BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VIZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 27.

202 BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 259/15, VersR 2018, 1462 Rn 6, m.w.N.

203 BGH, Beschl. v. 27.3.2024 – VI ZB 50/22, NJW-RR 2024, 799 Rn 12.

204 BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 259/15, VersR 2018, 1462 Rn 7.

**barkeit** allerdings nicht im Hinblick auf bestimmte Verletzungsfolgen, einzelne Behandlungsfehler oder bestimmte Zeitabschnitte des Genesungsgeschehens gegeben.[205] Zulässig ist aber die zeitliche Beschränkung auf den Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung. Im Ergebnis kann sich der Kläger im Wege der Teil-Zahlungsklage auf die Berücksichtigung der Verletzungsfolgen, die im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung **bereits eingetreten** sind, beschränken.[206]

*ee) Feststellungsantrag*

Die vom Leistungsantrag nicht erfassten Teile des Schmerzensgeldanspruchs können mit einem Feststellungsantrag abgedeckt werden. Bei einem unbeschränkten Leistungsantrag sind dies solche Verletzungsfolgen, die zum Beurteilungszeitpunkt noch nicht eingetreten sind und deren Eintritt auch nicht objektiv vorhersehbar ist, mit denen nicht oder nicht ernstlich gerechnet werden muss und die deshalb zwangsläufig bei der Bemessung des Schmerzensgeldes unberücksichtigt bleiben müssen.[207] Die bloße Möglichkeit entsprechender Verletzungsfolgen reicht dabei für die Bejahung eines Feststellungsinteresses i.S.d. § 256 Abs. 1 ZPO aus.[208] Bei einer auf die bereits eingetretenen Verletzungsfolgen beschränkten Teilklage (vgl. oben unter dd) können sämtliche künftigen immateriellen Schäden – ob vorhersehbar oder nicht – Gegenstand des Feststellungsantrags sein.[209]

**b) Grundurteil; Rechtskraft bei Endurteil**

Grundsätzlich darf über einen – bezifferten oder unbezifferten – Antrag auf Zahlung von Schmerzensgeld durch **Grundurteil** entschieden werden, die Bemessung der Anspruchshöhe bleibt dann dem Betragsverfahren vorbehalten.[210]

Durch den auf einen unbeschränkten Schmerzensgeldantrag hin durch **Endurteil** zuerkannten Betrag werden alle diejenigen Schadensfolgen abgegolten, die am Schluss der mündlichen Verhandlung entweder bereits eingetreten und objektiv erkennbar waren oder deren Eintritt jedenfalls vorhergesehen und bei der Entscheidung berücksichtigt werden konnte. Das heißt im Klartext: Durch den rechtskräftig zuerkannten Betrag werden bei unbeschränktem Klageantrag **Nachforderungen** grds. ausgeschlossen! Lediglich solche Verletzungsfolgen, die zum Beurteilungszeitpunkt noch nicht eingetreten waren und deren Eintritt objektiv nicht vorhersehbar war, mit denen folglich nicht oder nicht ernstlich gerechnet werden musste und die deshalb zwangsläufig bei der Bemessung des Schmerzensgeldes unberücksichtigt bleiben mussten, werden vom rechtskräftig zugesprochenen Schmerzensgeldbetrag nicht erfasst und können deshalb Grundlage für einen Anspruch auf weiteres Schmerzensgeld sein.[211] Vor diesem Hintergrund sollte die Erhebung einer offenen Teilklage (vgl. oben unter dd) jedenfalls dann erwogen werden, wenn weitere schwere Verletzungsfolgen zu befürchten, aber noch nicht hinreichend klar abzusehen sind. Denn es lässt sich nie mit Sicherheit beurteilen, welche Verletzungsfolgen im Falle einer Nachforderung vom dann zuständigen Gericht als am Schluss der mündlichen Verhandlung des Erstverfahrens objektiv hinreichend vorhersehbar beurteilt werden.

**c) Adhäsionsverfahren**

Hier ist **Vorsicht** geboten: Die im Adhäsionsverfahren ergangene Entscheidung steht nach § 406 Abs. 3 S. 1 StPO einem im bürgerlichen Rechtsstreit ergangenen Urteil gleich. Die vorstehenden Wirkungen einer auf einen unbeschränkten Schmerzensgeldantrag hin erfolgten Zuerkennung eines Schmerzensgeldes treten damit auch hier ein. Die Folge ist: Auch ein zu geringes Schmerzensgeld des – schadensrechtlich nicht immer erfahrenen – Strafrichters kann Nachforderungen ausschließen![212] Dies sollte bei der Entscheidung für einen Adhäsionsantrag stets im Auge behalten werden.

**d) Berufung und Revision**

Wird dem Kläger, der ein angemessenes Schmerzensgeld unter Angabe eines Mindestbetrags geltend gemacht hat, genau dieser Mindestbetrag zugesprochen, ist er nicht beschwert,[213] ein Rechtsmittel mangels **Beschwer** somit unzulässig. Das gilt auch dann, wenn ihm das Gericht den Mindestbetrag unter Berücksichtigung eines Mitverschuldens zuerkannt hat, das es entgegen der Auffassung des Klägers bejaht hat.[214] Ergeht erstinstanzlich ein Grundurteil über einen Schmerzensgeldanspruch, bei dem eine Mitverschuldensquote des Geschädigten festgesetzt wird (vgl. dazu oben 5.b.aa), ist diese bei der Bemessung der Beschwer des Rechtsmittelführers zu berücksichtigen.[215]

Das **Berufungsgericht** ist an die erstinstanzliche Schmerzensgeldbemessung nicht gebunden. Es darf und muss diese auf der Grundlage der nach § 529 ZPO maßgeblichen Tatsachen in vollem Umfang daraufhin überprüfen, ob sie überzeugt. Hält das Berufungsgericht sie zwar für vertretbar, letztlich aber bei Berücksichtigung aller Gesichtspunkte nicht für sachlich überzeugend, so darf und muss es einen eigenen, dem Einzelfall angemessenen Schmerzensgeldbetrag finden.[216] Auch das Berufungsgericht ist Tatgericht; auch ihm kommt insoweit das volle tatrichterliche Ermessen zu.

Das **Revisionsgericht** kann die Höhe des Schmerzensgeldes nach ständiger Rechtsprechung des BGH dagegen nur daraufhin überprüfen, ob sie auf einem Rechtsirrtum beruht, insb. ob sich das Berufungsgericht mit allen für die Bemessung des Schmerzensgeldes maßgeblichen Umständen ausreichend auseinandergesetzt und sich um eine angemessene Beziehung der Entschädigung zu Art und Dauer der Verletzungen bemüht hat. Ob das vom Berufungsgericht ausgeurteilte Schmerzensgeld zu reichlich oder zu niedrig ist, wird in der Revision hingegen grds. nicht untersucht.[217] Hat das Revisionsgericht einen insoweit relevanten Rechtsfehler festgestellt und hebt es das Berufungsurteil deshalb auf, ist ihm ein „Durchentscheiden" nicht möglich, weil die Bemessung der Höhe des Schmerzens-

[205] BGH, Urt. v. 14.3.2017 – VI ZR 605/15, VersR 2017, 822 Rn 20.

[206] BGH, Urt. v. 20.1.2004 – VI ZR 70/03, VersR 2004, 1334 (1335).

[207] BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 259/15, VersR 2018, 1462 Rn 6.

[208] BGH, Urt. v. 20.3.2001 – VI ZR 325/99, VersR 2001, 876.

[209] BGH, Urt. v. 20.1.2004 – VI ZR 70/03, VersR 2004, 1334 (1335).

[210] BGH, Urt. v. 28.3.2006 – VI ZR 50/05, NJW 2006, 2110 Rn 10. Zur Möglichkeit, die Haftungsquote bereits im Grundurteil zu bestimmen, s.o. 5.b.aa.

[211] BGH, Urt. v. 20.1.2015 – VI ZR 27/14, VersR 2015, 772 Rn 8, m.w.N.

[212] BGH, Urt. v. 20.1.2015 – VI ZR 27/14, VersR 2015, 772 Rn 8 ff.

[213] BGH, Beschl. v. 24.3.2016 – III ZR 52/15, MDR 2016, 788 Rn 6; Urt. v. 2.10.2001 – VI ZR 356/00, VersR 2001, 1578 f.

[214] BGH, Urt. v. 2.10.2001 – VI ZR 356/00, VersR 2001, 1578 f.

[215] BGH, Beschl. v. 16.1.2024 – VI ZB 45/23, NJW-RR 2024, 474 Rn 14.

[216] BGH, Urt. v. 28.3.2006 – VI ZR 46/05, VersR 2006, 710 Rn 30.

[217] Vgl. nur BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 11, m.w.N.; zu den – revisionsrechtlich überprüfbaren – Grenzen des tatrichterlichen Ermessens vgl. auch BGH, Urt. v. 8.6.1976 – VI ZR 216/74, juris Rn 13.

geldes auch dann noch dem Tatrichter vorbehalten ist.[218] Der BGH ist damit der falsche Adressat für die immer wieder geäußerte Forderung, das Schmerzensgeldniveau in Deutschland ganz allgemein zu erhöhen. Eine solche Bewegung müsste – so man sie für wünschenswert hielte – von den Tatgerichten ausgehen.

Ist der **Beklagte Rechtsmittelführer** und wendet er sich gegen eine vorinstanzliche Verurteilung zur Zahlung von Schmerzensgeld, kann er sein Rechtsmittelbegehren – anders als erstinstanzlich umgekehrt der Kläger (s.o. unter 9.a.aa) – nicht in das Ermessen des Gerichts stellen und sich auf den Wunsch zu einer „angemessenen Herabsetzung" des Schmerzensgeldes beschränken. Dem Rechtsmittelantrag (§ 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 1, § 551 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 ZPO) muss vielmehr **klar** zu entnehmen sein, **in welcher Höhe** er eine Verurteilung hinnimmt und in welchem Umfang er Klageabweisung begehrt.[219]

**e) Streitwert**

Wurde die Höhe des Schmerzensgeldes vom Kläger völlig in das **Ermessen** des Gerichts gestellt, so ist der Streitwert der Betrag, der nach dem tatsächlichen Vortrag des Klägers als das angemessene Schmerzensgeld zu erachten ist. Erweisen sich die vom Kläger behaupteten klagebegründenden Tatsachen teilweise als unzutreffend und billigt ihm das Gericht aus diesem Grund einen niedrigeren Betrag zu, dann ist seine Klage mit der entsprechenden Kostenfolge teilweise abzuweisen.

Hat der Kläger einen bestimmten Mindestbetrag gefordert, so wird das Gericht den Streitwert, sollte es im Urteil – wie unbegrenzt zulässig[220] – einen den Mindestbetrag überschreitenden Schmerzensgeldbetrag aussprechen, auf den ausgesprochenen Betrag, ansonsten jedenfalls regelmäßig auf den angegebenen Mindestbetrag festsetzen.[221] Unterschreitet das ausgeworfene Schmerzensgeld den vom Kläger angegebenen Mindestbetrag, so ist die Klage mit der entsprechenden Kostenfolge teilweise abzuweisen.[222]

**f) (Prozess- und Verzugs-)Zinsen**

Der Schmerzensgeldanspruch entsteht mit dem Schadensereignis. Der schließlich als angemessen zuerkannte Geldbetrag gilt als von Anfang an geschuldet. Deshalb ist auch ein mit unbeziffertem Klageantrag geltend gemachter Schmerzensgeldbetrag grds. von Rechtshängigkeit an gem. **§ 291 S. 1 BGB** zu verzinsen.[223]

Auch soll der Schmerzensgeldgläubiger im Rahmen einer Mahnung i.S.v. **§ 286 BGB** nicht gehalten sein, den von ihm gewünschten Betrag zu beziffern. Vielmehr soll es ausreichen, dass hinreichend konkrete Tatsachen zur Höhe vorgetragen werden.[224] Überzeugend ist das nicht. Anders als im Rahmen einer Klage, bei der im Falle einer Zuwenigforderung der „Verlust" eines weitergehenden (Haupt-)Anspruchs droht, gibt es bei einer Mahnung keinen Grund, den Gläubiger davon zu entlasten, einen konkreten Betrag zu benennen und den Schuldner dadurch erst in die Lage zu versetzen, sein Leistungsverlangen hinreichend sicher voll zu befriedigen.

**g) Abfindungsvergleich**

Der Großteil der Schadensfälle wird außergerichtlich erledigt. Dabei kommt es häufig auch zu einer Einigung der Parteien auf einen Schmerzensgeldbetrag.[225] Aus Sicht des Verletzten ist zu beachten, dass Nachforderungen nur sehr eingeschränkt möglich sind. Handelt es sich – wie häufig – um einen **umfassenden und vorbehaltlosen Abfindungsvergleich**, so kommen Nachforderungen nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung nur dann in Betracht, wenn dem Verletzten ein Festhalten am Vergleich nach Treu und Glauben (§ 242 BGB) nicht mehr zumutbar ist, weil entweder die Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) für den Vergleich weggefallen ist oder sich geändert hat, so dass eine Anpassung an die veränderten Umstände erforderlich erscheint, oder weil nachträglich erhebliche Äquivalenzstörungen in den Leistungen der Parteien eingetreten sind, die für den Verletzten nach den gesamten Umständen des Falles eine ungewöhnliche Härte bedeuten würden.[226] Ob diese Voraussetzungen vorliegen, hängt entscheidend davon ab, welche (Zukunfts-)Risiken der Verletzte nach dem Inhalt der Vereinbarung übernommen hat, was wiederum nur durch Auslegung ermittelt werden kann.[227] Trotz der grundsätzlichen Zurückhaltung der Rechtsprechung wurde eine **Nachforderung etwa zugelassen** bei

- Eintritt erheblicher körperlicher Spätschäden in Form epileptischer Anfälle nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage des hälftigen, eher geringen materiellen Schadens in der irrigen Annahme, die körperlichen Beeinträchtigungen seien unbedeutend.[228]
- Eintritt einer Beinverkürzung um 13,5 cm und dadurch erforderlich gewordenem „Stützapparat prothesenähnlicher Art" nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage der irrigen Annahme einer nur 1 bis 2 cm betragenden Beinverkürzung (Nachforderung von DM 15 000 im Jahr 1964 nach DM 1 200 zzgl. monatlicher Rente von DM 10 Gesamtabgeltung für materielle und immaterielle Schäden im Jahr 1953).[229]
- Entwicklung einer schwerstgradigen Hüftkopfnekrose mit enormer Schmerzsymptomatik, die eine Hüfttotalendoprothese nötig machte und zu einer relativen Beinverlängerung (MdE mindestens 30 %) führte, nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage eines nicht ausgeheilten Oberschenkelhalsbruchs, eines offenen Nasenbeinbruchs und eines Schädelhirntraumas (Nachforderung € 25 000 im Jahr 2003 nach DM 20 000 Schmerzensgeldabgeltung im Jahr 1999).[230]
- Erhebliche Spätschäden an beiden Händen mit zehn jeweils mehrwöchigen stationären Behandlungen, Hauttransplanta-

---

[218] BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 29; v. 17.11.2009 – VI ZR 64/08, NJW 2010, 930 Rn 23.

[219] Vgl. BGH, Beschl. v. 25.3.2014 – II ZB 3/13, juris Rn 8, 13; v. 15.7.1998 – XII ZB 39/97, FamRZ 1998, 1576, juris Rn 7, 10.

[220] Vgl. BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (350 ff.).

[221] Vgl. aber BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (352), wonach der Streitwert stets höher als die vom Kläger angegebene (Mindest-)Größenordnung festgesetzt werden kann; der tatgerichtlichen Praxis dürfte dies aber nicht entsprechen.

[222] A.A. wohl OLG München, Urt. v. 23.2.2022 – 7 U 1195/21, juris Rn 55, das auch im Rahmen eines verlangten Mindestbetrags eine Zuvielforderung von bis zu 20 % kostenrechtlich nicht berücksichtigen will.

[223] BGH, Urt. v. 5.1.1965 – VI ZR 24/64, NJW 1965, 531 (532).

[224] OLG Celle, Urt. v. 14.2.1963 – 5 U 22/62, NJW 1963, 1205; Grüneberg/Grüneberg, 85. Aufl., § 286 Rn 19.

[225] Im Überblick Lang/Luckey, VersR 2025, 1417 (1429 ff.).

[226] BGH, Urt. v. 12.2.2008 – VI ZR 154/07, NJW-RR 2008, 649 Rn 9; v. 19.6.1990 – VI ZR 255/89, NJW 1991, 1535.

[227] BGH, Urt. v. 12.2.2008 – VI ZR 154/07, NJW-RR 2008, 649 Rn 11; vgl. ferner BGH, Urt. v. 19.6.1990 – VI ZR 255/89, NJW 1991, 1535.

[228] BGH, Urt. v. 28.2.1961 – VI ZR 95/60, DAR 1961, 165.

[229] BGH, Urt. v. 21.12.1965 – VI ZR 168/64, VersR 1966, 243.

[230] OLG Oldenburg, Urt. v. 28.2.2003 – 6 U 231/01, VersR 2004, 64.

tionen, Resektion beider Zeigefinger, Handverschmälerung und Versteifung zweier Finger nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage von erheblichen Verbrennungen durch Röntgenbestrahlung von Warzen (pauschale Nachforderung von DM 125 000 für Haushaltsführung und Schmerzensgeld im Jahr 2000 nach DM 30 000 Gesamtabgeltung im Jahr 1962).[231]

Wird in den Vergleich ein **immaterieller Vorbehalt** aufgenommen, so sind die Voraussetzungen, unter denen auf der Grundlage dieses Vorbehalts Nachforderungen erhoben werden können, durch Auslegung der Vereinbarung zu ermitteln. In der Regel werden solche Nachforderungen dann möglich, wenn Verletzungsfolgen eintreten, mit denen bei Abschluss des Vergleichs nicht oder nicht ernsthaft zu rechnen war. Dies entspricht im Wesentlichen der Rechtslage nach rechtskräftiger Zuerkennung von Schmerzensgeld auf einen unbeschränkten Antrag (vgl. oben unter b). Es empfiehlt sich daher, den Vorbehalt möglichst präzise zu formulieren, etwa durch Bestimmung der abgefundenen oder umgekehrt der vorbehaltenen Risiken.[232]

Beim Abschluss einer Abfindungsvereinbarung ist daran zu denken, Ansprüche, die nur vorbehalten sind, gegen Verjährung abzusichern; andernfalls läuft in der Regel die dreijährige Verjährungsfrist.[233] Es ist deshalb eine Formulierung in den Vergleich aufzunehmen, die zumindest die verjährungsrechtliche Wirkung eines Feststellungsurteils herstellt. Formuliert werden kann etwa:

**Formulierungsbeispiel 1**: *„Künftige materielle/immaterielle Schäden, wie zum Beispiel […], bleiben vorbehalten. Bezüglich solcher Ansprüche wird sich die Beklagte so behandeln lassen, als sei gegen sie am heutigen Tage ein gerichtliches Feststellungsurteil ergangen."*

**Formulierungsbeispiel 2**: *„Einem rechtskräftigen Feststellungsurteil in seiner Wirkung gleichgestellt, schließen die Parteien heute, (Datum), folgenden Abfindungsvergleich: (…)."*

Beim Abfindungsvergleich handelt es sich um einen gegenseitigen Vertrag i.S.v. **§ 779 BGB**. Es gelten die allgemeinen Vorschriften über Rechtsgeschäfte. Besondere Vorsicht ist bei der Beteiligung von **Minderjährigen** oder Betreuten am Abfindungsvergleich geboten: **Vertretungsverbote** (z.B. gem. §§ 1629 Abs. 2 S. 1, 1824 BGB) und **Genehmigungsvorbehalte** (z.B. gem. § 1854 Nr. 6 BGB, wenn der Vergleichswert € 6 000 übersteigt oder der Vergleich nicht einem schriftlichen oder protokollierten gerichtlichen Vergleichsvorschlag entspricht; gilt gem. § 1643 Abs. 5 BGB nicht für die Eltern) sind zu beachten.

# II. Entschädigung für immaterielle Schäden außerhalb des Schmerzensgeldes

## 1. Überblick

Nach § 253 Abs. 1 BGB kann wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, Entschädigung in Geld nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen gefordert werden. Die materielle Entschädigung für immaterielle Schäden ist somit die Ausnahme, die grds. – zu einer wichtigen Ausnahme nachfolgend unter 2. – einer ausdrücklichen Anordnung durch den Gesetzgeber bedarf. Solche gesetzlichen Regelungen finden sich etwa in § 844 Abs. 3 BGB (Hinterbliebenengeld), § 651n Abs. 2 BGB (nutzlos aufgewendete Urlaubszeit), § 97 Abs. 2 S. 4 UrhG (Urheberpersönlichkeitsrecht), § 15 Abs. 2 AGG (Diskriminierung), Art. 82 Abs. 1 DSGVO (Verstöße gegen die Datenschutzgrundverordnung), § 198 GVG (Verfahrensverzögerung) oder § 7 Abs. 1 StrEG (unberechtigte Strafverfolgungsmaßnahme).

## 2. Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

### a) Rechtsgrundlagen

Nach ständiger **Rechtsprechung des BGH**[234] kann auch eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts einen Anspruch auf eine Geldentschädigung begründen. Voraussetzung ist, dass es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise befriedigend aufgefangen werden kann. Hat der BGH diesen Anspruch in der sog. **Herrenreiter-Entscheidung**[235] noch auf eine analoge Anwendung von § 847 BGB a.F. gestützt, geht er nun davon aus, dass es sich bei der Zubilligung einer Geldentschädigung gerade nicht um ein Schmerzensgeld i.S.d. § 253 BGB handelt.[236] BVerfG[237] und BGH[238] begreifen den Anspruch auf Geldentschädigung als Recht, das auf den **Schutzauftrag aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG** zurückgeht. Demgemäß wird der Anspruch auch aus § 823 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 2 Abs. 1, Art. 1 Abs. 1 GG hergeleitet. Er beruht auf dem Gedanken, dass ohne einen solchen Anspruch Verletzungen der Würde und Ehre des Menschen häufig ohne Sanktion blieben mit der Folge, dass der Rechtsschutz der Persönlichkeit verkümmern würde. Die staatliche Pflicht, den Einzelnen vor Gefährdungen seines Persönlichkeitsrechts durch Dritte zu schützen, kann sich daher bis zum **verfassungsrechtlichen Gebot** einer Geldentschädigung verdichten.[239]

Der **Gesetzgeber** hat bislang davon abgesehen, den richterrechtlich geschaffenen Anspruch einfachrechtlich zu kodifizieren.[240]

Zuletzt hat das BVerfG[241] unter Berufung auf die Rechtsprechung des EGMR[242] eine Erstreckung des Geldentschädi-

---

231 OLG Schleswig, Urt. v. 30.8.2000 – 4 U 158/98, VersR 2001, 983.

232 Formulierungsbeispiel bei Almeroth, NJW 2024, 1457 (1458).

233 BGH, Urt. v. 28.1.2003 – VI ZR 263/02, NJW 2003, 1524 (1525); OLG Schleswig, Beschl. v. 9.8.2022 – 7 U 90/22, NJW 2023, 528.

234 Vgl. nur BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9, m.w.N.

235 BGH, Urt. v. 14.2.1958 – I ZR 151/56, BGHZ 26, 349 (354 ff.).

236 Vgl. nur BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20, Rn 72; Beschl. v. 8.3.2022 – VI ZB 14/21, zfs 2022, 259 Rn 10; Urt. v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (302).

237 BVerfG, Beschl. v. 14.2.1973 – 1 BvR 112/65, BVerfGE 34, 269 (292) – Soraya.

238 BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20 Rn 70, 72; v. 12.12.1995 – VI ZR 223/94, VersR 1996, 341 (342); v. 5.12.1995 – VI ZR 332/94, VersR 1996, 339 (340); v. 15.11.1994 – VI ZR 56/94, BGHZ 128, 1 (15).

239 BVerfG, Beschl. v. 2.4.2017 – 1 BvR 2194/15, NJW-RR 2017, 879 Rn 10, 12.

240 Vgl. BT-Drucks 14/7752, 24 f., 55; ferner Ahrens/Spickhoff, Deliktsrecht, § 45 Rn 47.

241 BVerfG, Beschl. v. 19.5.2023 – 2 BvR 78/22, NVwZ-RR 2023, 649 m. Bspr. Gietl/Amberger, NJW 2023, 3468.

242 EGMR, Urt. v. 22.10.2020 – Nr. 6780/18 und 30776/18, NJW 2022, 35 Rn 70 ff.

gungsanspruchs wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts auf das **Staatshaftungsrecht**, etwa im Rahmen des allgemeinen Aufopferungsanspruchs, angemahnt. Anlass hierfür war eine rechtswidrige, mit einer vollständigen Entkleidung verbundene körperliche Untersuchung eines Strafgefangenen.

**b) Funktion**

Anders als beim Schmerzensgeld steht bei der Zuerkennung einer Geldentschädigung im Falle einer schweren Persönlichkeitsrechtsverletzung nach der Rechtsprechung des BGH regelmäßig der **Genugtuungsgedanke** im Vordergrund.[243] Daneben dient der Anspruch der **Prävention**.[244]

**c) Voraussetzungen**

Zunächst bedarf es einer **schwerwiegenden Verletzung** des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Geschädigten,[245] auch in Form einer Verletzung des Rechts am eigenen Bild. Ob die im Raum stehende Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts hinreichend schwer wiegt, ist aufgrund der gesamten Umstände des Einzelfalles zu beurteilen. Dabei sind nach der Rechtsprechung des BGH[246] insb. Bedeutung und Tragweite des Eingriffs, Anlass und Beweggrund des Handelnden und der Grad seines Verschuldens zu berücksichtigen.

Weiter darf die Beeinträchtigung **nicht in anderer Weise befriedigend aufgefangen** werden können. So kann bei der gebotenen Gesamtwürdigung etwa auch ein erwirkter Unterlassungstitel den Geldentschädigungsanspruch beeinflussen und ggf. sogar ausschließen.[247]

**Bejaht** wurde ein Geldentschädigungsanspruch wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, der nach der Rechtsprechung nur in engen Grenzen zu gewähren ist,[248] etwa im Falle

- nicht erweislich wahrer Behauptungen im Zusammenhang mit der sog. sächsischen Korruptionsaffäre, der Geschädigte sei pädophil, habe eine Beziehung mit einer 14-Jährigen und sei korrupt,[249]
- der Veröffentlichung heimlich aufgenommener Bilder des minderjährigen Kindes einer Prominenten,[250]
- fortdauernder Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch unwahre Tatsachenbehauptung auf der Titelseite einer Zeitschrift (Caroline von Monaco).[251]

**Verneint** wurden die Voraussetzungen trotz Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts etwa

- im Falle der Bezeichnung des Geschädigten als „Arschloch" als Reaktion auf ein Schreiben, in dem dieser Genugtuung über eine Krebserkrankung des Adressaten zum Ausdruck bringt,[252]
- bei groben Beleidigungen mittels SMS, wenn ein Unterlassungstitel erwirkt wurde,[253]
- bei Verletzung des Rechts auf ungestörte kindgemäße Entwicklung durch Bezeichnung einer identifizierbaren Grundschülerin als „Möchtegernüberspringerin" und Wiedergabe einer entsprechenden Begebenheit in einem Buch einer (ehemaligen) Lehrerin bei Unterlassungstitel und (dienstrechtlichem) Ordnungsmittelverfahren,[254]
- bei Verletzung des Rechts am eigenen Bild durch die identifizierbare Abbildung einer Frau, die zufällig im Bikini neben einem prominenten Fußballspieler am Strand von Mallorca aufgenommen worden war, in einer Tageszeitung.[255]
- im Falle einer Verdachtsberichterstattung, die nur deshalb unzulässig ist, weil dem Betroffen zuvor nicht ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden war.[256]

**d) Höhe**

Wie beim Schmerzensgeld ist auch bei der Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts die Bemessung in erster Linie **Sache des Tatrichters**.[257] Entscheidend sind die konkreten Umstände des Einzelfalles. Bewirkt die persönlichkeitsrechtsverletzende Handlung zugleich eine Gesundheitsverletzung des Betroffenen (z.B. Depression), führt dies allerdings nicht zu einer Erhöhung der Geldentschädigung, sondern muss zum Gegenstand eines gesonderten Schmerzensgeldanspruchs gemacht werden.[258] Entsprechend müssen mit der Persönlichkeitsrechtsverletzung einhergehende wirtschaftliche Einbußen (z.B. Verlust von Kunden/Aufträgen) zum Gegenstand eines materiellen Schadensersatzanspruchs gemacht werden.[259] Umgekehrt ist in Fällen, in denen der Schädiger die Verletzung der Persönlichkeit seines Opfers als Mittel zur Auflagensteigerung und damit zur Verfolgung eigener kommerzieller Interessen eingesetzt hat, die Erzielung von Gewinnen aus der Rechtsverletzung allerdings mit einzubeziehen. In solchen Fällen muss von der Höhe der Geldentschädigung ein echter **Hemmungseffekt** ausgehen. Ein weiterer Bemessungsfaktor ist natürlich die **Intensität der Persönlichkeitsverletzung**, etwa eine nachhaltige Störung des Privatlebens oder eine besondere Hartnäckigkeit entsprechender Rechtsverletzungen. Allerdings darf die Geldentschädigung in Pressesachen keine Höhe erreichen, die die **Pressefreiheit** unverhältnismäßig einschränkt.[260]

**e) Sonstiges**

Die Ausführungen zur Besteuerung (oben I. 7.), zur Anrechenbarkeit (oben I. 8.) und zum Prozessualen (oben I. 9.) des Schmerzensgeldanspruchs dürften weitgehend auf den Geldentschädigungsanspruch übertragbar sein. Unter Betonung der Genugtuungsfunktion hält die Rechtsprechung allerdings den

---

243 Vgl. nur BGH, Urt. v. 29.11.2021 – VI ZR 258/18, BGHZ 232, 68 Rn 10; v. 29.4.2014 – VI ZR 246/12, BGHZ 201, 45 Rn 18, m.w.N.; ferner Urt. v. 29.11.2021 – VI ZR 258/18, NJW 2022, 868 Rn 10.

244 BGH, Urt. v. 17.12.2013 – VI ZR 211/12, VersR 2014, 381 Rn 38; v. 6.12.2005 – VI ZR 265/04, BGHZ 165, 203 (207), m.w.N.; v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (302).

245 BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9.

246 BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20 Rn 70; v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9, m.w.N.

247 BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9, m.w.N.

248 BGH, Urt. v. 14.5.2013 – VI ZR 269/12, BGHZ 197, 213 Rn 31.

249 BGH, Urt. v. 17.12.2013 – VI ZR 211/12, BGHZ 199, 237 Rn 13 ff.

250 BGH, Urt. v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (303 ff.).

251 BGH, Urt. v. 15.11.1994 – VI ZR 56/94, BGHZ 128, 1 (12 f.).

252 BGH, Urt. v. 14.11.2017 – VI ZR 534/15, juris Rn 18 ff.

253 BGH, Urt. v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9 ff.

254 BGH, Urt. v. 15.9.2015 – VI ZR 175/14, BGHZ 206, 347 Rn 37 ff.

255 BGH, Urt. v. 21.4.2015 – VI ZR 245/14, VersR 2014, 898 Rn 32 ff.

256 BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 45 ff.

257 Vgl. nur BGH, Urt. v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (307).

258 BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20 Rn 72.

259 BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 664 Rn 49.

260 Vgl. BGH, Urt. v. 15.11.1994 – VI ZR 56/94, BGHZ 128, 1 (16); ferner Urt. v. 17.12.2013 – VI ZR 211/12, BGHZ 199, 237 Rn 77.

Einsatz des aus einer Geldentschädigungszahlung erlangten Vermögens im Rahmen der **Prozesskostenhilfe** für möglich.[261] Besonderheiten gelten hinsichtlich Übertragbarkeit und Vererblichkeit: Ob der Anspruch auf Gewährung einer Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts **abtretbar** (und damit pfändbar, § 851 Abs. 1 ZPO) ist, ist höchstrichterlich noch **nicht entschieden**.[262] Entschieden ist dagegen, dass der Anspruch **nicht vererblich** ist, wenn er dem Berechtigten nicht noch zu Lebzeiten rechtskräftig zugesprochen wurde.[263] An dieser – erneut maßgeblich auf die Genugtuungsfunktion des Anspruchs abstellenden – Rechtsauffassung hat der BGH zuletzt in seiner Entscheidung zu den sog. „Kohl-Protokollen" ausdrücklich festgehalten, weil einem Verstorbenen keine Genugtuung mehr verschafft werden könne.[264] In der Literatur wird die Annahme des BGH, der Anspruch sei grundsätzlich unvererblich, ganz überwiegend abgelehnt.[265] Diese Kritik aufnehmend beabsichtigt der Gesetzgeber nunmehr, die als unbillig empfundene Schutzlücke zu schließen und die Vererblichkeit von Ansprüchen auf Geldentschädigung aufgrund von Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch eine Ergänzung des § 1922 BGB klarzustellen.[266]

#### f) Sonderfall: Geldentschädigung wegen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts?

In seinem Urteil vom 2.4.2019 (VI ZR 13/18, „Weiterleben als Schaden")[267] hat der VI. Zivilsenat des BGH angedeutet, es könnte einen Anspruch auf Geldentschädigung auch wegen einer Verletzung des Selbstbestimmungsrechts geben, wenn lebenserhaltende Maßnahmen gegen den Willen des Patienten aufrechterhalten werden. Letztlich konnte er dies aber offenlassen, weil ein gegen die im dortigen Fall durchgeführte Sondenernährung stehender Wille des inzwischen verstorbenen Patienten vom Berufungsgericht nicht festgestellt werden konnte. Obwohl das Selbstbestimmungsrecht des Patienten insoweit (auch) dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht entspringt, es sich auch bei einem solchen Anspruch also letztlich um einen Geldentschädigungsanspruch wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts handelte, wäre er vom vorstehend behandelten Anspruch zu unterscheiden. Insbesondere die Vererblichkeitsfrage dürfte hier nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge" der Natur der Sache nach ohne Weiteres zu bejahen sein.

## 3. Hinterbliebenengeld

#### a) Grundsätzliches

Mit Wirkung zum 22.7.2017 wurde in Deutschland das sog. Hinterbliebenengeld eingeführt.[268] § 844 Abs. 3 BGB und die entsprechenden Vorschriften in Spezialgesetzen (§ 86 Abs. 3 AMG, § 32 Abs. 4 S. 5 u. 6 GenTG, § 7 Abs. 3 ProdHaftG, § 12 Abs. 3 UmweltHG, § 28 Abs. 3 AtomG, § 10 Abs. 3 StVG, § 5 Abs. 3 HaftPflG, § 35 Abs. 3 LuftVG) sehen nun – unterhalb der Schwelle einer medizinisch fassbaren eigenen Gesundheitsverletzung und damit unabhängig von den Voraussetzungen der Schockschadensrechtsprechung – für den Fall der Tötung auch eine angemessene Entschädigung in Geld für das **seelische Leid** vor, das ein **Hinterbliebener** erleidet, der zur Zeit der Verletzung in einem besonderen Näheverhältnis zum Getöteten stand. Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld ist Zeichen der Anerkennung für das seelische Leid der Hinterbliebenen, nicht Ausgleich für den Verlust des nahestehenden Menschen.[269]

#### b) Voraussetzungen

Hinterbliebenengeld kommt – anders als Schmerzensgeld auf der Grundlage der Rechtsprechung zum Schockschaden – nur im Falle der **Tötung** und nicht bei (bloß) schweren Verletzungen in Betracht. Voraussetzung ist ein besonderes **persönliches Näheverhältnis** zum Getöteten. Bei Ehegatten, Lebenspartnern, Eltern oder Kindern des Getöteten wird dieses Näheverhältnis gem. § 844 Abs. 3 S. 2 BGB vermutet. Die Vermutung ist – etwa im Falle der Entfremdung – widerlegbar.[270] Auf der anderen Seite ist die Aufzählung nicht abschließend; auch sonstige Personen, die eine besondere soziale Bindung zum Getöteten haben, können anspruchsberechtigt sein. Sie müssen dann aber das besondere Näheverhältnis darlegen und ggf. beweisen.[271]

Nach Art. 229 § 43 EGBGB ist § 844 Abs. 3 BGB – ebenso wie die spezialgesetzlichen Parallelnormen – nur anwendbar, wenn die zum Tode führende Verletzung nach dem 22.7.2017 eingetreten ist.

#### c) Höhe

Die nach **§ 287 ZPO** vorzunehmende Bemessung der Hinterbliebenenentschädigung darf **nicht schematisch** erfolgen. Maßgeblich ist vielmehr die konkrete seelische Beeinträchtigung des betroffenen Hinterbliebenen, es kommt folglich auf die Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalles an. Ähnlich wie beim Schmerzensgeld ist sowohl der Ausgleichs- als auch der Genugtuungsgedanke in den Blick zu nehmen. Die Entschädigung soll dem Hinterbliebenen einen gewissen Ausgleich bieten für die seelischen Beeinträchtigungen, die durch den Tod einer geliebten Person eintreten; auch wenn ein echter Ausgleich nicht möglich ist, soll mit der Entschädigung das mit dem Verlust des Angehörigen verbundene seelische Leid wenigs-

---

261 BGH, Beschl. v. 10.1.2006 – VI ZB 26/05, NJW 2006, 1068.

262 Ausdrücklich offengelassen von BGH, Beschl. v. 18.6.2020 – IX ZB 11/19, NJW-RR 2020, 995 Rn 15; v. 22.5.2014 – IX ZB 72/12, NJW-RR 2014, 1009 Rn 16; Urt. v. 24.3.2011 – IX ZR 180/10, BGHZ 189, 65 Rn 36. Das zur alten Rechtslage (§ 847 Abs. 1 S. 2 BGB a.F., der Übertragbarkeit und Vererblichkeit ausschloss) ergangene Urteil des VI. Zivilsenats des BGH v. 25.2.1969 (VI ZR 241/67, VersR 1969, 519, juris Rn 33), das von Unübertragbarkeit ausging, ist dagegen mit Aufhebung des § 847 Abs. 1 S. 2 BGB a.F. zum 1.7.1990 (BGBl. I 1990, 428) überholt.

263 BGH, Urt. v. 23.5.2017 – VI ZR 261/16, BGHZ 215, 117 Rn 12 ff.; v. 29.11.2016 – VI ZR 530/15, NJW 2017, 800 Rn 8; v. 29.4.2014 – VI ZR 246/12, BGHZ 201, 45 Rn 4 ff; ebenso OLG Köln, Urt. v. 29.5.2018 – 15 U 64/17, juris Rn 709 ff. – „Kohl-Protokolle".

264 BGH, Urt. v. 29.11.2021 – 258/18, BGHZ 232, 68 Rn 10 ff.; die Verfassungsbeschwerde der unterlegenen Klägerin wurde nicht zur Entscheidung angenommen, BVerfG, Beschl. v. 24.10.2022 – 1 BvR 110/22, NJW 2023, 757.

265 Vgl. statt vieler: Götting, GRUR 2022, 369 (373 f.); Gsell, NJW 2022, 868 (871); Hager, JA 2022, 338 (339); BeckOGK BGB/Brand, 1.3.2024, BGB § 253 Rn 43.

266 RegE eines Gesetzes zur Änderung des GVG und zur Vererblichkeit bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen, BT-Drucks 21/15.

267 BGHZ 221, 352 Rn 23; die Verfassungsbeschwerde des unterlegenen Klägers wurde nicht zur Entscheidung angenommen, BVerfG, Beschl. v. 7.4.2022 – 1 BvR 1187/19, juris.

268 BGBl I 2017, 2421; eine erste Bilanz ziehend Wagner, r+s 2025, 241.

269 Vgl. BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 13 f.

270 Vgl. BGH, Beschl. v. 18.5.2020 – 6 StR 48/20, DAR 2020, 465 (466).

271 Müller, VersR 2017, 321 (323).

tens gelindert werden. Zugleich soll die Hinterbliebenenentschädigung aber auch dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Hinterbliebenen für das, was er ihm durch die Herbeiführung des Todes einer geliebten Person angetan hat, Genugtuung schuldet.[272]

Maßgeblich sind im Wesentlichen die **Intensität und Dauer des erlittenen seelischen Leids** sowie der Grad des Verschuldens des Schädigers. Dabei lässt sich aus der Art des Näheverhältnisses, der Bedeutung des Verstorbenen für den Anspruchsteller und der Qualität der tatsächlich gelebten Beziehung auf die Intensität des seelischen Leids rückschließen.[273] Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Hinterbliebenen sind nach der Rechtsprechung des BGH dagegen wie bei § 253 BGB nur dann zu berücksichtigen, wenn sie sich auf seine seelische Verfassung prägend ausgewirkt haben.[274] Der im Gesetzentwurf zur Einführung des Hinterbliebenengeldes genannte Betrag von **€ 10 000**[275] bietet im Ergebnis eine **Orientierungshilfe**, von der allerdings im Einzelfall sowohl nach unten als auch nach oben abgewichen werden kann.[276] Ohnehin ist auch beim Hinterbliebenengeld der allgemeinen **Geldentwertung** Rechnung zu tragen, weshalb die einschlägigen Vergleichsentscheidungen in den „SchmerzensgeldBeträgen" ebenfalls **indexiert** ausgewiesen werden. Mittelbar und im Laufe der Zeit dürfte so auch die „Orientierungsmarke" von € 10.000 an Bedeutung verlieren.

Zu beachten ist jedoch, dass der dem Hinterbliebenen im Einzelfall zuerkannte Betrag im Regelfall hinter demjenigen zurückbleiben muss, der ihm zustände, wenn das von ihm erlittene seelische Leid die Qualität einer Gesundheitsverletzung hätte. Im **Verhältnis zum** Anspruch auf Zahlung eines **Schmerzensgeldes**, das mehr, nämlich eine eigene Gesundheitsverletzung voraussetzt, besteht folglich zur Vermeidung von Wertungswidersprüchen ein **Abstandsgebot**.[277]

#### d) Verhältnis zu anderen Vorschriften

*aa) Verhältnis zum Schockschaden*

Bei dem Hinterbliebenengeld nach § 844 Abs. 3 BGB und dem Schockschadensersatz handelt es sich im Hinblick auf deren Rechtsnatur, Anwendungsbereich und Voraussetzungen um **unterschiedliche materielle Rechtsinstitute**.[278] Soweit entweder nur die Voraussetzungen des Anspruchs auf Schockschaden, nicht aber auf Hinterbliebenengeld (z.B. weil der Angehörige „nur" schwer verletzt wurde) oder nur die Voraussetzungen des Anspruchs auf Hinterbliebenengeld, nicht aber auf Schockschaden (z.B. weil beim Hinterbliebenen keine Gesundheitsverletzung, sondern „nur" Trauer festgestellt werden kann) vorliegen, stehen die Ansprüche nebeneinander. In diesem Fall ist lediglich das unter c) erläuterte **Abstandsgebot** zu beachten.

Im **Überschneidungsbereich**, also wenn sowohl die Voraussetzungen auf Ersatz eines Schockschadens als auch die auf Zahlung eines Hinterbliebenengeldes vorliegen, geht nach dem eindeutigen Willen des Gesetzgebers „der Anspruch auf Ersatz des Schockschadens dem Anspruch auf Hinterbliebenengeld vor, bzw. letzterer geht in erstgenanntem auf".[279] Es handelt sich insoweit um den seltenen Fall einer **Anspruchskonsumtion**, um eine Doppelkompensation zu vermeiden. Die Frage ist allerdings in der Literatur nicht unumstritten[280] und höchstrichterlich noch nicht entschieden.

**Prozessual** dürfte es sich bei einem Antrag auf Zahlung eines Geldbetrages wegen des Verlustes eines Angehörigen im Überscheidungsbereich von Schockschaden und Hinterbliebenengeld in der Regel um einen **einheitlichen Streitgegenstand** (§ 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO) handeln, unabhängig davon, ob der Anspruch materiell letztlich aus § 823 BGB (Schockschaden) oder aus § 844 Abs. 3 BGB (Hinterbliebenengeld) hergeleitet wird; die Stellung eines Hilfsantrages[281] dürfte daher in aller Regel prozessual entbehrlich sein.

*bb) Haftungsbeschränkung im Unfallversicherungsrecht*

Anders als im Fall des Schockschadens[282] gilt das unfallversicherungsrechtliche Haftungsprivileg für **Arbeitsunfälle** (§§ 104 Abs. 1, 105 Abs. 1 SGB VII) auch für das Hinterbliebenengeld. Die Verlagerung des Schadensausgleichs in den sozialrechtlichen Bereich erfasst auch die Angehörigen, die in den Schutz des Betriebsfriedens einbezogen werden.[283]

## 4. Schadensersatz wegen Verstoßes gegen die DSGVO

### a) Grundsätzliches

Nach Art. 82 Abs. 1 DSGVO hat jede Person, der wegen eines Verstoßes gegen die DSGVO, also wegen eines Fehlers bei der Verarbeitung **personenbezogener Daten** i.S.d. Art. 2 Abs. 1 DSGVO ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist, **unmittelbar aus dem Unionsrecht** Anspruch auf Schadensersatz gegen den Verantwortlichen (Art. 4 Nr. 7 DSGVO)[284] oder gegen den Auftragsverarbeiter (Art. 4 Nr. 8 DSGVO). Es handelt sich um eine **Haftung für vermutetes Verschulden**, bei der dem Verantwortlichen der Beweis obliegt, nicht für den Umstand, durch den der Schaden eingetreten ist, verantwortlich zu sein (Art. 82 Abs. 3, ErwG 146 S. 2 DSGVO).[285] Der Anspruch dient allein dem Ausgleich des entstandenen Schadens; ein darüber hinausgehender Straf- oder

---

[272] BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 13 f., m.w.N.

[273] BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 15; vgl. auch Urt. v. 23.5.2023 – VI ZR 161/22, VersR 2023, 1036.

[274] BGH, Urt. v. 23.5.2023 – VI ZR 161/22, VersR 2023, 1036.

[275] Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld, BT-Drucks 18/11397, 11.

[276] BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 18.

[277] Vgl. BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 21; a.A. Jansen, JZ 2024, 64 (69).

[278] BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 17; v. 8.2.2022 – VI ZR 3/21, BGHZ 233, 1 Rn 33.

[279] BT-Drucks 18/11397, 12; OLG Köln, Urt. v. 5.5.2022 – 18 U 168/21, VersR 2022, 1109, juris Rn 52; LG Leipzig, Urt. v. 8.11.2019 – 5 O 758/19, DAR 2021, 95; LG Tübingen, Urt. v. 17.5.2019 – 3 O 108/18, NZV 2019, 626 (627); MüKoBGB/Wagner, 9. Aufl., § 844 Rn 112; Lang/Bucka, DAR 2020, 445 (450); Lang/Nugel, VersR 2023, 1416 (1421); jeweils m.w.N.

[280] Vgl. zur Gegenauffassung etwa Lenz, r+s 2025, 1122; Staudinger, DAR 2019, 601 f.: kumulativer Anspruch; differenzierend: BeckOGK BGB/Eichelberger, BGB, Stand 1.4.2026, § 844 Rn 261; offengelassen: OLG Celle, NJW-RR 2022, 1472 Rn 46; jeweils m.w.N.

[281] Vgl. dazu aber Quaisser, NZV 2025, 8 (11 in Fn 40).

[282] Hierzu BGH, Urt. v. 6.2.2007 – VI ZR 55/06, NJW-RR 2007, 1395.

[283] BGH, Urt. v. 8.2.2022 – VI ZR 3/21, BGHZ 233, 1 Rn 12 ff.; krit. Huber, SVR 2025, 4 (9).

[284] Zur fortdauernden Verantwortlichkeit bei Einschaltung eines Auftragsverarbeiters s. BGH, Urt. v. 11.11.2025 – VI ZR 396/24, NJW 2026, 523 Rn 16 ff.

[285] EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 28; Urt. v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn. 94.

Sanktionscharakter wohnt dem Anspruch nicht inne (**Ausgleichsfunktion**).[286]

Der auszugleichende Schaden ist freilich nicht zu gering anzusetzen, ein Datenschutzverstoß nicht als lässliche Sünde einzuordnen: Nach der maßgeblichen Rechtsprechung des EuGH wiegt der durch eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten entstandene Schaden vielmehr **seiner Natur nach nicht weniger schwer als eine Körperverletzung**.[287]

Die Details der unionsrechtlichen Vorgaben unterliegen der steten weiteren Konturierung durch den EuGH und – soweit es wie etwa bezüglich der Anspruchshöhe innerstaatlichen Spielräume gibt – durch die Rechtsprechung von BGH und BAG. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung nahezu aller Lebensbereiche und der damit zwangsläufig einhergehenden Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 12 DSGVO) lässt sich aber schon jetzt sagen, dass es sich bei dem Anspruch aus Art. 82 DSGVO um eine **zentrale Haftungsnorm** handelt.[288]

**b) Voraussetzungen**

Der Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DSGVO beruht auf den folgenden drei Voraussetzungen, die kumulativ vorliegen müssen und vom Anspruchsteller darzulegen und zu beweisen sind:[289]

1. Verstoß gegen die DSGVO
2. Entstehung eines Schadens, materiell oder immateriell
3. Kausalzusammenhang zwischen Verstoß und Schaden

Ein Verschulden des Verantwortlichen wird dagegen im Falle eines Datenschutzverstoßes grundsätzlich vermutet; die Beweislast fehlenden Verschuldens liegt daher beim Verantwortlichen (Beweislastumkehr).[290] Im Einzelnen:

*aa) Verstoß gegen die DSGVO*

Haftungsbegründend kann jeder Verstoß gegen die DSGVO (Art. 82 Abs. 1 DSGVO), genauer: **jede nicht der DSGVO entsprechende Verarbeitung personenbezogener Daten** (Art. 82 Abs. 2, ErwG 146 S. 1 DSGVO) sein. „Verarbeitung" ist nach Art. 4 Nr. 2 DSGVO das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, der Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung von personenbezogenen Daten; in Betracht kommen damit Verstöße z.B. gegen Art. 5, 6, 24 und 32 DSGVO.[291] Eine Verletzung der Sicherheit der Daten (Art. 4 Nr. 12 DSGVO) muss mit dem Verstoß als solchem nicht notwendig verbunden sein, dies kann aber für die Frage eines ersatzfähigen Schadens relevant werden. Im Unterschied zum Anspruch auf Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts (dazu oben unter 2.c) muss der Verstoß auch **nicht von besonderer Schwere** sein.[292]

Eine **wichtige Ausnahme** gilt es dabei zu beachten: Die Datenverarbeitung zu **journalistischen Zwecken** unterfällt in Deutschland grundsätzlich nicht dem Anwendungsbereich der DSGVO und damit auch nicht dem Ersatzanspruch aus Art. 82 Abs. 1 DSGVO, weil die Länder insoweit von der Öffnungsklausel des Art. 85 Abs. 2 DSGVO Gebrauch gemacht haben (sog. **Medienprivileg**).[293] Eine unrechtmäßige Presseberichterstattung kann daher, auch wenn sich ihre Rechtswidrigkeit gerade aus der Verwendung personenbezogener Daten (z.B. dem Namen oder einem Bild) des Betroffenen ergibt, weiterhin nur unter den strengeren Voraussetzungen des Geldentschädigungsanspruchs (oben 2.c) zu einem Ausgleich immateriellen Schadens führen.

Im Anwendungsbereich der DSGVO kann der Betroffene nach Art. 82 Abs. 2 DSGVO nicht nur jeden für die Verarbeitung personenbezogener Daten Verantwortlichen (Art. 4 Nr. 7 DSGVO), sondern, soweit vorhanden, auch jeden Auftragsverarbeiter (Art. 4 Nr. 8 DSGVO) in Anspruch nehmen. Die Anspruchsverpflichteten haften als **Gesamtschuldner** (Art. 82 Abs. 4, ErwG 146 S. 7 ff. DSGVO).

Der Verstoß gegen die DSGVO muss von dem Verantwortlichen verschuldet sein. Dessen **Verschulden** wird aber im Sinne einer Beweislastumkehr zugunsten des Betroffenen solange **vermutet**, bis der Verantwortliche nachgewiesen hat, dass er in keinerlei Hinsicht für den Umstand, durch den der Schaden entstanden ist, verantwortlich ist (Art. 82 Abs. 3, ErwG 74, 146 S. 2 DSGVO).[294] Der **Entlastungsbeweis** ist geführt, wenn der Verantwortliche im konkreten Fall nachweist, alle nach Art. 24 und Art. 32 DSGVO gebotenen Maßnahmen technischer und organisatorischer Art getroffen zu haben.[295] Hierfür gelten strenge Anforderungen. Für eine Haftungsbefreiung reicht es nicht aus, sich auf das Fehlverhalten nachgeordneter Personen zu berufen, die Weisungen nicht befolgt hätten.[296] Wurde die Verletzungshandlung von Dritten (Art. 4 Nr. 10 DSGVO), etwa Cyberkriminellen/Hackern begangen, muss der Verantwortliche zu seiner Entlastung nachweisen, dass das von ihm vorgehaltene Schutzniveau insb. unter Berücksichtigung des Stands der Technik (Art. 32 Abs. 1 DSGVO) angemessen war.[297]

*bb) Schaden*

Der unionsrechtliche Begriff des Schadens i.S.d. Art. 82 Abs. 1 DSGVO ist unabhängig von nationalen Vorstellungen, d.h. autonom und in der gesamten Union einheitlich[298] „**weit** auf eine Art und Weise [auszulegen], die den Zielen [der DSGVO] in vollem Umfang entspricht" (ErwG 146 S. 3). Maßgeblich ist letztlich die Rechtsprechung des EuGH. Danach handelt es

---

286 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 22.

287 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 39.

288 Insb. im Arbeitsrecht gehört Art. 82 DSGVO schon jetzt zum Arsenal nahezu eines jeden Kündigungsschutzstreits.

289 EuGH, Urt. 11.4.2024 – C-741/21 Rn 34 f.

290 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 28; Urt. v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 94.

291 Vgl. EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 42 f.; v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 52 f. Fraglich ist dagegen, ob auch eine Verletzung des Auskunftsrechts (Art. 15 DSGVO) bereits einen Anspruch aus Art. 82 DSGVO auslösen kann, s. dazu den EuGH-Vorlagebeschluss des BGH vom 20.5.2025 – VI ZR 53/23.

292 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 30. Dies ist durchaus bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht das „Mutterrecht" des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ist (vgl. BVerfG, Urt. v. 15.12.1983 – 1 BvR 209/83 u.a., BVerfGE 65, 1), dessen Schutz die DSGVO dient.

293 BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 18.

294 BGH, Urt. v. 11.11.2025 – VI ZR 396/24, NJW 2026, 523 Rn 13, 23; v. 18.12.2025 – I ZR 97/25, NJW 2026, 845 Rn 62.

295 EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 38 ff.; v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 96; v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 52.

296 EuGH, Urt. v. 11.4.2024 – C-741/21, NJW 2024, 1561 Rn 51 ff.

297 EuGH, Urt. v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 71 ff.

298 EuGH, Urt. v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 29 f.

sich – dem Wortlaut des Art. 82 Abs. 1 DSGVO folgend – beim Entstehen eines Schadens um eine **eigenständige Anspruchsvoraussetzung**. Das Vorliegen eines Datenschutzverstoßes reicht für sich genommen nicht für die Begründung des Anspruchs aus,[299] der Eintritt eines **individuellen Schadens des Betroffenen** ist neben dem Datenschutzverstoß vielmehr zusätzlich zu prüfen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass insofern **keine Bagatellgrenze** existiert, der Schaden also keine wie auch immer geartete Erheblichkeitsschwelle überschreiten muss.[300]

Im Ergebnis können auch die durch einen Verstoß gegen die DSGVO ausgelösten negativen Gefühle wie z.B. Sorge oder Ärger[301] und die **Befürchtung** des Betroffenen, seine personenbezogenen Daten könnten von Dritten missbraucht werden, sowie der – auch nur kurzzeitige – **Verlust der Kontrolle** über personenbezogene Daten schon einen immateriellen Schaden i.S.d. Art. 82 Abs. 1 DSGVO darstellen (vgl. ErwG 75, 85).[302] Zu einem darüberhinausgehenden Identitätsdiebstahl infolge des Kontrollverlustes muss es nicht gekommen sein.[303] Der Kontrollverlust selbst ist aber vom Betroffenen nachzuweisen; die bloße Behauptung eines befürchteten Kontrollverlustes genügt ebenso wenig[304] wie das nur hypothetisch gebliebene Risiko einer missbräuchlichen Verwendung in einem Fall, in dem der unbefugte Dritte nachweislich keine Kenntnis von den personenbezogenen Daten des Betroffenen genommen hat.[305]

*cc) Kausalzusammenhang*

Der haftungsbegründende Verstoß gegen die DSGVO muss **ursächlich** für den entstandenen individuellen Schaden des Betroffenen gewesen sein (vgl. Art. 82 Abs. 1 DSGVO: *„wegen eines Verstoßes … Schaden entstanden“*).[306] Eine **Mitursächlichkeit** reicht insoweit nach allgemeinen Grundsätzen aus; insbesondere hindert auch das vorsätzliche **Hinzutreten Dritter** (z.B. Hacker), die sich eine unzureichende Sicherung von personenbezogenen Daten zunutze machen und diese abgreifen, den Kausalzusammenhang zwischen unzureichender Sicherung der Daten durch den Verantwortlichen und dem durch den Datendiebstahl entstandenen Schaden nicht.[307]

**c) Höhe**

Die Bemessung der Höhe des nach Art. 82 DSGVO geschuldeten Schadensersatzes richtet sich mangels einer unionsrechtlichen Bestimmung letztlich zwar nach **nationalem Recht**,[308] das **Unionsrecht** macht aber eine Reihe von **Vorgaben**:

- Nach dem **Äquivalenzgrundsatz** dürfen die verfahrensrechtlichen Modalitäten zur Durchsetzung des unionsrechtlichen Anspruchs nicht ungünstiger sein als die diejenigen zur Durchsetzung innerstaatlich begründeter Ansprüche; nach dem **Effektivitätsgrundsatz** darf die Ausübung des unionsrechtlichen Anspruchs diesen nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren.[309]
- Mit dem nach Art. 82 DSGVO zu gewährenden Betrag ist der konkrete (immaterielle) Schaden des Betroffenen **vollständig auszugleichen** (vgl. ErwG 146 S. 6); nicht weniger, aber auch nicht mehr (allein Ausgleichsfunktion). Das bedeutet nach unten, dass auch ein geringfügiger Schaden auszugleichen ist (**keine Bagatellgrenze**),[310] und nach oben, dass der zuzusprechende Betrag nicht über den vollständigen Ersatz des Schadens des Betroffenen hinausgehen darf,[311] auch wenn im Ergebnis nur ein geringer Betrag verbleibt.[312] Insbesondere hat der Anspruch aus Art. 82 DSGVO **keine Strafunktion**, die Zumessungskriterien der Art. 83 f. DSGVO finden folglich keine Anwendung.[313] Die Schwere des Datenschutzverstoßes spielt daher für sich genommen ebenso wenig eine Rolle wie die Anzahl der Verstöße[314] oder der Grad des Verschuldens (soweit dem Schädiger nicht der Entlastungsbeweis gelingt).[315] Auch die Verletzung weiterer Vorschriften (etwa des Berufsrechts) außerhalb der DSGVO ist nicht geeignet, den Anspruch aus Art. 82 DSGVO zu erhöhen, sie kann allerdings zusätzliche Ansprüche auslösen.[316]

Bei Beachtung dieser Vorgaben obliegt die Bemessung des Schadens nach allgemeinen Grundsätzen des deutschen Rechts dem Tatrichter, es gilt **§ 287 ZPO**.[317] Die bisherige Rechtsprechung ist freilich von einer großen Spannbreite geprägt. Es wird Aufgabe von Arbeitshilfen wie dieser sein, für die Zukunft einen verlässlichen Rahmen zur Bemessung des immateriellen Schadens aus Art. 82 DSGVO zu schaffen. Hinsichtlich der **bis in die jüngere Vergangenheit zu Art. 82 DSGVO ergangenen Entscheidungen**[318] ist dagegen höchste **Vorsicht** geboten: Die vor der Konturierung durch die jüngsten EuGH-Entscheidungen ergangenen Entscheidungen deutscher Gerichte sind fast durchgehend (jedenfalls auch) von falschen Bemessungskriterien (z.B. Abschreckungsfunktion, Grad des Verschuldens) ausgegangen und dürften größtenteils überholt sein.

---

299 EuGH, Urt. v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 32 ff.

300 EuGH, Urt. v. 14.12.2023 – C-456/22, EuZW 2024, 166 Rn 12 ff.; v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 45 ff.

301 EuGH, Urt. v. 4.9.2025 – C-655/23, NJW 2025, 3137 Rn 53 ff.

302 EuGH, Urt. v. 4.9.2025 – C-655/23, NJW 2025, 3137 Rn 59 f.; v. 4.10.2024 – C-200/23 Rn 145, 156, 137; v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 66; v. 14.12.2023 – C-456/22, EuZW 2024, 166 Rn 22; v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 82; BGH, Urt. v. 18.11.2024 – VI ZR 10/24, BGHZ 242, 180 Rn 27 ff.; v. 11.11.2025 – VI ZR 396/24, NJW 2026, 523 Rn 27 ff.; v. 18.12.2025 – I ZR 97/25, NJW 2026, 845 Rn 57.

303 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 57.

304 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-590/22 Rn 35.

305 EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 68 f.

306 EuGH, Urt. v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 32 ff.

307 Vgl. EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22.

308 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 27.

309 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 32 f.

310 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 44. Im Einzelfall kann allerdings eine Entschuldigung zum Ausgleich genügen, s. EuGH, Urt. v. 4.10.2024 – C-507/24, NJW 2025, 141 Rn 30 ff.

311 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-590/22 Rn 41.

312 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 45.

313 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 22; v. 11.4.2024 – C-741/21, NJW 2024, 1561 Rn 56.

314 EuGH, Urt. v. 11.4.2024 – C-741/21, NJW 2024, 1561 Rn 64.

315 EuGH, Urt. v. 4.9.2025 – C-655/23, NJW 2025, 3137 Rn 73; v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 103.

316 EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-590/22 Rn 45 ff.

317 Zu den insoweit bestehenden Vorgaben ausführlich BGH, Urt. v. 18.11.2024 – VI ZR 10/24, BGHZ 242, 180 Rn 98 ff.

318 Vgl. dazu etwa die lfd. Nrn. 3266, 3267, 3326, 3350, 3353, 3355, 3362, 3363, 3364, 3385, 3386, 3383, 3387 der Schmerzensgeldtabelle.

# B. Entscheidungen deutscher Gerichte


**Verzeichnis der Urteile** ... 37

## I. Zusammenstellung nach Art der Verletzung ... 49

**Arm** ... 49
- Amputation ... 49
- Bruch ... 52
  - Oberarmbruch ... 55
  - Unterarmbruch ... 64
  - Ellenbogen ... 74
  - Sonstiger Armbruch ... 78
- Sonstige Verletzungen ... 78

**Becken** ... 84
- Bruch ... 84
- Sonstige Verletzungen ... 90

**Bein** ... 91
- Prellungen, Blutergüsse und allg. Verletzungen ... 92
- Knie ... 94
  - Bruch ... 96
  - Sonstige Verletzungen ... 111
  - Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä. ... 117
  - Arthrose ... 127
- Oberschenkel ... 128
  - Amputation ... 128
  - Bruch ... 132
  - Sonstige Verletzungen ... 148
  - Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä. ... 150
- Unterschenkel ... 151
  - Amputation ... 151
  - Bruch ... 155
  - Sonstige Verletzungen ... 177
  - Verletzungen, Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä. ... 179

**Brust und Brustkorb** ... 179
- Bruch ... 180
- Quetschungen, Prellungen und sonstige Verletzungen ... 182
- Rippenbruch ... 186

**Fuß mit Sprunggelenk** ... 189
- Amputation ... 190
- Bruch (auch Knöchelbruch) ... 191
- Sonstige Verletzungen ... 214
- Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä. ... 219
- Arthrose ... 221
- Zehe (Bruch und sonstige Verletzungen) ... 222

**Geschlechtsorgane/Sexualstörungen** ... 224
- männlich ... 224
- weiblich ... 227
  - Amputation Brust ... 233

**Gesicht** ... 236
- Bruch ... 236
  - durch vorsätzliche Körperverletzung ... 241
- Allgemeine Verletzungen (Nase, Stirn, Lippen, Zunge, etc.) ... 244
  - durch vorsätzliche Körperverletzung ... 247
- Gesichtsnarben und -entstellungen ... 249
  - durch vorsätzliche Körperverletzung ... 250
- Kieferverletzungen und Kieferbrüche ... 251
  - durch vorsätzliche Körperverletzung ... 254
- Zahnbeschädigung, Zahnverlust, Zahnschmerzen ... 255
  - durch vorsätzliche Körperverletzung ... 257
  - sonstige ... 259

**Hals** ... 260
- Allgemeine Verletzungen ... 260

**Hand, Handgelenk, Finger** ... 265
- Amputation ... 265
- Bruch ... 267
- Sonstige Verletzungen ... 279
- Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä. ... 285

**Hüfte** ... 289
- Bruch ... 289
- Sonstige Verletzungen ... 295
- Arthrose ... 302

**Innere Organe** ... 302
- Bauch und Magen ... 302
- Darm ... 308
- Herz und Kreislauf ... 317
- Leber, Galle ... 321
- Lunge, Luftröhre, Zwerchfell ... 323
- Milz ... 331
- Niere, Blase, Harnröhre ... 334

**Kopf** ... 341
- Gehirnerschütterung ... 341
- Gehirnverletzungen ... 342
  - Schädelhirntrauma 1. Grades ... 366
  - Schädelhirntrauma 2. Grades ... 373
  - Schädelhirntrauma 3. Grades ... 377
- Kopfwunden ... 389
  - durch vorsätzliche Körperverletzung ... 391
- Schädelbruch ... 392
- Prellungen, Blutergüsse ... 396
- Haare ... 399

**Nerven** ... 402
- Epilepsie und sonstige Krampfanfälle ... 403
- Lähmung ... 405
- Zerreißung, Durchtrennung, Reizung, Einklemmung u. Ä. ... 420
- Sensibilitätsausfall und Sensibilitätsstörungen ... 427

**Rücken** ... 428
- Allgemeine Verletzungen ... 429
- Schulter ... 430
  - Bruch (auch Schlüsselbeinbruch) ... 431
  - Sonstige Verletzungen ... 441
  - Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä. ... 444
- Wirbelsäule mit Lendenwirbel ... 453
  - Wirbelsäule (Brustwirbel, Lendenwirbel, Kreuzbein, Steißbein) ... 457
  - HWS-Schleudertrauma und sonstige Verletzungen ... 475
  - Querschnittslähmung ... 522

**Sinnesorgane** ... 540
- Auge ... 540
  - Verletzungen ... 540
  - Verlust oder Beeinträchtigung des Sehvermögens ... 543
  - Verlust des Auges ... 555
- Verlust und Beeinträchtigung von Geruchs- und Geschmackssinn ... 557

Ohr ... 558
Schwerhörigkeit oder Beeinträchtigung des Hörvermögens ... 558
Sonstige Verletzungen ... 563
Stimmbänder, Kehlkopf und sonstige Sprachstörungen ... 565

**Thrombose** ... 568

**II. Häufige Verletzungsarten** ... 570

**Distorsion** ... 570

**Entzündungen und Infektionen** ... 570

**Quetschungen** ... 575

**Risswunden** ... 576

**Schnitt- und Platzwunden** ... 576

**Verbrennungen** ... 577

**Verätzungen, Vergiftungen, Strahlenschäden** ... 584

**Verrenkungen** ... 587

**Versteifung** ... 587

**III. Besondere Verletzungsarten, Verletzungsursachen und Verletzungsfolgen** ... 588

**Aids** ... 588

**Behandlungsfehler, Ärztlicher Kunst- und Aufklärungsfehler** ... 589
Behandlungsfehler ... 592
bei Schönheitsoperationen ... 648
mit Todesfolge ... 653
Zahn ... 662
Fehlende Aufklärung/Einwilligung ... 683

**Datenschutzrechtliche Verstöße** ... 701

**Dekubitus** ... 713

**Geburtsschäden** ... 714
Fehlgeburt, Totgeburt, vorzeitige Wehen u.Ä. ... 714
Hirnschäden ... 716
Sonstige Schäden ... 749

**Freiheitsentziehung** ... 752

**Hundebisswunden und sonstige Verletzungen durch Tiere** ... 759

**Messerstich** ... 779

**Narbe (entstellend)** ... 783

**Persönlichkeitsrechtsverletzung** ... 785
Beleidigung/Ehrverletzung ... 789
Mobbing ... 798
Diskriminierung ... 802
Bild-/Filmaufnahmen ... 805
Presseberichterstattung ... 815
amtliche Informationen ... 819
Sonstiges ... 821

**Polytraumen** ... 831

**Produkthaftung** ... 900

**Psychische Schäden** ... 900
Psychische Primärschäden, insb. Schockschäden und Posttraumatische Belastungsstörung ... 902
durch Miterleben von Unfalltod, Erhalt der Unfallnachricht ... 925
durch Fehldiagnose ... 936
Psychische Folgeschäden nach physischem Primärschaden ... 938
Hinterbliebenengeld ... 955

**Schussverletzung** ... 968

**Sportunfälle** ... 972

**Sterilisation u. Ä.** ... 973

**Ungewollte Schwangerschaft und Geburt** ... 974

**Vergewaltigung, sexueller Missbrauch u. Ä.** ... 976
Erwachsene ... 976
Kinder ... 983

**Verletzung der Verkehrssicherungspflicht** ... 994

**Verletzungen mit Todesfolge** ... 996

**Verzögerliche Schadensregulierung** ... 1011

**Vorsätzliche Körperverletzung** ... 1011

# Verzeichnis der Urteile

## Urteile 1–327


| | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | S. 49 | 59 | S. 66 | 116 | S. 81 | 173 | S. 96 | 229 | S. 114 | 282 | S. 128 |
| 2 | S. 50 | 60 | S. 66 | 117 | S. 81 | 174 | S. 96 | 230 | S. 114 | 283 | S. 129 |
| 4 | S. 50 | 61 | S. 67 | 118 | S. 82 | 176 | S. 97 | 231 | S. 114 | 284 | S. 129 |
| 5 | S. 50 | 63 | S. 67 | 119 | S. 82 | 177 | S. 97 | 232 | S. 114 | 285 | S. 130 |
| 6 | S. 51 | 64 | S. 67 | 120 | S. 82 | 178 | S. 97 | 233 | S. 115 | 286 | S. 130 |
| 7 | S. 51 | 65 | S. 68 | 121 | S. 82 | 179 | S. 98 | 234 | S. 115 | 287 | S. 131 |
| 8 | S. 52 | 66 | S. 68 | 122 | S. 83 | 181 | S. 98 | 235 | S. 115 | 288 | S. 131 |
| 9 | S. 52 | 67 | S. 68 | 124 | S. 84 | 182 | S. 98 | 236 | S. 115 | 289 | S. 131 |
| 10 | S. 53 | 68 | S. 69 | 125 | S. 84 | 183 | S. 99 | 237 | S. 116 | 290 | S. 132 |
| 11 | S. 54 | 69 | S. 70 | 126 | S. 84 | 184 | S. 99 | 238 | S. 116 | 291 | S. 132 |
| 12 | S. 55 | 71 | S. 70 | 128 | S. 85 | 185 | S. 100 | 239 | S. 116 | 292 | S. 133 |
| 16 | S. 55 | 72 | S. 70 | 129 | S. 85 | 186 | S. 100 | 240 | S. 116 | 293 | S. 133 |
| 18 | S. 55 | 73 | S. 71 | 130 | S. 85 | 187 | S. 100 | 241 | S. 116 | 294 | S. 133 |
| 19 | S. 56 | 74 | S. 71 | 131 | S. 85 | 189 | S. 100 | 242 | S. 117 | 295 | S. 133 |
| 20 | S. 56 | 75 | S. 71 | 132 | S. 85 | 190 | S. 101 | 243 | S. 117 | 296 | S. 133 |
| 21 | S. 56 | 76 | S. 71 | 133 | S. 86 | 191 | S. 101 | 244 | S. 117 | 297 | S. 134 |
| 22 | S. 56 | 77 | S. 72 | 134 | S. 86 | 192 | S. 101 | 245 | S. 117 | 298 | S. 134 |
| 23 | S. 56 | 78 | S. 72 | 135 | S. 86 | 193 | S. 102 | 246 | S. 118 | 299 | S. 134 |
| 24 | S. 56 | 79 | S. 72 | 136 | S. 86 | 194 | S. 102 | 247 | S. 118 | 300 | S. 134 |
| 25 | S. 56 | 80 | S. 72 | 137 | S. 87 | 195 | S. 103 | 248 | S. 118 | 301 | S. 135 |
| 26 | S. 57 | 81 | S. 72 | 138 | S. 87 | 196 | S. 104 | 249 | S. 118 | 302 | S. 135 |
| 27 | S. 57 | 82 | S. 73 | 139 | S. 87 | 197 | S. 104 | 250 | S. 119 | 303 | S. 135 |
| 28 | S. 57 | 83 | S. 73 | 140 | S. 88 | 198 | S. 104 | 251 | S. 119 | 304 | S. 135 |
| 29 | S. 57 | 84 | S. 73 | 141 | S. 88 | 199 | S. 104 | 252 | S. 119 | 305 | S. 136 |
| 30 | S. 57 | 85 | S. 74 | 142 | S. 88 | 200 | S. 105 | 253 | S. 119 | 306 | S. 136 |
| 31 | S. 58 | 86 | S. 74 | 143 | S. 89 | 201 | S. 105 | 254 | S. 120 | 307 | S. 136 |
| 32 | S. 58 | 87 | S. 75 | 144 | S. 89 | 202 | S. 106 | 256 | S. 120 | 308 | S. 136 |
| 33 | S. 58 | 88 | S. 76 | 145 | S. 90 | 203 | S. 106 | 257 | S. 120 | 309 | S. 136 |
| 34 | S. 58 | 90 | S. 76 | 146 | S. 90 | 204 | S. 106 | 258 | S. 121 | 310 | S. 137 |
| 35 | S. 58 | 91 | S. 77 | 147 | S. 90 | 205 | S. 106 | 259 | S. 121 | 311 | S. 137 |
| 36 | S. 59 | 92 | S. 77 | 148 | S. 91 | 206 | S. 106 | 260 | S. 121 | 312 | S. 137 |
| 37 | S. 59 | 93 | S. 78 | 149 | S. 91 | 207 | S. 107 | 261 | S. 121 | 313 | S. 137 |
| 38 | S. 59 | 94 | S. 78 | 150 | S. 91 | 208 | S. 107 | 262 | S. 122 | 314 | S. 138 |
| 39 | S. 60 | 95 | S. 78 | 151 | S. 91 | 209 | S. 108 | 263 | S. 122 | 315 | S. 138 |
| 40 | S. 60 | 96 | S. 78 | 152 | S. 92 | 210 | S. 109 | 264 | S. 122 | 316 | S. 138 |
| 41 | S. 61 | 97 | S. 79 | 153 | S. 92 | 211 | S. 111 | 265 | S. 123 | 317 | S. 138 |
| 42 | S. 61 | 98 | S. 79 | 156 | S. 92 | 213 | S. 111 | 266 | S. 123 | 318 | S. 139 |
| 43 | S. 61 | 99 | S. 79 | 157 | S. 93 | 214 | S. 111 | 267 | S. 123 | 319 | S. 139 |
| 44 | S. 62 | 100 | S. 79 | 158 | S. 93 | 215 | S. 112 | 268 | S. 124 | 320 | S. 139 |
| 46 | S. 62 | 101 | S. 79 | 159 | S. 93 | 217 | S. 112 | 269 | S. 124 | 321 | S. 139 |
| 47 | S. 62 | 102 | S. 79 | 160 | S. 93 | 218 | S. 112 | 270 | S. 124 | 322 | S. 140 |
| 48 | S. 64 | 103 | S. 80 | 161 | S. 93 | 219 | S. 112 | 271 | S. 125 | 323 | S. 140 |
| 49 | S. 64 | 104 | S. 80 | 162 | S. 93 | 220 | S. 112 | 272 | S. 125 | 325 | S. 140 |
| 50 | S. 64 | 107 | S. 80 | 163 | S. 94 | 221 | S. 112 | 273 | S. 125 | 326 | S. 141 |
| 52 | S. 65 | 109 | S. 80 | 164 | S. 94 | 222 | S. 112 | 274 | S. 125 | 327 | S. 141 |
| 53 | S. 65 | 110 | S. 80 | 165 | S. 94 | 223 | S. 113 | 275 | S. 126 | | |
| 54 | S. 65 | 111 | S. 81 | 166 | S. 95 | 224 | S. 113 | 276 | S. 126 | | |
| 55 | S. 65 | 112 | S. 81 | 167 | S. 95 | 225 | S. 113 | 277 | S. 126 | | |
| 56 | S. 65 | 113 | S. 81 | 170 | S. 96 | 226 | S. 113 | 279 | S. 127 | | |
| 57 | S. 65 | 114 | S. 81 | 171 | S. 96 | 227 | S. 113 | 280 | S. 127 | | |
| 58 | S. 66 | 115 | S. 81 | 172 | S. 96 | 228 | S. 114 | 281 | S. 128 | | |

## Urteile 328–659


328 S. 141
329 S. 143
330 S. 143
331 S. 144
332 S. 144
333 S. 145
334 S. 145
335 S. 145
336 S. 146
337 S. 146
338 S. 147
339 S. 147
340 S. 147
341 S. 147
342 S. 148
343 S. 148
345 S. 148
346 S. 148
347 S. 149
348 S. 149
349 S. 149
350 S. 149
351 S. 149
352 S. 150
353 S. 150
354 S. 150
355 S. 150
356 S. 151
358 S. 151
359 S. 151
360 S. 152
361 S. 152
362 S. 152
363 S. 152
364 S. 152
366 S. 153
367 S. 153
368 S. 154
369 S. 154
370 S. 155
372 S. 155
373 S. 155
374 S. 156
375 S. 156
376 S. 156
377 S. 157
378 S. 157
379 S. 158
380 S. 158
381 S. 158
382 S. 158
383 S. 158
384 S. 159
385 S. 159
386 S. 159
387 S. 159
388 S. 160
389 S. 160
390 S. 161
391 S. 161
392 S. 162
393 S. 162
394 S. 163
395 S. 163
396 S. 163
397 S. 164
398 S. 164
399 S. 164
400 S. 164
401 S. 165
402 S. 165
404 S. 165
405 S. 165
406 S. 166
407 S. 166
408 S. 166
409 S. 167
410 S. 167
411 S. 167
412 S. 168
414 S. 168
415 S. 169
416 S. 169
417 S. 169
418 S. 169
419 S. 170
420 S. 170
422 S. 170
423 S. 171
424 S. 171
425 S. 172
426 S. 172
427 S. 172
428 S. 172
429 S. 173
430 S. 173
431 S. 174
432 S. 174
433 S. 175
434 S. 175
435 S. 175
436 S. 175
437 S. 176
438 S. 176
439 S. 177
440 S. 177
441 S. 177
442 S. 177
443 S. 177
444 S. 177
445 S. 177
447 S. 178
448 S. 178
449 S. 178
450 S. 178
451 S. 178
452 S. 178
453 S. 179
454 S. 179
456 S. 180
457 S. 180
459 S. 180
460 S. 180
461 S. 181
462 S. 181
463 S. 181
464 S. 181
465 S. 182
466 S. 182
467 S. 182
468 S. 182
469 S. 182
470 S. 183
471 S. 183
472 S. 183
473 S. 183
474 S. 183
475 S. 183
476 S. 184
477 S. 184
478 S. 184
479 S. 184
481 S. 184
482 S. 184
483 S. 184
484 S. 185
485 S. 185
486 S. 185
487 S. 185
488 S. 185
489 S. 185
490 S. 185
491 S. 186
493 S. 186
494 S. 186
496 S. 186
497 S. 187
498 S. 187
499 S. 187
500 S. 187
501 S. 188
502 S. 188
503 S. 188
504 S. 188
505 S. 188
506 S. 188
507 S. 189
508 S. 190
509 S. 190
510 S. 190
511 S. 191
512 S. 191
513 S. 191
514 S. 191
516 S. 191
518 S. 192
519 S. 192
522 S. 192
523 S. 192
524 S. 193
525 S. 193
526 S. 193
527 S. 193
529 S. 193
530 S. 193
531 S. 194
532 S. 194
533 S. 194
534 S. 194
535 S. 195
536 S. 195
537 S. 195
538 S. 195
540 S. 195
541 S. 196
542 S. 196
544 S. 196
545 S. 197
546 S. 197
547 S. 197
548 S. 197
549 S. 198
551 S. 198
552 S. 198
553 S. 199
554 S. 199
555 S. 199
557 S. 200
558 S. 200
559 S. 200
560 S. 200
561 S. 200
562 S. 200
563 S. 201
564 S. 201
565 S. 201
566 S. 201
567 S. 202
568 S. 202
569 S. 202
570 S. 203
571 S. 203
573 S. 203
574 S. 203
575 S. 204
576 S. 204
577 S. 204
579 S. 205
580 S. 205
581 S. 205
582 S. 206
583 S. 206
584 S. 206
585 S. 207
586 S. 207
587 S. 207
588 S. 208
589 S. 208
590 S. 208
591 S. 208
592 S. 209
593 S. 209
594 S. 209
595 S. 210
596 S. 210
598 S. 211
599 S. 211
601 S. 212
602 S. 212
603 S. 212
604 S. 213
605 S. 213
606 S. 213
607 S. 214
608 S. 214
609 S. 214
610 S. 214
611 S. 215
612 S. 215
613 S. 215
614 S. 215
615 S. 215
616 S. 215
617 S. 215
618 S. 215
619 S. 215
620 S. 216
621 S. 216
622 S. 216
623 S. 217
624 S. 217
625 S. 217
626 S. 218
628 S. 218
629 S. 219
631 S. 219
632 S. 220
633 S. 220
634 S. 220
635 S. 221
638 S. 222
639 S. 222
640 S. 222
641 S. 222
642 S. 222
643 S. 222
644 S. 222
645 S. 223
646 S. 223
647 S. 224
648 S. 224
649 S. 224
650 S. 224
651 S. 225
652 S. 225
653 S. 225
654 S. 226
656 S. 226
657 S. 226
659 S. 226

## Urteile 660–1010


| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 660 | S. 226 | 721 | S. 239 | 778 | S. 249 | 836 | S. 258 | 902 | S. 272 | 955 | S. 286 |
| 661 | S. 227 | 722 | S. 240 | 779 | S. 249 | 837 | S. 258 | 903 | S. 273 | 956 | S. 286 |
| 662 | S. 227 | 723 | S. 240 | 780 | S. 249 | 840 | S. 258 | 905 | S. 273 | 957 | S. 287 |
| 663 | S. 227 | 724 | S. 240 | 782 | S. 249 | 841 | S. 258 | 906 | S. 274 | 958 | S. 287 |
| 665 | S. 806 | 725 | S. 240 | 783 | S. 249 | 842 | S. 258 | 907 | S. 274 | 959 | S. 287 |
| 666 | S. 228 | 727 | S. 241 | 784 | S. 249 | 843 | S. 259 | 908 | S. 274 | 960 | S. 287 |
| 667 | S. 228 | 728 | S. 241 | 785 | S. 249 | 844 | S. 259 | 909 | S. 274 | 961 | S. 287 |
| 668 | S. 229 | 729 | S. 241 | 786 | S. 249 | 845 | S. 259 | 910 | S. 275 | 962 | S. 288 |
| 669 | S. 229 | 730 | S. 241 | 787 | S. 250 | 846 | S. 259 | 911 | S. 275 | 963 | S. 288 |
| 670 | S. 229 | 731 | S. 241 | 789 | S. 250 | 847 | S. 259 | 912 | S. 275 | 964 | S. 289 |
| 671 | S. 230 | 733 | S. 242 | 790 | S. 250 | 848 | S. 260 | 913 | S. 276 | 967 | S. 289 |
| 672 | S. 230 | 734 | S. 242 | 791 | S. 250 | 849 | S. 260 | 914 | S. 276 | 968 | S. 290 |
| 673 | S. 230 | 735 | S. 242 | 792 | S. 250 | 850 | S. 260 | 915 | S. 277 | 970 | S. 291 |
| 674 | S. 230 | 736 | S. 242 | 793 | S. 250 | 852 | S. 260 | 916 | S. 277 | 971 | S. 291 |
| 675 | S. 230 | 739 | S. 242 | 794 | S. 251 | 853 | S. 261 | 917 | S. 277 | 972 | S. 292 |
| 676 | S. 231 | 740 | S. 242 | 796 | S. 251 | 854 | S. 265 | 918 | S. 278 | 973 | S. 292 |
| 678 | S. 231 | 741 | S. 243 | 797 | S. 251 | 855 | S. 265 | 919 | S. 278 | 974 | S. 292 |
| 679 | S. 231 | 742 | S. 243 | 798 | S. 251 | 858 | S. 265 | 920 | S. 278 | 975 | S. 292 |
| 680 | S. 232 | 743 | S. 243 | 799 | S. 251 | 859 | S. 266 | 921 | S. 279 | 976 | S. 293 |
| 681 | S. 232 | 744 | S. 243 | 801 | S. 252 | 860 | S. 266 | 923 | S. 279 | 977 | S. 293 |
| 682 | S. 232 | 745 | S. 243 | 802 | S. 252 | 865 | S. 266 | 924 | S. 279 | 978 | S. 293 |
| 684 | S. 232 | 746 | S. 244 | 803 | S. 252 | 867 | S. 266 | 926 | S. 279 | 979 | S. 293 |
| 685 | S. 233 | 747 | S. 244 | 804 | S. 252 | 868 | S. 267 | 927 | S. 280 | 980 | S. 294 |
| 686 | S. 233 | 748 | S. 244 | 805 | S. 253 | 869 | S. 267 | 928 | S. 280 | 981 | S. 294 |
| 687 | S. 234 | 749 | S. 244 | 806 | S. 253 | 870 | S. 267 | 929 | S. 280 | 982 | S. 294 |
| 689 | S. 234 | 751 | S. 244 | 807 | S. 253 | 874 | S. 268 | 930 | S. 280 | 983 | S. 294 |
| 691 | S. 234 | 752 | S. 245 | 808 | S. 254 | 875 | S. 268 | 931 | S. 280 | 984 | S. 294 |
| 692 | S. 234 | 753 | S. 245 | 809 | S. 254 | 877 | S. 268 | 932 | S. 280 | 985 | S. 295 |
| 693 | S. 235 | 754 | S. 245 | 811 | S. 254 | 878 | S. 268 | 933 | S. 281 | 986 | S. 295 |
| 694 | S. 235 | 755 | S. 245 | 812 | S. 254 | 879 | S. 268 | 934 | S. 281 | 987 | S. 295 |
| 695 | S. 235 | 756 | S. 245 | 813 | S. 254 | 880 | S. 268 | 935 | S. 281 | 988 | S. 295 |
| 696 | S. 238 | 757 | S. 245 | 814 | S. 254 | 881 | S. 268 | 936 | S. 281 | 989 | S. 295 |
| 697 | S. 236 | 758 | S. 245 | 815 | S. 255 | 882 | S. 268 | 937 | S. 281 | 990 | S. 296 |
| 699 | S. 236 | 759 | S. 246 | 816 | S. 255 | 883 | S. 268 | 938 | S. 281 | 991 | S. 296 |
| 700 | S. 236 | 760 | S. 246 | 818 | S. 255 | 884 | S. 269 | 939 | S. 282 | 992 | S. 296 |
| 701 | S. 236 | 761 | S. 246 | 819 | S. 255 | 885 | S. 269 | 940 | S. 282 | 993 | S. 296 |
| 702 | S. 236 | 762 | S. 246 | 820 | S. 255 | 886 | S. 269 | 941 | S. 282 | 995 | S. 296 |
| 703 | S. 236 | 763 | S. 246 | 821 | S. 255 | 887 | S. 269 | 942 | S. 283 | 996 | S. 297 |
| 706 | S. 237 | 764 | S. 247 | 822 | S. 256 | 888 | S. 269 | 943 | S. 283 | 997 | S. 297 |
| 707 | S. 237 | 765 | S. 247 | 823 | S. 256 | 889 | S. 269 | 944 | S. 284 | 998 | S. 297 |
| 708 | S. 237 | 766 | S. 247 | 824 | S. 256 | 891 | S. 270 | 945 | S. 284 | 999 | S. 297 |
| 709 | S. 237 | 767 | S. 247 | 825 | S. 256 | 892 | S. 270 | 946 | S. 284 | 1000 | S. 298 |
| 711 | S. 237 | 768 | S. 248 | 826 | S. 256 | 893 | S. 271 | 947 | S. 285 | 1003 | S. 298 |
| 712 | S. 237 | 769 | S. 248 | 827 | S. 256 | 894 | S. 271 | 948 | S. 285 | 1004 | S. 298 |
| 715 | S. 238 | 770 | S. 248 | 828 | S. 257 | 895 | S. 271 | 949 | S. 285 | 1005 | S. 298 |
| 716 | S. 238 | 771 | S. 248 | 829 | S. 257 | 896 | S. 271 | 950 | S. 285 | 1006 | S. 299 |
| 717 | S. 238 | 772 | S. 248 | 830 | S. 257 | 897 | S. 271 | 951 | S. 285 | 1007 | S. 299 |
| 718 | S. 239 | 773 | S. 248 | 831 | S. 257 | 899 | S. 272 | 952 | S. 285 | 1008 | S. 300 |
| 719 | S. 239 | 774 | S. 248 | 832 | S. 257 | 900 | S. 272 | 953 | S. 286 | 1009 | S. 301 |
| 720 | S. 239 | 775 | S. 248 | 833 | S. 257 | 901 | S. 272 | 954 | S. 286 | 1010 | S. 301 |

## Urteile 1011–1344


1011 S. 302
1012 S. 302
1013 S. 303
1014 S. 303
1015 S. 303
1016 S. 303
1017 S. 303
1018 S. 303
1019 S. 303
1020 S. 304
1021 S. 304
1022 S. 304
1023 S. 304
1024 S. 304
1025 S. 305
1026 S. 305
1027 S. 306
1028 S. 307
1029 S. 308
1030 S. 308
1031 S. 308
1032 S. 308
1033 S. 308
1034 S. 308
1035 S. 309
1036 S. 309
1037 S. 309
1038 S. 310
1039 S. 310
1040 S. 310
1041 S. 311
1042 S. 311
1043 S. 311
1044 S. 311
1045 S. 312
1046 S. 312
1047 S. 312
1048 S. 313
1049 S. 313
1050 S. 313
1051 S. 314
1052 S. 314
1053 S. 314
1054 S. 315
1055 S. 315
1056 S. 316
1057 S. 317
1058 S. 317
1059 S. 317
1060 S. 318
1061 S. 318
1062 S. 318
1063 S. 318
1064 S. 318
1065 S. 319
1066 S. 319
1067 S. 319
1068 S. 320
1069 S. 320
1070 S. 320
1071 S. 320
1072 S. 321
1073 S. 321
1074 S. 321
1075 S. 321
1076 S. 321
1077 S. 322
1078 S. 322
1079 S. 322
1080 S. 322
1081 S. 322
1082 S. 323
1083 S. 323
1084 S. 323
1085 S. 324
1086 S. 324
1087 S. 324
1088 S. 324
1089 S. 324
1090 S. 324
1091 S. 325
1092 S. 325
1093 S. 325
1094 S. 326
1095 S. 326
1096 S. 332
1097 S. 326
1098 S. 326
1099 S. 326
1100 S. 326
1101 S. 326
1102 S. 327
1103 S. 327
1104 S. 327
1105 S. 327
1106 S. 328
1107 S. 328
1108 S. 328
1109 S. 329
1110 S. 329
1112 S. 330
1113 S. 331
1114 S. 332
1115 S. 332
1116 S. 332
1117 S. 332
1118 S. 332
1119 S. 333
1120 S. 333
1121 S. 333
1122 S. 333
1123 S. 334
1125 S. 334
1126 S. 335
1127 S. 335
1128 S. 336
1130 S. 336
1131 S. 336
1132 S. 336
1134 S. 336
1135 S. 337
1136 S. 337
1137 S. 337
1138 S. 337
1139 S. 338
1140 S. 338
1141 S. 338
1142 S. 338
1143 S. 338
1144 S. 338
1145 S. 338
1146 S. 339
1147 S. 339
1148 S. 339
1149 S. 339
1150 S. 339
1151 S. 340
1152 S. 340
1153 S. 340
1155 S. 340
1156 S. 340
1157 S. 341
1158 S. 341
1160 S. 341
1161 S. 341
1162 S. 342
1165 S. 342
1166 S. 343
1167 S. 343
1168 S. 343
1169 S. 344
1170 S. 344
1171 S. 344
1173 S. 344
1174 S. 344
1175 S. 345
1176 S. 345
1177 S. 345
1178 S. 345
1179 S. 345
1180 S. 346
1181 S. 346
1182 S. 346
1184 S. 347
1185 S. 347
1186 S. 347
1187 S. 348
1188 S. 348
1189 S. 348
1190 S. 349
1191 S. 350
1192 S. 351
1193 S. 351
1194 S. 352
1195 S. 352
1196 S. 353
1197 S. 353
1198 S. 353
1199 S. 353
1200 S. 354
1201 S. 354
1202 S. 355
1203 S. 355
1204 S. 355
1205 S. 356
1206 S. 356
1207 S. 356
1208 S. 356
1209 S. 357
1210 S. 357
1211 S. 357
1213 S. 358
1214 S. 358
1215 S. 359
1216 S. 359
1217 S. 360
1218 S. 360
1219 S. 361
1221 S. 362
1223 S. 363
1224 S. 363
1225 S. 364
1226 S. 363
1227 S. 646
1228 S. 364
1229 S. 364
1230 S. 365
1231 S. 365
1232 S. 366
1233 S. 366
1234 S. 367
1235 S. 367
1238 S. 367
1239 S. 368
1240 S. 368
1242 S. 368
1243 S. 368
1245 S. 369
1246 S. 369
1247 S. 369
1248 S. 369
1249 S. 370
1250 S. 370
1252 S. 370
1253 S. 370
1254 S. 370
1255 S. 370
1256 S. 371
1257 S. 371
1258 S. 371
1259 S. 371
1260 S. 371
1261 S. 372
1263 S. 372
1264 S. 373
1265 S. 373
1266 S. 373
1268 S. 374
1269 S. 374
1271 S. 375
1272 S. 375
1273 S. 375
1274 S. 375
1275 S. 376
1276 S. 376
1277 S. 376
1278 S. 377
1279 S. 378
1281 S. 378
1283 S. 378
1284 S. 379
1285 S. 379
1286 S. 379
1288 S. 379
1290 S. 380
1291 S. 380
1293 S. 380
1294 S. 381
1295 S. 381
1297 S. 381
1299 S. 381
1300 S. 382
1301 S. 382
1302 S. 382
1303 S. 383
1304 S. 383
1305 S. 384
1306 S. 384
1307 S. 385
1308 S. 386
1309 S. 386
1310 S. 386
1312 S. 387
1313 S. 387
1314 S. 387
1315 S. 388
1316 S. 389
1317 S. 389
1318 S. 389
1319 S. 389
1320 S. 390
1321 S. 390
1322 S. 390
1323 S. 391
1325 S. 391
1326 S. 391
1327 S. 391
1328 S. 392
1329 S. 392
1331 S. 392
1332 S. 392
1334 S. 392
1335 S. 393
1336 S. 393
1338 S. 394
1339 S. 394
1340 S. 394
1341 S. 394
1342 S. 394
1344 S. 395

## Urteile 1345—1689


| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1345 | S. 395 | 1401 | S. 409 | 1457 | S. 426 | 1521 | S. 439 | 1573 | S. 457 | 1630 | S. 469 |
| 1346 | S. 395 | 1402 | S. 409 | 1458 | S. 426 | 1522 | S. 440 | 1574 | S. 457 | 1632 | S. 469 |
| 1347 | S. 396 | 1403 | S. 410 | 1462 | S. 427 | 1523 | S. 440 | 1575 | S. 457 | 1633 | S. 469 |
| 1348 | S. 396 | 1405 | S. 411 | 1463 | S. 427 | 1524 | S. 440 | 1577 | S. 458 | 1634 | S. 469 |
| 1350 | S. 396 | 1406 | S. 411 | 1464 | S. 427 | 1525 | S. 440 | 1578 | S. 458 | 1635 | S. 470 |
| 1351 | S. 396 | 1407 | S. 412 | 1465 | S. 427 | 1526 | S. 441 | 1579 | S. 458 | 1636 | S. 470 |
| 1352 | S. 397 | 1408 | S. 412 | 1467 | S. 427 | 1527 | S. 441 | 1580 | S. 458 | 1637 | S. 470 |
| 1353 | S. 397 | 1409 | S. 412 | 1469 | S. 428 | 1528 | S. 441 | 1581 | S. 459 | 1639 | S. 471 |
| 1354 | S. 397 | 1410 | S. 413 | 1470 | S. 428 | 1529 | S. 441 | 1582 | S. 459 | 1640 | S. 471 |
| 1355 | S. 397 | 1411 | S. 413 | 1471 | S. 428 | 1530 | S. 441 | 1583 | S. 459 | 1642 | S. 472 |
| 1356 | S. 398 | 1412 | S. 413 | 1472 | S. 429 | 1531 | S. 441 | 1584 | S. 459 | 1643 | S. 473 |
| 1358 | S. 398 | 1413 | S. 414 | 1473 | S. 429 | 1532 | S. 441 | 1586 | S. 459 | 1644 | S. 474 |
| 1360 | S. 398 | 1414 | S. 414 | 1474 | S. 429 | 1533 | S. 442 | 1587 | S. 459 | 1645 | S. 474 |
| 1361 | S. 398 | 1415 | S. 414 | 1475 | S. 429 | 1534 | S. 442 | 1588 | S. 460 | 1646 | S. 474 |
| 1362 | S. 399 | 1416 | S. 414 | 1476 | S. 430 | 1535 | S. 442 | 1590 | S. 460 | 1647 | S. 475 |
| 1363 | S. 399 | 1417 | S. 415 | 1477 | S. 430 | 1536 | S. 443 | 1591 | S. 460 | 1649 | S. 475 |
| 1364 | S. 399 | 1418 | S. 416 | 1478 | S. 430 | 1537 | S. 443 | 1592 | S. 460 | 1650 | S. 475 |
| 1365 | S. 399 | 1419 | S. 416 | 1479 | S. 431 | 1538 | S. 443 | 1593 | S. 461 | 1652 | S. 475 |
| 1366 | S. 399 | 1420 | S. 417 | 1480 | S. 431 | 1540 | S. 443 | 1594 | S. 461 | 1653 | S. 475 |
| 1368 | S. 400 | 1421 | S. 417 | 1482 | S. 431 | 1541 | S. 444 | 1595 | S. 461 | 1654 | S. 476 |
| 1369 | S. 400 | 1422 | S. 417 | 1483 | S. 431 | 1542 | S. 444 | 1596 | S. 461 | 1655 | S. 476 |
| 1370 | S. 400 | 1424 | S. 418 | 1484 | S. 432 | 1544 | S. 445 | 1597 | S. 461 | 1657 | S. 476 |
| 1371 | S. 401 | 1425 | S. 418 | 1486 | S. 432 | 1545 | S. 445 | 1598 | S. 462 | 1658 | S. 476 |
| 1372 | S. 401 | 1426 | S. 418 | 1487 | S. 432 | 1546 | S. 445 | 1599 | S. 462 | 1659 | S. 476 |
| 1373 | S. 402 | 1428 | S. 419 | 1489 | S. 433 | 1547 | S. 446 | 1600 | S. 462 | 1660 | S. 477 |
| 1374 | S. 400 | 1429 | S. 419 | 1491 | S. 433 | 1548 | S. 446 | 1601 | S. 463 | 1661 | S. 477 |
| 1375 | S. 403 | 1431 | S. 419 | 1492 | S. 433 | 1549 | S. 447 | 1603 | S. 463 | 1663 | S. 477 |
| 1376 | S. 403 | 1432 | S. 420 | 1493 | S. 433 | 1550 | S. 447 | 1604 | S. 463 | 1664 | S. 478 |
| 1377 | S. 403 | 1433 | S. 420 | 1494 | S. 433 | 1551 | S. 448 | 1605 | S. 463 | 1666 | S. 478 |
| 1378 | S. 403 | 1434 | S. 420 | 1495 | S. 433 | 1552 | S. 448 | 1606 | S. 463 | 1667 | S. 478 |
| 1379 | S. 404 | 1437 | S. 421 | 1496 | S. 434 | 1553 | S. 448 | 1607 | S. 463 | 1669 | S. 822 |
| 1380 | S. 404 | 1438 | S. 421 | 1497 | S. 434 | 1554 | S. 449 | 1608 | S. 464 | 1670 | S. 478 |
| 1381 | S. 404 | 1439 | S. 421 | 1500 | S. 434 | 1555 | S. 449 | 1609 | S. 465 | 1671 | S. 478 |
| 1382 | S. 405 | 1440 | S. 421 | 1502 | S. 434 | 1556 | S. 450 | 1611 | S. 465 | 1672 | S. 478 |
| 1383 | S. 405 | 1441 | S. 421 | 1503 | S. 435 | 1557 | S. 451 | 1612 | S. 465 | 1673 | S. 479 |
| 1384 | S. 405 | 1442 | S. 422 | 1504 | S. 435 | 1558 | S. 452 | 1614 | S. 465 | 1674 | S. 479 |
| 1385 | S. 405 | 1443 | S. 422 | 1505 | S. 435 | 1559 | S. 452 | 1615 | S. 465 | 1675 | S. 479 |
| 1386 | S. 406 | 1444 | S. 422 | 1506 | S. 435 | 1560 | S. 453 | 1617 | S. 466 | 1676 | S. 479 |
| 1388 | S. 406 | 1445 | S. 422 | 1507 | S. 436 | 1561 | S. 453 | 1618 | S. 466 | 1677 | S. 479 |
| 1389 | S. 406 | 1446 | S. 423 | 1508 | S. 436 | 1562 | S. 453 | 1619 | S. 466 | 1678 | S. 479 |
| 1391 | S. 406 | 1447 | S. 423 | 1509 | S. 436 | 1563 | S. 454 | 1620 | S. 466 | 1679 | S. 479 |
| 1392 | S. 406 | 1448 | S. 423 | 1510 | S. 436 | 1564 | S. 454 | 1621 | S. 467 | 1680 | S. 479 |
| 1393 | S. 407 | 1449 | S. 423 | 1512 | S. 436 | 1565 | S. 455 | 1622 | S. 467 | 1682 | S. 479 |
| 1394 | S. 407 | 1450 | S. 424 | 1513 | S. 437 | 1566 | S. 455 | 1623 | S. 467 | 1683 | S. 480 |
| 1395 | S. 407 | 1451 | S. 424 | 1514 | S. 437 | 1567 | S. 455 | 1624 | S. 467 | 1684 | S. 480 |
| 1396 | S. 408 | 1452 | S. 424 | 1515 | S. 437 | 1568 | S. 455 | 1625 | S. 467 | 1685 | S. 480 |
| 1397 | S. 408 | 1453 | S. 424 | 1516 | S. 437 | 1569 | S. 456 | 1626 | S. 468 | 1686 | S. 480 |
| 1398 | S. 409 | 1454 | S. 425 | 1517 | S. 438 | 1570 | S. 456 | 1627 | S. 468 | 1687 | S. 480 |
| 1399 | S. 409 | 1455 | S. 425 | 1518 | S. 439 | 1571 | S. 457 | 1628 | S. 468 | 1688 | S. 480 |
| 1400 | S. 409 | 1456 | S. 425 | 1519 | S. 439 | 1572 | S. 457 | 1629 | S. 468 | 1689 | S. 480 |

## Urteile 1691–2036


1691 S. 481
1692 S. 481
1694 S. 481
1695 S. 481
1697 S. 481
1698 S. 481
1699 S. 482
1700 S. 482
1701 S. 482
1702 S. 482
1703 S. 482
1704 S. 482
1705 S. 482
1707 S. 482
1708 S. 483
1709 S. 483
1710 S. 483
1712 S. 483
1713 S. 483
1714 S. 483
1715 S. 483
1716 S. 483
1721 S. 484
1722 S. 484
1723 S. 484
1724 S. 484
1725 S. 484
1726 S. 484
1727 S. 484
1728 S. 484
1729 S. 485
1730 S. 485
1731 S. 485
1732 S. 485
1733 S. 485
1734 S. 485
1735 S. 485
1736 S. 485
1737 S. 485
1738 S. 486
1739 S. 486
1740 S. 486
1742 S. 486
1743 S. 487
1744 S. 487
1745 S. 487
1746 S. 487
1748 S. 487
1749 S. 487
1750 S. 487
1752 S. 487
1753 S. 487
1754 S. 488
1755 S. 488
1757 S. 488
1758 S. 488
1759 S. 488
1760 S. 488
1761 S. 488
1762 S. 488
1763 S. 489
1764 S. 489
1765 S. 489
1767 S. 489
1768 S. 489
1769 S. 490
1770 S. 490
1771 S. 490
1773 S. 490
1774 S. 490
1776 S. 490
1777 S. 490
1778 S. 491
1779 S. 491
1780 S. 491
1781 S. 491
1782 S. 492
1785 S. 492
1786 S. 492
1787 S. 492
1788 S. 492
1791 S. 492
1792 S. 492
1793 S. 493
1794 S. 493
1795 S. 493
1796 S. 493
1798 S. 493
1799 S. 493
1801 S. 494
1802 S. 494
1803 S. 494
1804 S. 495
1805 S. 495
1806 S. 495
1807 S. 495
1808 S. 496
1809 S. 496
1810 S. 496
1811 S. 496
1812 S. 496
1813 S. 496
1814 S. 496
1816 S. 497
1817 S. 497
1818 S. 497
1821 S. 497
1822 S. 497
1823 S. 497
1825 S. 498
1826 S. 498
1827 S. 498
1829 S. 498
1830 S. 498
1831 S. 498
1832 S. 498
1833 S. 499
1834 S. 499
1835 S. 499
1836 S. 499
1837 S. 500
1838 S. 500
1839 S. 500
1840 S. 501
1841 S. 501
1843 S. 501
1844 S. 502
1845 S. 502
1846 S. 503
1847 S. 503
1848 S. 503
1850 S. 504
1851 S. 504
1852 S. 504
1853 S. 504
1854 S. 505
1855 S. 505
1856 S. 506
1857 S. 506
1859 S. 506
1860 S. 506
1861 S. 507
1863 S. 507
1864 S. 507
1865 S. 508
1866 S. 508
1867 S. 509
1869 S. 509
1870 S. 510
1871 S. 510
1872 S. 510
1873 S. 511
1874 S. 511
1875 S. 511
1876 S. 511
1877 S. 512
1878 S. 512
1879 S. 512
1880 S. 512
1881 S. 513
1883 S. 513
1884 S. 514
1885 S. 514
1886 S. 514
1887 S. 514
1888 S. 515
1889 S. 515
1890 S. 515
1891 S. 515
1892 S. 516
1893 S. 517
1894 S. 517
1895 S. 518
1896 S. 518
1897 S. 518
1898 S. 518
1899 S. 519
1900 S. 519
1901 S. 519
1902 S. 520
1903 S. 520
1904 S. 520
1905 S. 520
1906 S. 521
1907 S. 521
1908 S. 521
1909 S. 522
1910 S. 522
1911 S. 522
1912 S. 523
1913 S. 523
1914 S. 523
1915 S. 523
1916 S. 523
1917 S. 524
1919 S. 524
1920 S. 524
1921 S. 525
1923 S. 525
1924 S. 526
1925 S. 526
1926 S. 526
1927 S. 527
1928 S. 527
1930 S. 527
1931 S. 528
1933 S. 528
1934 S. 528
1935 S. 528
1936 S. 528
1937 S. 529
1938 S. 529
1939 S. 529
1940 S. 530
1942 S. 530
1943 S. 531
1944 S. 531
1945 S. 531
1946 S. 532
1947 S. 533
1948 S. 534
1949 S. 535
1950 S. 534
1951 S. 535
1952 S. 535
1953 S. 536
1954 S. 536
1955 S. 536
1957 S. 536
1959 S. 537
1960 S. 537
1961 S. 537
1962 S. 538
1963 S. 538
1964 S. 539
1965 S. 539
1966 S. 539
1967 S. 540
1968 S. 540
1969 S. 540
1970 S. 541
1971 S. 541
1972 S. 541
1973 S. 542
1974 S. 542
1975 S. 542
1976 S. 542
1978 S. 543
1980 S. 543
1982 S. 543
1983 S. 543
1984 S. 544
1985 S. 544
1986 S. 544
1987 S. 544
1989 S. 544
1990 S. 545
1991 S. 545
1992 S. 545
1993 S. 545
1994 S. 546
1995 S. 546
1996 S. 546
1998 S. 546
1999 S. 546
2000 S. 547
2001 S. 547
2002 S. 547
2003 S. 547
2004 S. 548
2006 S. 548
2007 S. 549
2008 S. 549
2009 S. 549
2010 S. 549
2011 S. 550
2012 S. 550
2013 S. 550
2014 S. 550
2015 S. 551
2016 S. 551
2017 S. 551
2018 S. 551
2019 S. 551
2020 S. 552
2021 S. 552
2022 S. 552
2023 S. 553
2024 S. 554
2025 S. 554
2026 S. 554
2027 S. 554
2029 S. 555
2030 S. 555
2031 S. 555
2032 S. 556
2033 S. 556
2034 S. 556
2035 S. 557
2036 S. 557

## Urteile 2037—2346


2037 S. 557
2038 S. 557
2039 S. 557
2040 S. 557
2041 S. 558
2042 S. 558
2043 S. 558
2044 S. 558
2045 S. 558
2046 S. 558
2047 S. 559
2048 S. 559
2049 S. 559
2050 S. 559
2051 S. 559
2052 S. 560
2053 S. 560
2054 S. 560
2055 S. 560
2056 S. 560
2057 S. 560
2058 S. 560
2059 S. 561
2060 S. 561
2061 S. 561
2062 S. 561
2063 S. 561
2064 S. 562
2065 S. 562
2066 S. 562
2067 S. 563
2068 S. 563
2069 S. 563
2070 S. 563
2071 S. 563
2072 S. 563
2073 S. 564
2074 S. 564
2075 S. 564
2076 S. 564
2077 S. 565
2078 S. 565
2079 S. 565
2080 S. 566
2081 S. 566
2082 S. 566
2083 S. 566
2084 S. 566
2085 S. 567
2086 S. 567
2087 S. 568
2088 S. 568
2089 S. 568
2090 S. 568
2091 S. 569
2092 S. 569
2093 S. 569
2094 S. 569
2095 S. 569
2096 S. 569
2098 S. 577
2099 S. 577
2100 S. 577
2101 S. 577
2102 S. 577
2103 S. 578
2104 S. 578
2105 S. 578
2106 S. 578
2107 S. 578
2108 S. 578
2109 S. 579
2110 S. 579
2111 S. 579
2112 S. 579
2113 S. 579
2115 S. 580
2116 S. 580
2117 S. 580
2118 S. 580
2119 S. 580
2120 S. 580
2122 S. 581
2123 S. 581
2124 S. 581
2125 S. 581
2126 S. 581
2127 S. 582
2129 S. 582
2130 S. 583
2131 S. 583
2132 S. 584
2134 S. 584
2135 S. 584
2136 S. 584
2137 S. 584
2138 S. 584
2139 S. 584
2140 S. 585
2141 S. 585
2142 S. 585
2143 S. 585
2144 S. 586
2145 S. 586
2146 S. 586
2147 S. 996
2148 S. 997
2149 S. 997
2150 S. 997
2151 S. 997
2152 S. 998
2153 S. 998
2154 S. 998
2155 S. 998
2156 S. 998
2157 S. 998
2158 S. 998
2159 S. 999
2160 S. 1000
2161 S. 1001
2162 S. 1001
2163 S. 1001
2164 S. 1001
2165 S. 1002
2166 S. 1002
2167 S. 1002
2168 S. 1002
2169 S. 1002
2170 S. 1003
2171 S. 1003
2172 S. 1003
2173 S. 1004
2174 S. 1004
2175 S. 1004
2176 S. 1004
2177 S. 1005
2178 S. 1005
2179 S. 1006
2180 S. 1006
2181 S. 1006
2182 S. 1007
2183 S. 1007
2184 S. 1008
2185 S. 1008
2186 S. 1008
2187 S. 1009
2188 S. 1009
2189 S. 1009
2190 S. 1010
2191 S. 1010
2193 S. 570
2194 S. 571
2195 S. 571
2196 S. 572
2197 S. 572
2198 S. 572
2199 S. 573
2200 S. 573
2201 S. 574
2202 S. 575
2203 S. 576
2206 S. 577
2207 S. 588
2208 S. 588
2209 S. 588
2210 S. 588
2211 S. 589
2212 S. 589
2213 S. 589
2214 S. 590
2215 S. 590
2216 S. 591
2217 S. 591
2218 S. 591
2219 S. 592
2220 S. 592
2221 S. 592
2222 S. 592
2223 S. 592
2224 S. 593
2225 S. 593
2226 S. 593
2228 S. 594
2229 S. 594
2230 S. 594
2231 S. 594
2232 S. 594
2233 S. 595
2234 S. 595
2235 S. 595
2236 S. 596
2237 S. 596
2238 S. 596
2239 S. 596
2240 S. 596
2241 S. 597
2242 S. 597
2243 S. 597
2244 S. 598
2245 S. 598
2246 S. 598
2247 S. 598
2248 S. 599
2249 S. 599
2250 S. 599
2251 S. 600
2252 S. 600
2253 S. 600
2254 S. 600
2255 S. 600
2256 S. 601
2257 S. 601
2258 S. 602
2259 S. 602
2260 S. 602
2261 S. 602
2262 S. 603
2263 S. 603
2264 S. 603
2265 S. 603
2266 S. 604
2267 S. 604
2268 S. 604
2269 S. 605
2270 S. 605
2271 S. 605
2272 S. 605
2273 S. 606
2274 S. 606
2275 S. 606
2276 S. 606
2277 S. 607
2278 S. 607
2279 S. 607
2280 S. 608
2281 S. 608
2282 S. 608
2283 S. 608
2284 S. 609
2285 S. 609
2286 S. 609
2287 S. 609
2288 S. 610
2289 S. 611
2290 S. 611
2291 S. 611
2292 S. 612
2293 S. 612
2294 S. 612
2295 S. 613
2296 S. 613
2297 S. 613
2298 S. 614
2299 S. 614
2300 S. 614
2301 S. 615
2302 S. 615
2303 S. 615
2304 S. 616
2305 S. 617
2306 S. 617
2307 S. 618
2308 S. 618
2309 S. 618
2310 S. 619
2312 S. 620
2313 S. 620
2314 S. 621
2315 S. 621
2316 S. 621
2317 S. 621
2318 S. 622
2319 S. 622
2320 S. 622
2321 S. 623
2322 S. 623
2323 S. 623
2324 S. 623
2325 S. 624
2326 S. 624
2327 S. 625
2328 S. 625
2329 S. 625
2330 S. 626
2331 S. 626
2332 S. 626
2333 S. 627
2334 S. 627
2335 S. 628
2336 S. 629
2337 S. 630
2338 S. 630
2339 S. 631
2340 S. 631
2341 S. 632
2342 S. 632
2343 S. 632
2344 S. 632
2345 S. 633
2346 S. 633

## Urteile 2347–2652


2347 S. 634
2348 S. 634
2349 S. 635
2350 S. 635
2351 S. 637
2352 S. 637
2353 S. 637
2354 S. 638
2355 S. 638
2356 S. 639
2357 S. 639
2358 S. 639
2359 S. 640
2360 S. 640
2361 S. 640
2362 S. 641
2363 S. 641
2364 S. 641
2365 S. 642
2366 S. 642
2367 S. 642
2368 S. 643
2370 S. 644
2371 S. 645
2372 S. 646
2373 S. 646
2374 S. 647
2375 S. 647
2376 S. 648
2377 S. 649
2379 S. 649
2380 S. 649
2381 S. 649
2382 S. 649
2383 S. 650
2384 S. 650
2385 S. 650
2386 S. 650
2387 S. 651
2388 S. 651
2389 S. 651
2390 S. 651
2391 S. 652
2392 S. 652
2393 S. 653
2394 S. 653
2395 S. 653
2397 S. 654
2398 S. 654
2399 S. 654
2400 S. 655
2401 S. 655
2402 S. 656
2403 S. 657
2404 S. 657
2405 S. 658
2406 S. 658
2407 S. 659
2408 S. 659
2409 S. 659
2410 S. 660
2411 S. 660
2412 S. 661
2413 S. 661
2414 S. 661
2415 S. 662
2416 S. 662
2417 S. 662
2418 S. 662
2419 S. 662
2420 S. 662
2421 S. 663
2422 S. 663
2423 S. 664
2424 S. 664
2425 S. 665
2426 S. 665
2427 S. 665
2428 S. 665
2429 S. 665
2431 S. 665
2432 S. 666
2433 S. 666
2434 S. 666
2435 S. 666
2436 S. 666
2437 S. 667
2438 S. 667
2439 S. 667
2440 S. 667
2441 S. 668
2442 S. 668
2443 S. 668
2444 S. 669
2445 S. 669
2446 S. 670
2447 S. 670
2448 S. 670
2449 S. 670
2450 S. 670
2451 S. 671
2452 S. 671
2453 S. 671
2454 S. 671
2455 S. 672
2456 S. 672
2457 S. 672
2458 S. 672
2459 S. 673
2460 S. 673
2461 S. 673
2462 S. 673
2463 S. 673
2464 S. 674
2465 S. 674
2466 S. 674
2467 S. 675
2468 S. 675
2469 S. 675
2470 S. 676
2471 S. 676
2472 S. 676
2473 S. 676
2474 S. 676
2475 S. 677
2476 S. 677
2477 S. 677
2478 S. 678
2479 S. 678
2480 S. 679
2481 S. 680
2482 S. 680
2483 S. 680
2484 S. 680
2485 S. 680
2486 S. 681
2487 S. 681
2488 S. 682
2489 S. 682
2490 S. 683
2491 S. 683
2492 S. 683
2493 S. 684
2494 S. 684
2495 S. 684
2496 S. 685
2497 S. 685
2498 S. 685
2499 S. 686
2500 S. 686
2501 S. 686
2502 S. 686
2503 S. 686
2504 S. 687
2505 S. 687
2506 S. 687
2507 S. 687
2508 S. 687
2509 S. 688
2510 S. 688
2511 S. 688
2512 S. 689
2513 S. 689
2514 S. 689
2515 S. 690
2516 S. 690
2517 S. 690
2518 S. 690
2519 S. 690
2520 S. 691
2521 S. 691
2522 S. 692
2523 S. 692
2524 S. 692
2525 S. 693
2526 S. 693
2527 S. 694
2528 S. 694
2529 S. 695
2530 S. 696
2531 S. 696
2532 S. 697
2533 S. 698
2534 S. 699
2535 S. 699
2536 S. 699
2537 S. 700
2538 S. 700
2539 S. 713
2540 S. 713
2541 S. 714
2542 S. 714
2543 S. 714
2544 S. 715
2545 S. 715
2546 S. 715
2547 S. 716
2548 S. 716
2549 S. 716
2550 S. 716
2551 S. 716
2552 S. 717
2553 S. 718
2554 S. 718
2555 S. 718
2556 S. 718
2557 S. 719
2558 S. 719
2559 S. 719
2560 S. 720
2561 S. 721
2562 S. 721
2563 S. 722
2564 S. 722
2565 S. 723
2566 S. 723
2567 S. 724
2568 S. 724
2569 S. 724
2570 S. 725
2571 S. 725
2572 S. 726
2573 S. 642
2575 S. 726
2576 S. 726
2577 S. 727
2578 S. 727
2579 S. 728
2580 S. 728
2581 S. 729
2582 S. 643
2583 S. 729
2584 S. 730
2585 S. 730
2586 S. 731
2587 S. 731
2588 S. 732
2589 S. 732
2590 S. 733
2591 S. 733
2592 S. 733
2593 S. 644
2594 S. 644
2595 S. 734
2596 S. 734
2597 S. 735
2598 S. 735
2599 S. 736
2600 S. 737
2601 S. 738
2602 S. 738
2603 S. 739
2604 S. 740
2605 S. 645
2606 S. 743
2607 S. 743
2608 S. 744
2609 S. 745
2610 S. 747
2611 S. 746
2612 S. 746
2613 S. 748
2614 S. 647
2615 S. 748
2616 S. 749
2617 S. 749
2618 S. 749
2619 S. 750
2620 S. 750
2621 S. 750
2622 S. 750
2623 S. 751
2624 S. 751
2625 S. 751
2626 S. 751
2627 S. 751
2628 S. 752
2629 S. 752
2630 S. 752
2631 S. 752
2632 S. 753
2633 S. 753
2634 S. 753
2635 S. 754
2636 S. 754
2637 S. 754
2638 S. 755
2639 S. 755
2640 S. 755
2641 S. 756
2642 S. 756
2643 S. 757
2644 S. 757
2645 S. 758
2646 S. 758
2647 S. 759
2649 S. 759
2650 S. 759
2651 S. 759
2652 S. 759

## Urteile 2653—2954


| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 2653 | S. 759 | 2703 | S. 770 | 2753 | S. 798 | 2804 | S. 808 | 2855 | S. 817 | 2905 | S. 850 |
| 2654 | S. 759 | 2704 | S. 770 | 2754 | S. 799 | 2805 | S. 803 | 2856 | S. 830 | 2906 | S. 851 |
| 2655 | S. 759 | 2705 | S. 770 | 2755 | S. 799 | 2806 | S. 824 | 2857 | S. 801 | 2907 | S. 851 |
| 2656 | S. 760 | 2706 | S. 771 | 2756 | S. 804 | 2807 | S. 825 | 2858 | S. 813 | 2908 | S. 852 |
| 2657 | S. 760 | 2707 | S. 771 | 2757 | S. 800 | 2808 | S. 793 | 2859 | S. 801 | 2909 | S. 854 |
| 2658 | S. 760 | 2708 | S. 771 | 2758 | S. 801 | 2809 | S. 815 | 2860 | S. 813 | 2910 | S. 854 |
| 2659 | S. 761 | 2709 | S. 771 | 2759 | S. 801 | 2810 | S. 825 | 2861 | S. 801 | 2911 | S. 855 |
| 2660 | S. 761 | 2710 | S. 771 | 2760 | S. 783 | 2811 | S. 710 | 2862 | S. 814 | 2912 | S. 856 |
| 2661 | S. 761 | 2711 | S. 772 | 2761 | S. 784 | 2812 | S. 710 | 2863 | S. 814 | 2913 | S. 856 |
| 2662 | S. 761 | 2712 | S. 772 | 2762 | S. 784 | 2813 | S. 794 | 2864 | S. 817 | 2914 | S. 857 |
| 2663 | S. 761 | 2713 | S. 772 | 2763 | S. 784 | 2814 | S. 826 | 2865 | S. 815 | 2915 | S. 859 |
| 2664 | S. 761 | 2714 | S. 772 | 2764 | S. 789 | 2815 | S. 809 | 2866 | S. 817 | 2916 | S. 859 |
| 2665 | S. 762 | 2715 | S. 772 | 2765 | S. 802 | 2816 | S. 794 | 2867 | S. 818 | 2917 | S. 860 |
| 2666 | S. 762 | 2716 | S. 773 | 2766 | S. 805 | 2817 | S. 794 | 2868 | S. 818 | 2918 | S. 860 |
| 2667 | S. 762 | 2717 | S. 773 | 2768 | S. 821 | 2819 | S. 711 | 2869 | S. 818 | 2919 | S. 860 |
| 2668 | S. 762 | 2718 | S. 773 | 2769 | S. 789 | 2820 | S. 826 | 2870 | S. 831 | 2920 | S. 861 |
| 2669 | S. 762 | 2719 | S. 773 | 2770 | S. 701 | 2821 | S. 827 | 2871 | S. 831 | 2921 | S. 861 |
| 2670 | S. 763 | 2720 | S. 773 | 2771 | S. 789 | 2822 | S. 809 | 2872 | S. 833 | 2922 | S. 862 |
| 2671 | S. 763 | 2721 | S. 774 | 2772 | S. 790 | 2823 | S. 712 | 2873 | S. 834 | 2923 | S. 863 |
| 2672 | S. 763 | 2722 | S. 774 | 2773 | S. 790 | 2824 | S. 827 | 2874 | S. 835 | 2924 | S. 864 |
| 2673 | S. 763 | 2723 | S. 774 | 2774 | S. 790 | 2825 | S. 803 | 2875 | S. 835 | 2925 | S. 864 |
| 2674 | S. 763 | 2724 | S. 775 | 2775 | S. 790 | 2826 | S. 809 | 2876 | S. 835 | 2926 | S. 865 |
| 2675 | S. 763 | 2725 | S. 775 | 2776 | S. 802 | 2827 | S. 810 | 2877 | S. 835 | 2927 | S. 865 |
| 2676 | S. 764 | 2726 | S. 775 | 2777 | S. 791 | 2828 | S. 810 | 2878 | S. 836 | 2928 | S. 866 |
| 2677 | S. 764 | 2727 | S. 776 | 2778 | S. 806 | 2829 | S. 810 | 2879 | S. 837 | 2929 | S. 867 |
| 2678 | S. 764 | 2728 | S. 776 | 2779 | S. 791 | 2830 | S. 815 | 2880 | S. 838 | 2930 | S. 868 |
| 2679 | S. 764 | 2729 | S. 776 | 2780 | S. 791 | 2831 | S. 804 | 2881 | S. 840 | 2931 | S. 868 |
| 2680 | S. 764 | 2730 | S. 777 | 2781 | S. 822 | 2832 | S. 795 | 2882 | S. 840 | 2932 | S. 869 |
| 2681 | S. 764 | 2731 | S. 777 | 2782 | S. 791 | 2833 | S. 816 | 2883 | S. 841 | 2933 | S. 869 |
| 2682 | S. 764 | 2732 | S. 777 | 2783 | S. 791 | 2834 | S. 811 | 2884 | S. 841 | 2934 | S. 870 |
| 2683 | S. 765 | 2733 | S. 777 | 2784 | S. 791 | 2835 | S. 795 | 2885 | S. 841 | 2935 | S. 870 |
| 2684 | S. 765 | 2734 | S. 778 | 2785 | S. 792 | 2836 | S. 796 | 2886 | S. 842 | 2936 | S. 870 |
| 2685 | S. 765 | 2735 | S. 779 | 2786 | S. 792 | 2837 | S. 816 | 2887 | S. 842 | 2937 | S. 871 |
| 2686 | S. 765 | 2736 | S. 779 | 2787 | S. 792 | 2838 | S. 812 | 2888 | S. 842 | 2938 | S. 872 |
| 2687 | S. 766 | 2737 | S. 780 | 2788 | S. 792 | 2839 | S. 796 | 2889 | S. 843 | 2939 | S. 872 |
| 2688 | S. 766 | 2738 | S. 780 | 2789 | S. 807 | 2840 | S. 797 | 2890 | S. 844 | 2940 | S. 873 |
| 2689 | S. 766 | 2739 | S. 780 | 2790 | S. 792 | 2841 | S. 819 | 2891 | S. 845 | 2941 | S. 873 |
| 2690 | S. 767 | 2740 | S. 780 | 2791 | S. 792 | 2842 | S. 800 | 2892 | S. 846 | 2942 | S. 874 |
| 2691 | S. 767 | 2741 | S. 781 | 2792 | S. 792 | 2843 | S. 828 | 2893 | S. 846 | 2943 | S. 874 |
| 2692 | S. 767 | 2742 | S. 781 | 2793 | S. 798 | 2844 | S. 812 | 2894 | S. 847 | 2944 | S. 875 |
| 2693 | S. 767 | 2743 | S. 781 | 2794 | S. 793 | 2845 | S. 816 | 2895 | S. 847 | 2945 | S. 875 |
| 2694 | S. 768 | 2744 | S. 782 | 2795 | S. 684 | 2846 | S. 828 | 2896 | S. 847 | 2946 | S. 876 |
| 2695 | S. 768 | 2745 | S. 782 | 2796 | S. 793 | 2847 | S. 812 | 2897 | S. 847 | 2947 | S. 876 |
| 2696 | S. 768 | 2746 | S. 782 | 2797 | S. 807 | 2848 | S. 820 | 2898 | S. 848 | 2948 | S. 877 |
| 2697 | S. 769 | 2747 | S. 783 | 2798 | S. 803 | 2849 | S. 816 | 2899 | S. 848 | 2949 | S. 877 |
| 2698 | S. 769 | 2748 | S. 783 | 2799 | S. 819 | 2850 | S. 828 | 2900 | S. 848 | 2950 | S. 877 |
| 2699 | S. 769 | 2749 | S. 783 | 2800 | S. 807 | 2851 | S. 812 | 2901 | S. 849 | 2951 | S. 878 |
| 2700 | S. 769 | 2750 | S. 790 | 2801 | S. 793 | 2852 | S. 829 | 2902 | S. 849 | 2952 | S. 879 |
| 2701 | S. 770 | 2751 | S. 802 | 2802 | S. 807 | 2853 | S. 813 | 2903 | S. 849 | 2953 | S. 880 |
| 2702 | S. 770 | 2752 | S. 798 | 2803 | S. 824 | 2854 | S. 829 | 2904 | S. 850 | 2954 | S. 881 |

## Urteile 2955–3257


2955 S. 882
2956 S. 883
2957 S. 884
2958 S. 885
2959 S. 886
2960 S. 886
2962 S. 887
2963 S. 887
2964 S. 888
2965 S. 889
2966 S. 891
2967 S. 891
2968 S. 892
2969 S. 892
2970 S. 892
2971 S. 893
2972 S. 894
2973 S. 895
2974 S. 896
2975 S. 896
2976 S. 897
2977 S. 898
2978 S. 899
2979 S. 899
2980 S. 900
2981 S. 900
2982 S. 901
2983 S. 902
2984 S. 903
2985 S. 903
2986 S. 903
2987 S. 903
2988 S. 904
2989 S. 904
2990 S. 904
2991 S. 905
2992 S. 905
2993 S. 905
2994 S. 906
2995 S. 906
2996 S. 906
2997 S. 906
2998 S. 907
2999 S. 907
3000 S. 908
3001 S. 908
3002 S. 908
3003 S. 908
3004 S. 908
3005 S. 909
3006 S. 909
3007 S. 909
3008 S. 909
3009 S. 910
3010 S. 910
3011 S. 910
3012 S. 911
3013 S. 911
3014 S. 911
3015 S. 911
3016 S. 912
3017 S. 912
3018 S. 912
3019 S. 913
3020 S. 913
3021 S. 913
3022 S. 913
3023 S. 914
3024 S. 915
3025 S. 916
3026 S. 916
3027 S. 917
3028 S. 918
3029 S. 919
3030 S. 919
3031 S. 920
3032 S. 920
3033 S. 920
3034 S. 920
3035 S. 921
3036 S. 921
3037 S. 921
3038 S. 921
3039 S. 922
3040 S. 923
3041 S. 924
3042 S. 925
3043 S. 925
3044 S. 925
3045 S. 926
3046 S. 926
3047 S. 926
3048 S. 926
3050 S. 927
3051 S. 927
3053 S. 927
3054 S. 927
3055 S. 928
3056 S. 928
3057 S. 929
3058 S. 929
3059 S. 929
3060 S. 930
3061 S. 930
3062 S. 930
3063 S. 931
3064 S. 931
3065 S. 931
3066 S. 932
3067 S. 932
3068 S. 932
3069 S. 932
3070 S. 933
3071 S. 933
3072 S. 933
3073 S. 934
3074 S. 934
3075 S. 936
3076 S. 936
3077 S. 937
3078 S. 937
3079 S. 937
3080 S. 955
3081 S. 956
3082 S. 956
3083 S. 956
3084 S. 957
3085 S. 957
3086 S. 958
3087 S. 960
3088 S. 960
3089 S. 961
3090 S. 962
3091 S. 962
3092 S. 963
3093 S. 963
3094 S. 963
3095 S. 964
3096 S. 965
3097 S. 966
3098 S. 967
3099 S. 967
3100 S. 968
3101 S. 938
3102 S. 938
3103 S. 939
3104 S. 939
3105 S. 939
3106 S. 939
3107 S. 939
3108 S. 940
3109 S. 940
3110 S. 940
3111 S. 940
3112 S. 941
3113 S. 941
3114 S. 941
3115 S. 941
3116 S. 941
3117 S. 942
3118 S. 942
3119 S. 942
3120 S. 942
3121 S. 943
3122 S. 943
3123 S. 943
3124 S. 943
3125 S. 943
3126 S. 944
3127 S. 944
3128 S. 944
3129 S. 944
3130 S. 945
3131 S. 946
3132 S. 946
3133 S. 946
3134 S. 947
3135 S. 947
3136 S. 948
3137 S. 948
3138 S. 949
3139 S. 949
3140 S. 949
3141 S. 949
3142 S. 950
3143 S. 950
3144 S. 950
3145 S. 951
3146 S. 951
3147 S. 952
3148 S. 952
3149 S. 952
3150 S. 953
3151 S. 953
3152 S. 954
3153 S. 968
3154 S. 969
3155 S. 969
3156 S. 969
3157 S. 969
3158 S. 969
3159 S. 970
3160 S. 970
3161 S. 970
3162 S. 971
3163 S. 971
3164 S. 972
3165 S. 972
3166 S. 973
3167 S. 973
3168 S. 974
3169 S. 974
3170 S. 974
3171 S. 975
3172 S. 975
3173 S. 975
3174 S. 976
3175 S. 976
3176 S. 976
3177 S. 977
3178 S. 977
3179 S. 977
3180 S. 978
3181 S. 978
3182 S. 978
3183 S. 979
3184 S. 979
3185 S. 980
3186 S. 981
3187 S. 981
3188 S. 981
3189 S. 981
3190 S. 982
3191 S. 982
3192 S. 982
3193 S. 983
3194 S. 983
3195 S. 983
3196 S. 983
3197 S. 983
3198 S. 984
3199 S. 984
3200 S. 984
3201 S. 984
3202 S. 984
3203 S. 985
3204 S. 985
3205 S. 985
3206 S. 985
3207 S. 985
3208 S. 985
3209 S. 985
3210 S. 986
3211 S. 986
3212 S. 986
3213 S. 986
3214 S. 986
3215 S. 987
3216 S. 987
3217 S. 988
3218 S. 988
3219 S. 989
3220 S. 989
3221 S. 989
3222 S. 989
3223 S. 990
3224 S. 990
3225 S. 990
3226 S. 990
3227 S. 990
3228 S. 991
3229 S. 991
3230 S. 991
3231 S. 991
3232 S. 992
3233 S. 992
3234 S. 992
3235 S. 992
3236 S. 992
3237 S. 993
3238 S. 993
3239 S. 993
3240 S. 993
3241 S. 994
3242 S. 994
3243 S. 994
3244 S. 995
3245 S. 995
3246 S. 995
3247 S. 995
3248 S. 996
3249 S. 996
3250 S. 1011
3251 S. 1011
3252 S. 1012
3253 S. 1012
3254 S. 1013
3255 S. 1014
3256 S. 367
3257 S. 795

## Urteile 3258—3564


| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 3258 | S. 902 | 3308 | S. 142 | 3361 | S. 270 | 3412 | S. 476 | 3462 | S. 920 | 3515 | S. 561 |
| 3259 | S. 790 | 3309 | S. 279 | 3362 | S. 707 | 3413 | S. 223 | 3463 | S. 176 | 3516 | S. 785 |
| 3260 | S. 110 | 3310 | S. 82 | 3363 | S. 705 | 3414 | S. 880 | 3464 | S. 349 | 3517 | S. 840 |
| 3261 | S. 174 | 3311 | S. 905 | 3364 | S. 708 | 3415 | S. 447 | 3465 | S. 91 | 3518 | S. 786 |
| 3262 | S. 470 | 3312 | S. 77 | 3365 | S. 260 | 3416 | S. 377 | 3466 | S. 935 | 3519 | S. 787 |
| 3263 | S. 495 | 3313 | S. 113 | 3366 | S. 70 | 3417 | S. 63 | 3467 | S. 980 | 3520 | S. 207 |
| 3264 | S. 491 | 3314 | S. 965 | 3367 | S. 462 | 3418 | S. 454 | 3468 | S. 390 | 3521 | S. 831 |
| 3265 | S. 93 | 3317 | S. 74 | 3368 | S. 924 | 3419 | S. 708 | 3469 | S. 305 | 3522 | S. 71 |
| 3266 | S. 713 | 3318 | S. 480 | 3369 | S. 84 | 3420 | S. 694 | 3470 | S. 604 | 3523 | S. 938 |
| 3267 | S. 711 | 3319 | S. 331 | 3370 | S. 784 | 3421 | S. 157 | 3471 | S. 905 | 3524 | S. 809 |
| 3268 | S. 51 | 3320 | S. 276 | 3371 | S. 858 | 3422 | S. 831 | 3472 | S. 957 | 3525 | S. 264 |
| 3269 | S. 302 | 3322 | S. 479 | 3372 | S. 819 | 3423 | S. 901 | 3473 | S. 863 | 3526 | S. 263 |
| 3270 | S. 734 | 3323 | S. 479 | 3373 | S. 610 | 3424 | S. 712 | 3474 | S. 904 | 3527 | S. 853 |
| 3271 | S. 956 | 3324 | S. 120 | 3374 | S. 504 | 3425 | S. 60 | 3476 | S. 698 | 3528 | S. 264 |
| 3272 | S. 481 | 3325 | S. 821 | 3375 | S. 65 | 3426 | S. 471 | 3479 | S. 679 | 3529 | S. 261 |
| 3273 | S. 186 | 3326 | S. 705 | 3376 | S. 366 | 3427 | S. 553 | 3480 | S. 834 | 3530 | S. 262 |
| 3274 | S. 872 | 3327 | S. 435 | 3377 | S. 935 | 3428 | S. 744 | 3481 | S. 832 | 3531 | S. 350 |
| 3275 | S. 221 | 3328 | S. 636 | 3378 | S. 204 | 3429 | S. 656 | 3482 | S. 397 | 3532 | S. 342 |
| 3276 | S. 241 | 3329 | S. 434 | 3379 | S. 137 | 3430 | S. 368 | 3483 | S. 566 | 3533 | S. 822 |
| 3277 | S. 726 | 3330 | S. 839 | 3380 | S. 429 | 3431 | S. 890 | 3484 | S. 573 | 3534 | S. 288 |
| 3278 | S. 534 | 3331 | S. 457 | 3381 | S. 611 | 3432 | S. 281 | 3485 | S. 458 | 3535 | S. 717 |
| 3279 | S. 201 | 3332 | S. 500 | 3382 | S. 331 | 3433 | S. 490 | 3486 | S. 205 | 3536 | S. 837 |
| 3280 | S. 78 | 3333 | S. 961 | 3383 | S. 712 | 3434 | S. 246 | 3487 | S. 59 | 3537 | S. 879 |
| 3281 | S. 476 | 3334 | S. 505 | 3384 | S. 330 | 3435 | S. 923 | 3488 | S. 747 | 3538 | S. 806 |
| 3282 | S. 438 | 3335 | S. 515 | 3385 | S. 708 | 3436 | S. 709 | 3489 | S. 842 | 3539 | S. 341 |
| 3283 | S. 483 | 3336 | S. 471 | 3386 | S. 711 | 3437 | S. 559 | 3490 | S. 502 | 3540 | S. 285 |
| 3284 | S. 247 | 3337 | S. 472 | 3387 | S. 702 | 3438 | S. 461 | 3491 | S. 273 | 3541 | S. 788 |
| 3285 | S. 380 | 3338 | S. 967 | 3388 | S. 502 | 3439 | S. 704 | 3492 | S. 100 | 3542 | S. 787 |
| 3286 | S. 488 | 3339 | S. 866 | 3389 | S. 61 | 3440 | S. 589 | 3493 | S. 785 | 3543 | S. 77 |
| 3287 | S. 873 | 3340 | S. 824 | 3390 | S. 559 | 3441 | S. 702 | 3494 | S. 786 | 3544 | S. 955 |
| 3288 | S. 57 | 3341 | S. 443 | 3391 | S. 249 | 3442 | S. 505 | 3495 | S. 496 | 3545 | S. 742 |
| 3289 | S. 488 | 3342 | S. 76 | 3392 | S. 638 | 3443 | S. 343 | 3496 | S. 836 | 3546 | S. 218 |
| 3290 | S. 247 | 3343 | S. 75 | 3393 | S. 486 | 3444 | S. 187 | 3497 | S. 785 | 3547 | S. 184 |
| 3291 | S. 473 | 3344 | S. 132 | 3394 | S. 486 | 3445 | S. 828 | 3498 | S. 785 | 3548 | S. 943 |
| 3292 | S. 473 | 3345 | S. 166 | 3396 | S. 586 | 3446 | S. 272 | 3499 | S. 101 | 3549 | S. 968 |
| 3293 | S. 187 | 3346 | S. 112 | 3397 | S. 838 | 3447 | S. 57 | 3500 | S. 283 | 3550 | S. 85 |
| 3294 | S. 183 | 3347 | S. 282 | 3398 | S. 768 | 3448 | S. 553 | 3501 | S. 741 | 3551 | S. 219 |
| 3295 | S. 121 | 3348 | S. 134 | 3399 | S. 883 | 3449 | S. 362 | 3502 | S. 786 | 3552 | S. 788 |
| 3296 | S. 108 | 3349 | S. 450 | 3400 | S. 693 | 3450 | S. 49 | 3503 | S. 227 | 3553 | S. 752 |
| 3297 | S. 944 | 3350 | S. 703 | 3401 | S. 393 | 3451 | S. 959 | 3504 | S. 788 | 3554 | S. 582 |
| 3298 | S. 76 | 3351 | S. 722 | 3402 | S. 220 | 3452 | S. 962 | 3505 | S. 742 | 3555 | S. 110 |
| 3299 | S. 350 | 3352 | S. 464 | 3403 | S. 99 | 3453 | S. 290 | 3506 | S. 839 | 3556 | S. 392 |
| 3300 | S. 69 | 3353 | S. 706 | 3404 | S. 290 | 3454 | S. 163 | 3507 | S. 66 | 3557 | S. 470 |
| 3301 | S. 83 | 3354 | S. 477 | 3405 | S. 388 | 3455 | S. 229 | 3508 | S. 198 | 3558 | S. 374 |
| 3302 | S. 306 | 3355 | S. 707 | 3406 | S. 196 | 3456 | S. 904 | 3509 | S. 636 | 3559 | S. 1013 |
| 3303 | S. 674 | 3356 | S. 192 | 3407 | S. 516 | 3457 | S. 179 | 3510 | S. 624 | 3560 | S. 1013 |
| 3304 | S. 224 | 3357 | S. 446 | 3408 | S. 452 | 3458 | S. 966 | 3511 | S. 785 | 3561 | S. 595 |
| 3305 | S. 562 | 3358 | S. 892 | 3409 | S. 482 | 3459 | S. 705 | 3512 | S. 653 | 3562 | S. 664 |
| 3306 | S. 706 | 3359 | S. 501 | 3410 | S. 163 | 3460 | S. 576 | 3513 | S. 288 | 3563 | S. 574 |
| 3307 | S. 270 | 3360 | S. 794 | 3411 | S. 385 | 3461 | S. 871 | 3514 | S. 751 | 3564 | S. 695 |

## Urteile 3565–3597


| | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 3565 | S. 282 | 3571 | S. 966 | 3577 | S. 576 | 3583 | S. 945 | 3589 | S. 408 | 3595 | S. 432 |
| 3566 | S. 752 | 3572 | S. 839 | 3578 | S. 64 | 3584 | S. 811 | 3590 | S. 415 | 3596 | S. 374 |
| 3567 | S. 70 | 3573 | S. 840 | 3579 | S. 228 | 3585 | S. 103 | 3591 | S. 823 | 3597 | S. 827 |
| 3568 | S. 477 | 3574 | S. 323 | 3580 | S. 825 | 3586 | S. 460 | 3592 | S. 823 | | |
| 3569 | S. 121 | 3575 | S. 575 | 3581 | S. 142 | 3587 | S. 741 | 3593 | S. 824 | | |
| 3570 | S. 963 | 3576 | S. 472 | 3582 | S. 859 | 3588 | S. 737 | 3594 | S. 825 | | |

# I. Zusammenstellung nach Art der Verletzung

**In dieser Zusammenstellung wird im Allgemeinen das volle Schmerzensgeld genannt.**

**Mitverschulden:** **In dieser Zusammenstellung wird im Allgemeinen das volle Schmerzensgeld genannt. Wurde das Schmerzensgeld in der genannten Entscheidung wegen Mitverschuldens des Verletzten oder wegen Anrechnung der Betriebsgefahr gekürzt, enthält die vorletzte Spalte („Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgeblich waren") einen entsprechenden Hinweis. Außerdem wurde in der zweiten Spalte („Betrag") das Zeichen ● als Hinweis angebracht.**

**Anpassung des Betrags:** **Das in Vergleichsentscheidungen ausgeurteilte Schmerzensgeld kann nur eine Bewertungshilfe für den im neuen Fall angemessenen Betrag sein. Der von Vergleichsentscheidungen gezogene Rahmen kann in einem gewissen Umfang nach unten oder oben verlassen werden, um den Umständen des Einzelfalles Rechnung zu tragen. Eine Abweichung wäre dann zu begründen. Insbesondere können der Zeitablauf seit der Vergleichsentscheidung und die seither geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen sein. Um dem Kaufkraftverlust Rechnung zu tragen, ist der in der Vergleichsentscheidung zugesprochene Betrag daher mit Hilfe des Verbraucherpreisindexes auf den entsprechenden Wert im Jahr der aktuellen Ausgabe der SchmerzensgeldBeträge hochgerechnet worden. Dieser auf das aktuelle Jahr indizierte Wert wird in Klammern „(Anp. 2026)" angezeigt (vgl. ausführlich hierzu Seite 18).**

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Arm** | | | | | | | |
| | Weitere Urteile zur Rubrik »**Arm**« siehe auch:<br>**bis € 5000:** 2687 (S. 766)<br>**ab € 25 000:** 2329 (S. 625), 2345 (S. 633) | | | | | | |
| **Arm - Amputation** | | | | | | | |
| **3450** | **€ 12 000**<br>+ immat. Vorbehalt<br>*(€ 12 533)* | Armamputation | Zunächst mehrfache Operationen zur Erhaltung des Arms, der schließlich nach einem nicht rechtzeitig erkannten Gefäßverschluss amputiert werden musste | Frau | Verlust eines Arms | Die Klägerin hat durch die Amputation ihren rechten Arm verloren. Dieser Verlust hat nach Überzeugung des Senats erhebliche Auswirkungen auf alle Lebensbereiche der noch jungen Klägerin, die sie das ganze Leben begleiten werden.<br>Allerdings kann hier nicht von der Amputation eines gesunden Armes ausgegangen werden. Bereits durch das Unfallgeschehen und im Ergebnis des ersten Versuchs einer Rettung des Armes war der Arm schwerstgeschädigt und hat Merkmale einer subtotalen Amputation aufgewiesen. Damit hat ein nicht mehr heilbarer Arm vorgelegen, der auch bei durchgehend korrektem ärztlichen Handeln in seinem Zustand einer „Bioprothese" gleichzusetzen wäre. Für das Schmerzensgeld relevant bleibt mithin allein die kosmetische Beeinträchtigung durch den Verlust des Armes statt eines funktionslosen Armes | Brandenburgisches OLG<br>16.5.2024<br>12 U 139/23<br>juris |
| **1** | 80 000<br>**€ 40 000**<br>+ immat. Vorbehalt<br>*(€ 62 771)* | Amputation des rechten Unterarms auf Grund einer unzureichenden Primärversorgung einer Schnittwunde an der Beugeseite (Beugesehne) des rechten distalen Unterarms, die zu einem posttraumatischen Kompartment-Syndrom geführt hat | | 44-jähr. Versicherungsvertreter | Verlust des rechten Unterarms; Erwerbsunfähigkeitsrente | Grober ärztlicher Behandlungsfehler; Kläger litt 2 ½ Jahre unter Schmerzen, mehrere operative Eingriffe, dann Amputation des rechten Unterarms erforderlich | Saarländisches OLG<br>28.1.2004<br>1 U 45/02-10<br>RAe Meinecke & Meinecke, Köln |

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Fortsetzung von »Arm - Amputation«** | | | | | | | |
| **2** | **€ 50 000** + immat. Vorbehalt *(€ 64 560)* | Amputation des rechten Unterarmes wegen verspäteten Erkennens eines Kompartmentsyndroms | Umfangreiche Krankenhausbehandlung, die schließlich zur Amputation mit Wundheilungsstörungen führte. Daraus resultierte ein ca. 10-tägiger Krankenhausaufenthalt, bei dem eine operative Nachresektion des distalen Radiusendes, eine Neurolyse des Nervus ulnaris und eine Neuromexstirpation erfolgten. Ein weiterer Krankenhausaufenthalt wurde erforderlich, um eine neoelektrische Unterarmprothese anzupassen, eine schmerztherapeutische Konsiliarbehandlung und eine neurologische Konsiliarbehandlung durchzuführen. Daneben sind fortlaufende ambulante Vorstellungen zur Kontrolle notwendig | 48-jähr. Mann | Phantomschmerzen und sonstige zeitweilige Beschwerden am Armstumpf | Bei der Ermittlung des konkreten Schmerzensgeldes hat der Senat die unter d. ausgeführten Umstände und bislang eingetretenen Nachteile berücksichtigt. Insbesondere fällt aber ins Gewicht, dass der 1963 geborene Kläger vorhersehbar lebenslang mit den aus der Amputation resultierenden Beeinträchtigungen wird leben müssen. Der Senat befindet sich bei der Bemessung des Schmerzensgeldes auch im Rahmen dessen, was andere Gerichte ausgeurteilt haben (vgl. OLG Saarbrücken, Urt. v. 28.1.2004 – 1 U 45/02-10) | OLG Hamm 13.6.2017 26 U 59/16 juris |
| **4** | 135 000 ● **€ 67 500** + immat. Vorbehalt *(€ 122 246)* | Amputation des linken Arms im Schultergelenk, Bruch des linken Ober- und Unterschenkels mit Verlust der linken Kniescheibe und einer Zerstörung des Streckapparats des linken Kniegelenks | Nahezu 4 Monate Krankenhaus, die ersten 3 Wochen Intensivstation (Lebensgefahr) | 29-jähr. Programmierer | Beinverkürzung links um 3,4 cm, starke Bewegungseinschränkung im linken Kniegelenk und oberen Sprunggelenk; 100% schwerstbehindert, MdE: 90% | 10% Mitverschulden; die physischen und psychischen Beeinträchtigungen (z. B. Verhinderung beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten und sportlicher Betätigungen) sind schmerzensgelderhöhend, ebenso die Tatsache, dass die Beklagten nicht einmal eine Abschlagszahlung geleistet haben | OLG Frankfurt am Main 19.1.1994 7 U 189/92 zfs 1994, 82 |
| **5** | **€ 75 000** + immat. Vorbehalt *(€ 105 952)* | Ausriss des linken Arms mit Öffnung der linksseitigen Achselregion, Wundheilungsstörung, Schädelhirntrauma 1. Grades mit Kopfplatzwunde, Thoraxtrauma, Hämatopneumothorax links, Fraktur der linken Großzehe | 7 Tage Intensivstation, anschließend 96 Tage stationärer Aufenthalt, anschließend weitere 6 Monate Reha, insgesamt 9 ½ Monate AU zu 100% | Mann, CNC-Dreher | MdE 80%; Verlust des linken Arms mit kurzem Oberarmstumpf, Lähmung der Schultermuskulatur links, verschiedene Narben am Körper, Sensibilitätsverlust der linken Oberarmspitze, deutliche Schmerzüberempfindlichkeit; Kläger leidet zudem unter starken psychischen sowie sozialen Einschränkungen | Für den Kläger bestand Lebensgefahr; er muss infolge des Armverlustes mit massiven Einschränkungen im beruflichen und privaten Bereich leben | LG Lübeck 9.7.2010 9 O 265/09 RA Klotmann, Hamburg |



● Mithaftung (siehe vorletzte Spalte)

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Fortsetzung von »Arm - Amputation«** | | | | | | | |
| **6** | **€ 85 000** (*€ 122 865*) | Amputation des linken Unterarmes nach dreigradig offener Unterarmfraktur links mit schwerstem Decollement im Handbereich und Radiusluxation links; Schädelkontusion mit frontaler Kopfplatzwunde, Verletzung der Ohrmuschel links, stumpfes Bauchtrauma mit zentraler Milzruptur und kapsulärem hilusseitigem Hämatom sowie subkapsulärem Nierenhämatom links | 5 Wochen Krankenhaus, anschließend 2 Monate stationäre Reha-Maßnahme, 3 Jahre danach nochmals 3 Wochen stationär | 60-jähr. Hausfrau | MdE: 100% | Schmerztherapie wegen starker Schmerzen am Amputationsstumpf sowie Phantomschmerzen, begleitet von psychologischer Betreuung; Wundheilungsstörungen am Unterarmstumpf verbunden mit täglicher Wundbehandlung; die Klägerin wird weiterhin psychologisch betreut und medikamentös behandelt. Die Klägerin war Linkshänderin. Der Stumpf kann nicht mit einer myoelektrischen Prothese versorgt werden, lediglich Schmuckprothese. Sie leidet an schweren Depressionen. Ihr Erscheinungsbild ist beeinträchtigt durch die Unterarmprothese, Narbe nach Stirn- und Kopfplatzwunde sowie narbig verheilter Ohrmuschelverletzung. Die Klägerin ist nicht in der Lage, ihren Haushalt zu organisieren und ist ständig auf fremde Hilfe angewiesen | Thüringer OLG<br>20.2.2008<br>4 U 903/06<br>RAe Röschert & Junkert, Bamberg |
| **Kapitalabfindung mit Schmerzensgeldrente** | | | | | | | |
| **7** | **€ 70 000** und **€ 200** Rente monatlich ab 1.12.2000 (*€ 108 483*) | Abriss des rechten Arms, Ausriss des oberen Plexus brachialis und vena subclavia, Ausriss des Schlüsselbein- und Schulterblattgelenks, Fraktur Ober- und Unterschenkel, Ruptur des hinteren Kreuzbandes am rechten Knie | 4 Monate stationäre Behandlung mit mehreren Operationen | 17-jähr. Schüler | Funktions-, Kraft- und Gefühlsverlust des rechten Schultergelenks und des rechten Arms, Instabilität des rechten Kniegelenks; MdE: 80% | Kläger musste die 11. Schulklasse wiederholen | OLG Celle<br>7.10.2004<br>14 U 27/04<br>SP 2004, 407 |
| **3268** | **€ 90 000** und **€ 160** Rente monatlich (*€ 107 106*) | Traumatische Oberarmamputation links mit Humerusschaft-Spiralfraktur bei Rechtshändigkeit, postoperative Phantomschmerzen sowie rezidivierende depressive Störung | Notärztliche Stabilisierung, danach stationäre Behandlung. Replantation des abgerissenen Armes war nicht möglich. Oberarmstumpf von ca. 10 cm; Kompressionsbehandlung und Schmerzbehandlung. Lange Reha | 46-jähr. Frau | Oberarmamputation links, Phantomschmerzen, Psych. Schaden | Angesichts der insgesamt ganz erheblichen, ihre gesamte Lebensgestaltung ganz wesentlich beeinträchtigenden Belastungen einschließlich der zwangsläufig eintretenden Überlastung des anderen Arms sowie der erlittenen Schmerzen und massiven psychischen Belastungen erachtet der Senat das zuerkannte Schmerzensgeld als angemessen, das ihre Belastungen, wie beantragt, bis zum Eintritt der Rechtshängigkeit berücksichtigt. Für die nachfolgende Zeit steht der Klägerin neben dem bestimmten Schmerzensgeldbetrag zusätzlich eine Schmerzensgeldrente in Höhe von **€ 160** monatlich zu. Damit liegen außergewöhnliche Umstände vor, die sich in dem irreversiblen Dauerschaden manifestiert haben, der durch den Verlust des Arms eingetreten ist und der zu einer permanenten Lebensbeeinträchtigung der Klägerin führt, die sie immer wieder neu als schmerzhaft empfindet, einhergehend mit Einschränkungen der Lebensfreude aufgrund des Fehlens eines wichtigen Gliedes, so dass die Gewährung einer Rente mit einem Nominalwert ca. **€ 30 000** gerechtfertigt ist, so dass sich ein Gesamtschmerzensgeldbetrag von **€ 120 000** ergibt | OLG Frankfurt am Main<br>30.12.2021<br>2 U 28/21<br>juris |

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Arm - Bruch** | | | | | | | |
| **8** | **€ 1500** ● + immat. Vorbehalt *(€ 1963)* | Olekranonfraktur der proximalen Ulna mit Gelenksbeteiligung sowie Narbenbildung (Armnarbe mit einer Länge von 10 cm). (Eine Olekranonfraktur ist ein Bruch des Olekranon, d. h. der Oberkante der Elle am Unterarm, dort wo die Sehne des Armstreckers [Musculus triceps brachii] ansetzt) | Operation, 6 Tage stationärer Aufenthalt, ambulante Entfernung der Fäden, insgesamt 8 Wochen arbeitsunfähig | Frau | | Wegen der erwiesenen Unfallfolgen hält der Senat unter Berücksichtigung des nur leichten Verschuldens der Beklagten und des erheblichen Mitverschuldens der Klägerin unter Berücksichtigung vergleichbarer Entscheidungen anderer Gerichte und der danach ausgeurteilten Schmerzensgeldbeträge unter Berücksichtigung deren Fortschreibung nach dem jeweiligen Lebenshaltungsindex ein Schmerzensgeld von **€ 1500** für angemessen. Das der Klägerin zuzusprechende Schmerzensgeld liegt deutlich unterhalb der Beträge, die sich aus der von ihr angeführten Vergleichsrechtsprechung ergeben | OLG Hamm 6.6.2016 6 U 203/15 juris |
| **9** | **€ 10 000** + immat. Vorbehalt *(€ 13 470)* | Offene Ellenbogenluxationsfraktur und ein Compartment-Syndrom am linken Unterarm durch Sturz vom scheuenden Pferd | Mehrere Operationen | Mann | | Nach den von der Berufung nicht angegriffenen Feststellungen des LG hat der Kläger eine offene Ellenbogenluxationsfraktur und ein Compartment-Syndrom am linken Unterarm erlitten und hat sich mehreren Operationen unterziehen müssen. Dabei musste er vier Wochen lang einen externen Fixateur tragen. Darüber hinaus hat das LG zu Recht berücksichtigt, dass der Kläger infolge der erlittenen Verletzungen seine Arbeitsstelle verloren hat, was im Hinblick auf sein fortgeschrittenes Alter und die dadurch bedingt geringeren Chancen, noch eine Arbeitsstelle zu finden, als erhebliche Belastung des Klägers zu bewerten ist. Mit dem LG hält der Senat deshalb ungeachtet der bloßen Gefährdungshaftung der Beklagten das zuerkannte Schmerzensgeld von **€ 10 000** für angemessen | OLG Karlsruhe 14.12.2012 14 U 82/11 juris |



● Mithaftung (siehe vorletzte Spalte)

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Fortsetzung von »Arm - Bruch«** | | | | | | | |
| **10** | **€ 20 000** + immat. Vorbehalt ***(€ 26 652)*** | Distale dislozierte Unterarmfraktur rechts, distale dislozierte Humerusfraktur rechts sowie distale dislozierte Radiusfraktur links durch Sturzunfall eines Fußgängers auf verborgener Eisfläche des Gehwegs | 4 stationäre Operationen sowie zwei weitere ambulante Operationen, stationäre Behandlung von 35 Tagen | Frau | Erhebliche Einschränkung der Gebrauchsfähigkeit des rechten Armes sowie Taubheitsgefühle im Unterarm und in der Hand, im Körper verbleibende Metallteile und Narben am rechten Arm und den Handgelenken | Ein Schmerzensgeld in der tenorierten Höhe liegt auch in dem Rahmen der Schmerzensgeldbeträge, die von Gerichten für vergleichbare Verletzungen zugesprochen worden sind. Zu verweisen ist auf die Entscheidung des OLG München vom 25.2.2000 – 10 O 3321/99, siehe Hacks/Wellner/Häcker, 40. Aufl., 2022 Nr. 41. Das OLG München hat bei einer offenen Oberarmfraktur links, einer Unterarmfraktur rechts mit Radiustrümmerfraktur, Bajonettfehlstellung des rechten Distalunterarms sowie einer Schafttrümmerfraktur mit 16-tägigem Krankenhausaufenthalt, weiteren zahlreichen ambulanten Behandlungen und Krankengymnastiktherapien sowie einer ein Jahr später erfolgten Materialentfernung, wobei als Dauerschaden eine massive Bewegungseinschränkung im rechten Handgelenk sowie im linken Oberarm verblieb, ein Schmerzensgeld von seinerzeit DM 35 000 (**€ 17 500**) zugesprochen. Unter Berücksichtigung der seitdem eingetretenen Geldentwertung ist dieses Schmerzensgeld heute höher anzusetzen. Vergleichbare Verletzungen behandelt auch die von der Klägerin zitierte Entscheidung des OLG München vom 27.3.2003 (VersR 2004, 251). In dieser Entscheidung ist unter Berücksichtigung eines Mitverschuldensanteils von einem Drittel bei einer schmerzhaften Rotatorenmanschettenfraktur links und Ruptur der langen Bizepssehne des linken Schultergelenks bei einem fast 55 Jahre alten Verletzten ein Schmerzensgeld von **€ 23 500** als angemessen angesehen worden. Im Streitfall ist – anders als in der Entscheidung des OLG München – nach dem Vorstehenden ein Mitverschulden des Verletzten nicht bei der Bemessung des Schmerzensgeldes zu berücksichtigen | Brandenburgisches OLG 23.7.2013 6 U 95/12 NZV 2014, 179; juris |

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Fortsetzung von »Arm - Bruch«** | | | | | | | |
| **11** | **€ 20 000** ● + immat. Vorbehalt ***(€ 25 045)*** | Dislozierte Fraktur (verschobener Bruch) des ersten Mittelhandknochens (Daumenschaft) links sowie eine komplexe dorsale Luxationsfraktur (rückwärtiger Bruch mit Ausrenkung) des rechten Ellbogens, Typ II nach Jupiter, mit einer Olecranonfraktur (Bruch des Ellbogens) und einer Radiusköpfchenfraktur (Bruch des oberen Endes der Speiche) sowie einem Abriss des Processus coronoideus (Knochenvorsprung der Elle) | Die Heilung der Bruchverletzung gestaltete sich kompliziert. Es waren zahlreiche Operationen erforderlich. Der linke Daumen der Klägerin wurde dreimal operiert. Im Bereich des rechten Ellbogens musste die Klägerin sechs Operationen über sich ergehen lassen. Insgesamt war die Klägerin unfallbedingt 32 Tage lang in stationärer Behandlung. Außerdem waren zahlreiche ambulante Behandlungen erforderlich | Frau | Sichtbare Narben, vor allem am rechten Arm. Auch sonst ist ein Dauerschaden eingetreten, und zwar am rechten Ellbogen mehr als am linken Daumen (Taubheitsgefühle, Schmerzen, Sensibilitätsstörungen und Bewegungseinschränkungen) | Zum Ausgleich der vorgenannten immateriellen Beeinträchtigungen erscheint dem Berufungsgericht unter Berücksichtigung eines Mitverschuldens von einem Drittel ein Schmerzensgeld i.H.v. **€ 20 000** angemessen. Die vorliegenden Verletzungsfolgen wiegen schwerer als diejenigen in dem Fall, in dem das LG Münster mit Urt. v. 24.2.2011 (12 O 381/08) ein Schmerzensgeld i.H.v. **€ 9000** (angepasst mit Hilfe des Verbraucherpreisindexes auf das Jahr 2021: **€ 10 390**) zugesprochen hat (Hacks/Wellner/Häcker, Schmerzensgeld-Beträge 2022, 40. Aufl., Rn 92). In jenem Fall war bei einer Ellenbogentrümmerfraktur mit Fraktur des Radiusköpfchens lediglich eine MdE von 10% verblieben, der Heilungsverlauf war weniger kompliziert und es lag nicht zusätzlich eine Verletzung der anderen Extremität vor. Andererseits sind die vorliegenden Verletzungsfolgen weniger schwerwiegend als diejenigen in dem Fall, in dem das LG Neubrandenburg mit Urt. v. 23.2.1999 (47 O 150/98) ein Schmerzensgeld i.H.v. **€ 32 500** (angepasst mit Hilfe des Verbraucherpreisindexes auf das Jahr 2021: **€ 45 284**) bei einem Mitverschulden von 20% zuerkannt hat (Hacks/Wellner/Häcker, a.a.O., Rn 93). In jenem Fall war bei einer Luxationsfraktur des rechten Ellenbogens zusätzlich eine Läsion des Nervus ulnaris eingetreten und eine MdE von 30% verblieben. Das Berufungsgericht meint, dass der vorliegende Fall in etwa in der Mitte zwischen den beiden Präjudizien anzusiedeln ist und unter Abwägung aller Umstände ein Schmerzensgeld i.H.v. **€ 20 000** rechtfertigt | OLG Hamburg 8.11.2019 1 U 155/18 juris |



● Mithaftung (siehe vorletzte Spalte)

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Fortsetzung von »Arm - Bruch«** | | | | | | | |
| **12** | **€ 70 000** ***(€ 92 199)*** | Radiusmehrfragmentfraktur rechts mit Ellengelenkluxation, Abriss des Processus coronoideus und Weichteilverletzungen | Zahlreiche Operationen, so eine notfallmäßige Operation unmittelbar nach dem Unfall, eine Operation u. a. zur Entfernung der Fixateure, offene Revision des Ellengelenks, Osteosynthese des gelenktragenden ulnaren Fragments, offene Revision des Handgelenks, u. a. erneute offene Revision des Ellengelenks | 53-jähr. Mann | Erhebliche Beweglichkeitseinschränkung des Ellenbogengelenks, Beweglichkeitseinschränkung des rechten Handgelenks und der Finger, Schmerzen | Das Schmerzensgeld bemisst der Senat bei Berücksichtigung aller Umstände auf insgesamt **€ 70 000**. Dabei sind zunächst die ganz erheblichen körperlichen Beeinträchtigungen zu berücksichtigen, die der Kläger unfallbedingt erlitten hat. Weiter ist zu berücksichtigen, dass der Kläger unfallbedingt auch psychische Beeinträchtigungen erlitten hat (kognitive Störungen und eine depressive Symptomatik). Eine etwaige Genugtuungsfunktion des Schmerzensgelds kommt bezüglich des Verschuldensvorwurfs gegenüber dem Beklagten nicht, in Bezug auf dessen Regulierungsverhalten geringfügig zum Tragen (der Beklagte oder sein Haftpflichtversicherer haben rund 1 ½ Jahre nach Erlass des Grundurteils **€ 10 000** an den Kläger geleistet). Eine Schmerzensgeldrente ist nicht angemessen und erforderlich | OLG Hamburg 15.4.2016 9 U 225/08 |

Weitere Urteile zur Rubrik **»Arm - Bruch«** siehe auch:

**bis € 2500:** 1544 (S. 445)
**bis € 12 500:** 181 (S. 98), 2700 (S. 769), 1503 (S. 435), 1117 (S. 332), 568 (S. 202), 1098 (S. 326)
**bis € 25 000:** 970 (S. 291), 313 (S. 137), 1249 (S. 370), 1265 (S. 373), 915 (S. 277), 973 (S. 292), 238 (S. 116), 321 (S. 139), 1518 (S. 439), 1627 (S. 468), 1993 (S. 545), 2883 (S. 841), 1519 (S. 439)
**ab € 25 000:** 136 (S. 86), 137 (S. 87), 138 (S. 87), 717 (S. 238), 718 (S. 239), 1105 (S. 327), 2888 (S. 842), 327 (S. 141), 201 (S. 105), 329 (S. 143), 1395 (S. 407), 2898 (S. 848), 3073 (S. 934), 204 (S. 106), 2087 (S. 568), 206 (S. 106), 602 (S. 212), 981 (S. 294), 507 (S. 189), 360 (S. 152), 984 (S. 294), 1283 (S. 378), 339 (S. 147), 341 (S. 147), 1524 (S. 440), 432 (S. 174), 985 (S. 295), 1110 (S. 329), 146 (S. 90), 2624 (S. 751), 2925 (S. 864), 1257 (S. 371), 2932 (S. 869), 2936 (S. 870), 1348 (S. 396), 1949 (S. 535), 2020 (S. 552), 2026 (S. 554), 2030 (S. 555), 2949 (S. 877), 2950 (S. 877), 2954 (S. 881), 211 (S. 111), 367 (S. 153), 2089 (S. 568), 2959 (S. 886), 2960 (S. 886), 369 (S. 154), 1934 (S. 528), 2978 (S. 899), 2131 (S. 583), 2970 (S. 892), 1315 (S. 388)

## Arm - Bruch - Oberarmbruch

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **16** | **€ 2000** ● ***(€ 2825)*** | Subcapitale Humerusfraktur links, großflächige Schürfungen und Abledерungen in Bereich der linken Schläfe und Stirn, linker Unterarm, rechter Handrücken, linker Unterschenkel, Schlafstörungen, Schmerzen über mehrere Monate hinweg | 5 Tage stationärer Aufenthalt mit OP, anschließende intensive krankengymnastische Behandlung | Mann | Bewegungseinschränkung der linken Schulter | Mithaftung 50%. Der Kläger war Fahrradfahrer. Der Beklagte muss sich im vorliegenden Falle die Haftung aus seiner Betriebsgefahr anrechnen lassen | LG Rottweil 6.9.2010 1 S 10/10 RAe Brugger & Schießle |
| **18** | **€ 2500** ***(€ 3978)*** | Subcapitale Humerusfraktur links mit Zwischenlagerung der langen Bizepssehne | 2 ½ Wochen Tragen eines Gipsverbandes, der sich über den gesamten Oberkörper mit Ausnahme der rechten Schulter und des rechten Armes erstreckte; anschließend 1 Monat zirkulärer Verband durch Fixierung des Armes mit einem Band, 8-mal ambulante Behandlung | 12-jähr. Schülerin | | Klägerin konnte sich über 6 Wochen keinerlei körperlichen Belastung unterziehen; sie war erheblich behindert, da sie sich weder allein an- noch ausziehen konnte; konnte nicht alleine Toilette aufsuchen, sich nicht alleine waschen, nicht mit Messer und Gabel essen; unangenehme Juckreize am Körper, Schlafbeeinträchtigung; Skiunfall mit Mithaftung von 50%, so dass nur ein Betrag von **€ 1250** zugesprochen wurde | AG Tettnang 30.1.2003 8 C 890/02 RAe Föhr, Hirschel, Franke, Friedrichshafen |

● Mithaftung (siehe vorletzte Spalte)

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Fortsetzung von »Arm - Bruch - Oberarmbruch«** | | | | | | | |
| **19** | **€ 2500** ● + immat. Vorbehalt ***(€ 3349)*** | Oberarmkopfbruch durch Fahrradunfall | | Frau | Dauerhafte Bewegungseinschränkungen der linken Schulter | Unter Berücksichtigung der unfallbedingten Folgeschäden und des Anteils der unfallbedingten Folgen an dem Gesamt-GdB (20%) sowie der Dauer und des Zeitaufwands der stationären und ambulanten Behandlungen, hält der Senat ein Schmerzensgeld i.H.v. **€ 2500** für angemessen und ausreichend. Dabei hatte der Senat insb. schmerzensgeldmindernd zu berücksichtigen, dass der Klägerin ein Mitverschulden i.H.v. 50% anzulasten ist | OLG München 14.3.2013 1 U 3769/11 juris |
| **20** | **€ 3000** ***(€ 4229)*** | Oberarmhalsbruch | Plattenosteosynthetische Versorgung mit viermonatigem Dauerschmerz und Bewegungseinschränkung | 72-jähr. Mann | | Reisegast stolpert beim Zurückweichen vor einem angreifenden Hund; Fluchtbewegung lässt den Zurechnungszusammenhang nicht entfallen und begründet auch kein Mitverschulden | LG Koblenz 2.11.2010 1 O 178/10 RiOLG Weller, Koblenz |
| **21** | **€ 3015** ● ***(€ 3814)*** | Subkapitale Humerusfraktur links mit Absprengung des Tuberculum majus, Schürfungen und Hämatom am Ellenbogengelenk, Prellungen und Hämatome an der ganzen linken Körperseite | 4 Tage stationärer Aufenthalt, 1 OP, Metallplatte, 1 Monat und 3 Tage AU, 3 Wochen erweiterte ambulante Physiotherapie (EAP), 4 Wochen Ruhigstellung des Arms, Schmerzmittel | Frau, Konzertfagottistin und Instrumentalpädagogin | | Mitverschulden 33%. Kollision eines Pedelecs mit einem Fahrrad. Die Klägerin war 4 ½ Monate in ihrer künstlerisch-beruflichen Tätigkeit eingeschränkt, was schmerzensgelderhöhend zu werten war. Für das Durchhalten von Konzerten mussten Schmerzmittel eingenommen werden. Das eingebrachte Metall soll nach einem Jahr wieder entfernt werden | LG Freiburg i. Br. 14.12.2018 14 O 129/18 RA Dr. Schurig, Kanzlei Schurig Tilgener, Freiburg |
| **22** | **€ 3500** + immat. Vorbehalt ***(€ 5371)*** | Verschobener Knochenbruch des linken Oberarms knapp über dem Ellenbogengelenk mit Beschädigung der Wachstumsfuge | 1 Woche Krankenhaus; weitere ambulante Operation mit Entfernung der Knochendrähte; 6 Wochen Gipsverband; 3 Monate Krankengymnastik | 8-jähr. Kind | | Verletzung der Verkehrssicherungspflicht; Kläger geriet mit Fahrrad in die Rippen eines Gullydeckels in einer Grundstückseinfahrt; Streben des Gullydeckels waren parallel zur Gehrichtung, also „falsch" angebracht; vorläufig geringfügige Einschränkung der Streckfähigkeit und eine unter starker Belastung auftretende Schmerzhaftigkeit des Ellenbogengelenks; abschließende Beurteilung der Verletzungsfolgen erst nach Abschluss der kindlichen Wachstumsphase möglich | OLG Hamm 14.12.2004 9 U 32/04 NZV 2006, 35 |
| **23** | 8000 **€ 4000** ***(€ 6913)*** | Oberarmbruch mit Ausriss des tuberculum majus | 6 Tage Krankenhaus, 6 Monate lang 3-mal wöchentlich Krankengymnastik | Frau | | 1 Jahr nach dem Unfall beim Drehen und Heben des Arms noch nicht beschwerdefrei | OLG Hamm 19.7.1996 9 U 108/96 zfs 1996, 442 |
| **24** | **€ 4000** ● ***(€ 6049)*** | Distale Radiusfraktur mit Bandzerreissung im Carpalbereich sowie Prellungen der Schulter und des Beckens links | | Mann | Möglich | Mitverschulden 50%. Der Kläger leidet noch unter Beschwerden bei Belasten des linken Handgelenks. Es ist davon auszugehen, dass Folgeschäden zu erwarten sind; bereits jetzt ist eine Progredientarthrose des linken Handgelenks sichtbar | LG München I 30.3.2006 19 O 2801/04 RA Krumbholz, München |
| **25** | **€ 4000** ● + immat. Vorbehalt ***(€ 5550)*** | Dislozierte subkapitale Humerusfraktur | 10 Tage stationäre Behandlung | Mann, Maurer | Kraftminderung und Bewegungseinschränkung des rechten Schultergelenks | Mitverschulden i.H.v. 33% als Beifahrer eines Betrunkenen. Aufgrund des Unfalls wurde eine Umschulung erforderlich | LG Saarbrücken 11.4.2011 10 O 32/08 RA JR Gebhardt, Hamburg |



● Mithaftung (siehe vorletzte Spalte)

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Fortsetzung von »Arm - Bruch - Oberarmbruch«** | | | | | | | |
| **26** | **€ 5000** + immat. Vorbehalt ***(€ 6607)*** | Offene supra- bis diakondyläre distale Humerusfraktur links, Becken B-Fraktur | 23 Tage stationärer Aufenthalt, Fixateur externe, anschließend 1 Monat stationäre Reha | 89-jähr. Frau, Beifahrerin | | Die über die genannten Primärverletzungen hinaus behaupteten weiteren noch anhaltenden Folgen (Rollator und Bewegungseinschränkungen) sowie die unfallbedingt behauptete Pflegestufe wurden bei der Schmerzensgeldentscheidung nicht erfasst | LG Saarbrücken 27.11.2015 12 O 338/14 RAe Gebhardt & Kollegen, Homburg/ Saar |
| **27** | **€ 5000** ● ***(€ 7434)*** | Oberarmluxationsfraktur | 2 Wochen stationär, anschließend 5 Tage in Reha, 8 Monate arbeitsunfähig | Mann | Funktionsbeeinträchtigungen des rechten Arms von ⅕ | ⅓ Mithaftung | LG Freiburg i. Br. 16.2.2007 2 O 189/05 RAe Strecke & Koll., Lörrach |
| **3288** | **€ 5000** ● + immat. Vorbehalt ***(€ 6443)*** | u.a. Oberarmverletzung links | insgesamt 10 Tage stationärer Aufenthalt, 2 Operationen (davon eine als Revisionsoperation wegen Schraubenfehllage), 2 Wochen Oberarmgipsschiene, 7 Monate ambulante Behandlung, Physiotherapie | Fahrradfahrer | dauerhaft Streckhemmung von 20° und eine Beugehemmung von 15° am linken Ellenbogen, was im Ergebnis allerdings keine relevante Funktionseinschränkung verursacht | Mithaftung 50 %. Die Funktionalität des linken Ellenbogens war über die Dauer von einem Jahr deutlich eingeschränkt und hat sich erst im Laufe eines weiteren halben Jahres gebessert. | LG Hanau 20.2.2018 1 O 363/17 OLG Frankfurt am Main 19.3.2019 16 U 57/18 juris |
| **28** | **€ 6000** ***(€ 8372)*** | Fraktur des Oberarms | 2 Monate arbeitsunfähig, nachfolgend weitere 6 Wochen in der Arbeitsfähigkeit zu 50% eingeschränkt | Frau | Bewegungseinschränkungen im Ellenbogengelenk, welche zu einer Behinderung von 20% führt | Infolge einer Vollbremsung kam die Klägerin als Fahrgast in einer Straßenbahn zu Fall | LG Magdeburg 25.2.2011 5 O 1813/10 juris |
| **29** | **€ 6000** + immat. Vorbehalt ***(€ 9207)*** | Dislozierte Olecranon-Mehrfragment-Fraktur rechts und Schürfwunden | 13 Tage stationär, anschließend 4 Monate physiotherapeutische Maßnahmen, ca. 1 Jahr später weitere 4 Tage stationär wegen Metallentfernung | 46-jähr. Mann | MdE: 10% | Als Dauerschaden sind belastungsabhängige Beschwerden im rechten Ellbogengelenk und eine Kraftminderung im rechten Arm verblieben. Es besteht am Ellbogengelenk ein Streck- und Beugedefizit. Die Außenrotation des Vorderarmes ist um 10°, die Innenrotation um 30° eingeschränkt | OLG Dresden 10.12.2004 1 U 1399/04 RA Denkhoff, Görlitz |
| **30** | 14 000 **€ 7000** + immat. Vorbehalt ***(€ 11 537)*** | Subcapitale Humerusfraktur | Zwei Krankenhausaufenthalte von ca. insgesamt 6 Wochen MdE: 2 Monate 100% 4 Monate 50% anschließend MdE: 30% | Frau | Keine komplikationslose Ausheilung | ⅓ Mithaftung, entsprechend wurde das Schmerzensgeld auf DM 9333,33 (**€ 4666,67**) gekürzt | AG München 18.8.2000 345 C 19895/99 RiAG München, Achinger |
| **3447** | **€ 7500** + immat. Vorbehalt ***(€ 9392)*** | Supracondyläre Humerusfraktur links, distale Radiusfraktur links | Zunächst Ruhigstellung mit Oberarmgips, danach 7 Tage stationärer Aufenthalt mit OP sowie nach 9 Monate erneut 5 Tage stationärer Aufenthalt mit OP (Metallentfernung), intensive Physiotherapie | Fahrradfahrerin, Frührentnerin | Streckdefizit in Höhe von 35 Grad im Ellenbogen mit Beeinträchtigungen beim Fahrradfahren und im Haushalt bei bestimmten Tätigkeiten, reizlose Narben, teilweise MdH in Teilbereichen von 10 bzw. 20 % | Vorfahrtsverletzung durch die Beklagte. In beruflicher Hinsicht wird kein Dauerschaden eintreten (Frührentnerin). Die Alltagsbeeinträchtigungen halten sich bei der Klägerin als Rechtshänderin (verletzt war der linke Arm) in Grenzen. Zeitweise konnte die Klägerin im Unfalljahr kein Kfz führen. Jedenfalls ca. 11,5 Monate nach dem Unfall war dies nach Einschätzung des Sachverständigen allerdings problemlos möglich | LG Oldenburg 5.11.2019 6 O 2175/17 Ass. Jur. Rüdiger Balke, Koblenz |

● Mithaftung (siehe vorletzte Spalte)

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Fortsetzung von »Arm - Bruch - Oberarmbruch«** | | | | | | | |
| **31** | 15 000 ● **€ 7500** *(€ 12 121)* | Körpernaher Oberarmschaftbruch, Unterschenkelschaftbruch | MdE:<br>7 Wochen 100%<br>6 Wochen 50%<br>2 Tage 100%<br>16 Tage 20% | Junge Frau | MdE: 10% | 50% Mitverschulden. Narbige Veränderungen in Höhe des linken Schulterblattes sowie des linken Oberarms; kosmetische Beeinträchtigungen durch die narbigen Einziehungen im Bereich des linken Unterschenkels | LG Dortmund<br>11.10.2001<br>15 O 42/99<br>RAe Bäckerling & Koll., Dortmund |
| **32** | **€ 8000** ● + immat. Vorbehalt *(€ 11 100)* | Humerusstückfraktur linker Arm, multiple Prellungen und Blutergüsse | 1 Jahr AU, Operationen und zweimalige stationäre Krankenhaus- und Rehabehandlung, zahlreiche krankengymnastische Behandlungen | Mann | Bewegungseinschränkungen der Schulter, Wetterfühligkeit und Schmerzen | Mitverschulden von ⅓, Erkrankung führte zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch Arbeitgeber und Freizeiteinschränkungen beim Geschädigten | LG München II<br>19.5.2011<br>14 O 817/10<br>OLG München 8 U 2516/11 |
| **33** | **€ 8000** ● + immat. Vorbehalt *(€ 9928)* | Trümmerfraktur am Oberarmkopf links mit Humeruskopfnekrose | 8 Tage stationärer Aufenthalt, OP, 24 Tage stationäre Reha, 3 Monate AU, physiotherapeutische Behandlungen, ca. 1 Monat Einnahme von Schmerzmitteln | Fahrradfahrerin | Bewegungseinschränkungen und Kraftdefizit der linken Schulter und des linken Arms | 25% Mitverschulden. Allerdings ergab sich kein Mitverschulden aus der Benutzung des Fahrrades bei winterlichen Straßenverhältnissen. Amtshaftungsanspruch gegen die Beklagte zu 1). Verkehrssicherungspflichtverletzung durch die Beklagte zu 1) im Rahmen der Räum- und Streupflicht. Die schwierige vollständige Einheilung des Knochens und die richtige Positionierung des Oberarmkopfes im Schultergelenk gelang nicht vollständig. Eine wesentliche Verbesserung der Beweglichkeit und Schmerzen ist nicht mehr zu erwarten. Es besteht eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit für weitere Operationen und die Implantation einer Schultergelenksendoprothese. Schmerzensgeldmindernd wurde berücksichtigt, dass „lediglich" eine Verkehrssicherungspflichtverletzung und Fahrlässigkeit in einem leichteren Maße vorlag | LG München II<br>22.4.2020<br>10 O 5592/16 |
| **34** | **€ 8500** ● + immat. Vorbehalt *(€ 11 677)* | Brüche am linken Unterschenkel und am rechten Oberarm durch Fahrradunfall | Stationäre Erstbehandlung und 2 weitere stationäre Nachbehandlungen sowie regelmäßige Physiotherapie | Mann | Beweglichkeit und Belastbarkeit der Schulter ist erheblich eingeschränkt, MdE 20% | Bei der Abwägung aller Verschuldens- und Verursachungsanteile überwiegt die Betriebsgefahr des Fahrzeugs des Beklagten zu 1) und sein Verschulden das Maß der schuldhaften Pflichtverletzungen des Klägers im Verhältnis von 7/10 zu 3/10. Dies war bei der Bemessung des angemessenen Schmerzensgeldes von insgesamt **€ 8500** zu berücksichtigen, auf welches bereits **€ 6000** gezahlt sind. Dieser Betrag rechtfertigt sich zum einen aus den erlittenen akuten Verletzungen und der erforderlichen stationären Erstbehandlung und zum anderen aus den weiteren Folgen des Unfalls | OLG Oldenburg (Oldenburg)<br>29.12.2011<br>14 U 30/11<br>juris |
| **35** | **€ 9200** *(€ 12 667)* | Humerusschaftfraktur, Olecranonfraktur, Mittelfußfraktur und eine HWS-Distorsion, posttraumatische Belastungsstörung durch Miterleben des Unfalltodes ihres Lebensgefährten | 16 Tage in stationärer Behandlung mit anschließender Reha über 1 Monat | Frau | 23 cm lange Narbe am Oberarm | | LG Paderborn<br>24.11.2011<br>3 O 230/11<br>juris |



● Mithaftung (siehe vorletzte Spalte)

| Nr. | Betrag DM **Euro** ***(Anp.2026)*** | Verletzung | Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit | Person des Verletzten | Dauerschaden | Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren | Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Fortsetzung von »Arm - Bruch - Oberarmbruch«** | | | | | | | |
| **36** | **€ 10 000** ***(€ 15 498)*** | Oberarmkopfmehrfragmentfraktur rechts | Komplikationsloser Heilungsverlauf | 42-jähr. Dachdecker | Deutliche Behinderung der Beweglichkeit des rechten Schultergelenks | Mit weiteren Bewegungsdefiziten mit zunehmender Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Extremität ist zu rechnen. Der Kläger befürchtet, seinen Beruf als Dachdecker aufgrund der Verletzung eventuell nicht mehr dauerhaft ausüben zu können | LG Bochum 29.7.2004 8 O 186/04 RA Koch, Erfstadt |
| **37** | 20 000 **€ 10 000** + immat. Vorbehalt ***(€ 17 825)*** | Oberarmkopftrümmerbruch | 3 Wochen stationärer Aufenthalt MdE: 4 Wochen 100% 3 Monate 20% dann 10% | Mann | MdE: 10% | Deutliche Einschränkung des rechten Schultergelenks beim Anheben des Armes über die Horizontale sowie bei Außendrehung; leichtgradige Kraftminderung im rechten Arm für Seitabhebung und Außendrehung, Muskelminderung im Bereich der Schulter- und Oberarmmuskulatur rechts sowie Narbenbildung im Bereich des rechten Oberarms; beginnende Arthrose im rechten Schultergelenk, welche aus der eingetretenen Deformierung des Oberarmkopfes resultiert | LG Trier 22.9.1994 6 O 312/91 RiLG Eck |
| **3487** | **€ 10 000** + immat. Vorbehalt ***(€ 10 732)*** | Frakturen an beiden Armen | An beiden Armen musste im Bereich des Oberarms über den Ellbogen hinweg mindestens 6 Wochen in angewinkelter Stellung ein Gipsverband mit Schiene getragen werden. Eine kurze Behandlung im Krankenhaus war erforderlich | Mann | Unterarmdrehung für das Auswärtsdrehen rechts ist noch um 10° eingeschränkt, und es ist eine verminderte Belastbarkeit (Heben und Tragen von Gegenständen von mehr als 10–15 kg schmerzhaft und auf Dauer nicht möglich) vorhanden | Erleidet der Geschädigte Frakturen an beiden Armen, die zu einer sechswöchigen Arbeitsunfähigkeit führen und ihn dauerhaft bei der Benutzung seiner Arme gegenüber dem Zustand vor dem Unfall einschränken (Mitarbeit in der Werkstatt bei körperlich anstrengenden Tätigkeiten; sportliche Aktivitäten), ist ein Schmerzensgeld von **€ 10 000** angemessen; die Voraussetzungen für eine Schmerzensgeldrente liegen nicht vor. Aufgrund der 6 Wochen lang zu tragenden Gipsschienen war der Kläger in seinem täglichen Leben erheblich beeinträchtigt, da er ohne fremde Hilfe die meisten Dinge des täglichen Lebens nicht selbst vornehmen konnte. Dabei ist insbesondere als belastend zu berücksichtigen, dass er auch bei Tätigkeiten der körperlichen Hygiene auf fremde Hilfe angewiesen war. Der Kläger ist dauerhaft bei der Benutzung seiner Arme gegenüber dem Zustand vor dem Unfall eingeschränkt. Zu berücksichtigen ist, dass der Kläger 6 Wochen seine Tätigkeit als Geschäftsführer der GmbH nicht ausüben konnte und auch anschließend aufgrund der vorliegenden Dauerfolgen nicht mehr wie im vorherigen Umfang in der Werkstatt bei Vornahme von körperlich anstrengenden Tätigkeiten mitarbeiten kann. Der Kläger kann nicht mehr gegenüber dem früheren Zustand seinen sportlichen Aktivitäten nachgehen | OLG Bamberg 28.3.2023 5 U 122/22 juris |
| **38** | 20 000 **€ 10 000** ***(€ 15 653)*** | Humeruskopfluxationsfraktur an der rechten Schulter, diverse Prellungen | 3 Krankenhausaufenthalte von insgesamt 18 Tagen innerhalb von 8 Monaten | Mann | Haushaltsspezifische MdE von 20% | Kläger, der mit seiner Frau ein Einfamilienhaus bewohnt, erledigte vor dem Unfall ein Drittel der anfallenden Hausarbeiten | KG Berlin 26.2.2004 12 U 276/02 SP 2004, 299 |